

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 288 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 1-2/2019 VOM 29. JANUAR 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 2 EURO

8/9 | **Der WHG-Geschäftsführer 17**
und Friedrich Engels
Zur Wohnungsfrage

Sozialfall
durch Pflege?
Der Fall Martin R. ist (k)ein Einzelfall

23 | **Geld – das Lebenselixier**
unserer Gesellschaft
Allgemeine Ware und Mysterium



Die Bäume müssen weichen ...

70 Wohnungen – barrierefrei und mit Betreuungsangebot – und eine Kita sollen an der Pfeilstraße entstehen

Eberswalde (bbp). »Ist es tatsächlich so«, fragte die BBP-Redaktion im Dezember im Rathaus an, »daß die Bäume vor der alten Polizeiwache dem geplanten Neubau weichen sollen? Bei entsprechender Planung wäre eine Fällung unnötig. Die Bäume könnten vielmehr in die Gestaltung des Grundstücks als aufwertendes Element einbezogen werden.« Es sei im Rahmen der Bearbeitung der Baugenehmigung doch sicherlich möglich, auf einen Erhalt der Bäume hinzuwirken. So hatte es ein Leser vorgeschlagen. In Abwesenheit der Baudezernentin Anne Fellner übernahm der Leiter der unteren Bauaufsichtsbehörde Udo Götze die Antwort. Der Grundstückseigentümer, so Götze, habe am 4. Dezember seine Vorstellungen über eine mögliche Neubebauung des Areals des ehemaligen Polizeigebäudes im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) vorgestellt. »Im Rahmen einer weiteren Feinplanung des Vorhabens ist

durch die Bauherrenschaft u.a. die Thematik Grünordnung auf dem Baufeld mit der unteren Naturschutzbehörde (Baumerhalt, Baumfällung, Ersatzpflanzung) zu klären. Ein Bauantrag, der Klarheit über diese Thematik bringt, liegt bis dato nicht vor.«

Auf die konkreten Vorstellungen des Bauherren, die im ABPU präsentiert wurden, ging Götze nicht ein. Dort wurde informiert, daß eine Blockrandbebauung bis direkt an die Pfeilstraße vorgesehen ist. Ein Erhalt der Bäume ist unter diesen Umständen nicht möglich. Zu erwarten ist, daß die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises den Fällungen – wie üblich – längst zugestimmt hat und noch in diesem Winter vollendete Tatsachen geschaffen werden. Also lange bevor die von Götze angesprochene »Feinplanung« beginnt. Aber dafür kann die Eberswalder Bauverwaltung selbstverständlich nichts.

Wieder rollen US-Panzer durch Brandenburg

Eberswalde (bbp). Und wieder rollen US-Panzer an die Ostfront. Laut der 1997 vereinbarten NATO-Rußland-Grundakte sollte es keine dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in der Nähe der russischen Grenze geben. Doch seit zwei Jahren liegt genau dort ständig eine US-Panzerbrigade in Stellung. Man behilft sich mit einem billigen Trick. Die Panzerbrigaden werden alle 9 Monate ausgetauscht.

In den nächsten Wochen wird eine 3.500 Mann starke Truppe aus Fort Riley (Kansas) mit 200 Panzern und Schützenpanzern, insgesamt 500 Ketten- und 150 Radfahrzeugen zunächst per Schiff nach Antwerpen verlegt, um von dort mit dem Zug und über die Autobahnen quer durch die BRD nach Polen und zum Teil weiter nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien zu rollen. Die seit Mai 2018 in der vorderen Linie liegen-

de Panzerbrigade aus Fort Hood (Texas) marschiert anschließend zurück. In Brandenburg hat es immer wieder Proteste gegen die durchmarschierenden Truppen gegeben. Auch in Eberswalde zeigte sich wiederholter Widerstand gegen den Truppeneinzug an der russischen Grenze. »Die Berichte im Fernsehen aus Syrien und Afghanistan erinnern uns immer wieder«, so Norbert Glasko von der DKP Eberswalde, »wie es 1945 auch in Deutschland aussah und wie schwer der Wiederaufbau der Städte und Betriebe war. Es muß alles daran gesetzt werden, daß sich so etwas nie wiederholt. Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Auf dem Potsdamer Abkommen im August 1945 wurde das von den Siegermächten besiegelt. Wenn jetzt US-Truppen durch Brandenburg marschieren, wird das in Frage gestellt.«

Rot-Rot enttäuscht

Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim konnte auch bei der Kreistagssitzung im Dezember inhaltlich punkten und trat erneut als aktivste Fraktion in Erscheinung. So brachten wir vier Anträge ein, während die übrigen Fraktionen zusammen auf genau einen kamen. Das sind wir gewohnt. Aber mit welch hanebüchenen Argumenten Rot-Rot diesmal unsere Anträge ablehnte, war an Destruktivität wahrlich nicht mehr zu überbieten.

So wurde der Antrag, mit dem das Land aufgefordert werden sollte, Kosten für die Reparatur der Schleusen am Finowkanal zu übernehmen, abgelehnt mit der Begründung, daß ja der Bund in der Pflicht sei. Dabei ist hinlänglich bekannt, daß der Bund im Rahmen seiner Verkehrssicherungspflicht bereits angekündigt hat, 50 % der Investitionskosten zu tragen. Auch der Landkreis übernimmt einen Teil und auch die Anrainergemeinden haben eine finanzielle Beteiligung zugesagt. Nur das Land hält sich heraus, obwohl die älteste deutsche Wasserstraße eine weit überregionale Bedeutung hat. Die Treue der Barnimer SPD und Linken zu ihrer Landesregierung reicht soweit, daß sie das Land nicht einmal um Unterstützung bitten wollen. So sieht es aus, wenn man Parteiinteressen über Landesinteressen stellt.

Unser vierter Vorstoß zur Senkung der Kreisumlage bekam diesmal mehr Unterstützung. So stellte sich die CDU hinter den Antrag, was aber für eine Mehrheit nicht reichte. Während landesweit in immer mehr Landkreisen eine Senkung der Hebesätze zugunsten der Gemeinden erfolgt, blockieren SPD und Linke im Barnim. Peinlich für die Genossen: Wir konnten in der laufenden Sitzung ein Papier der Linken-Landesgeschäftsstelle präsentieren, in welchem sie ihre Kreistagsabgeordneten auffordern, sich landesweit für die Senkung der Kreisumlage einzusetzen. Landesweit? Ja, nur offenbar nicht im Barnim...

Ebenso brachten wir einen Antrag zur möglichen Schaffung einer kreislichen Wohnungsgesellschaft ein. Diese soll dazu beitragen, die Mietpreise im Landkreis auch infolge des Drucks aus Berlin in einem angemessenen Rahmen zu halten. Angesichts des unbestreitbaren Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum sprach sich eine große Mehrheit des Kreistages dafür aus, unseren Antrag zur weiteren Bearbeitung in die Ausschüsse des Kreistages zu verweisen. Dies können wir als Erfolg verbuchen.

Unser Antrag, den Kreistag einmal im Jahr in Bernau tagen zu lassen, wurde abgelehnt. Peinlich: Selbst die Bernauer Kreistagsabgeordneten von Rot-Rot stimmten dagegen.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler wird ihre konstruktive und fleißige Arbeit fortsetzen und die Bürgerschaft über das destruktive Verhalten der Kreistagskoalition informieren.

SVEN WELLER

Erfolgreichste Volksinitiative



Foto: BVB/FREIE WÄHLER

Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!« mit 108.333 Unterschriften

Potsdam (bbp). Vertreter von BVB/Freie Wähler haben am 8. Januar die Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!« bei der Präsidentin des Landtages eingereicht. Insgesamt sind 108.333 Unterschriften zusammengekommen. »Gemessen an der Zeit der Sammlung von gerade einmal 10 Wochen handelt es sich somit um die erfolgreichste Volksinitiative in der Geschichte des Landes Brandenburg«, betonte der Mitinitiator Péter Vida.

Er dankte allen Wählergruppen und Bürgerinitiativen, die als Teil des Netzwerkes von BVB/Freie Wähler an dem Erfolg mitgewirkt haben. »Die Zahl hat alle Erwartungen übertroffen und zeigt, daß die Menschen eine Veränderung des Kommunalabgabengesetzes wollen.«

Seine Wählervereinigung kämpfte bereits seit Jahren für eine Mitbestimmung und Kostenkontrolle bis hin zur Beitragsabschaffung im Bereich des kommunalen Straßenbaus. Bereits 2012 sei ein erstes Bürgerbegehren gestartet worden, das an den bürokratischen Hürden scheiterte. Danach wurden im Landtag mehrere Anträge zum gleichen Thema gestellt. Zugleich habe man vielen Bürgern und Gemeinden geholfen, sparsame und bürgerdemokratische Wege zu gehen.

»Nachdem der Gesetzesantrag unseres Landtagsabgeordneten Péter Vida im Mai durch eine

große Landtagsmehrheit abgelehnt worden ist«, heißt es in einer Presseerklärung von BVB/Freie Wähler, »stellt die nun eingereichte Zahl an Unterschriften, die mehr als 5 Prozent der Wahlberechtigten des Landes ausmacht, einen deutlichen Beleg der direktdemokratischen Arbeit von BVB/Freie Wähler dar. Aus allen Regionen des Landes sind Unterschriften eingetroffen. Die Bürger setzen damit ein klares Zeichen für Veränderung. Straßen sind Güter der Allgemeinheit und müssen von der Allgemeinheit bezahlt werden. Dies ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.«

Inzwischen habe ein juristisches Gutachten die Zulässigkeit der Volksinitiative bestätigt. Zudem wurde eine wortgleiche Volksinitiative in Mecklenburg-Vorpommern vom dortigen Landtag für zulässig befunden. Die rot-rote Regierungskoalition hat umgehend reagiert. SPD und Linke sagten zu, die Straßenausbaubeiträge schrittweise abzuschaffen.

Der Chef des Städte- und Gemeindebunds Jens Graf hingegen schimpft: »Das ist der absolute Populismus. Wer die Beiträge abschaffen will, muß sagen, wer den Straßenausbau künftig bezahlen soll. Wir brauchen dafür 230 Millionen Euro pro Jahr. Aber die Regierung will nur 25 Mio. Euro zahlen, für die jeder Landkreis nur zwei, drei Straßen kriegt. Das ist unverantwortlich« (Berliner Zeitung, 15.01.2019).

Stilles Gedenken am 27. Januar

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am Sonntag, dem 27. Januar, erinnerten am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz gut 60 Eberswalderinnen und Eberswalder mit einer stillen Kranzniederlegung an die Opfer des deutschen Faschismus.

Im Jahr 1996 wurde auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz zum offiziellen deutschen »Gedenk-

tag für die Opfer des Nationalsozialismus« ernannt. Seither werden am 27. Januar Kränze niederlegt und an Vergangenes und an die Opfer gedacht.

Auch in Eberswalde wird seit vielen Jahren zum stillen Gedenken aufgerufen. »Das Erinnern ist sehr wichtig. Wir alle haben eine große Verantwortung daran, denn diese Geschichte wird uns immer begleiten«, so Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski.

»Haben Wir noch Geld?«

ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE fordert Investitionen statt Schatzbildung

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde schwimmt weiterhin im Bargeld. Per 30. November verfügte die Stadtkasse über liquide Mittel in Höhe von fast sechzig Millionen Euro. Hinzu kamen gut elf Millionen Euro an Forderungen, denen neun Millionen Euro an Verbindlichkeiten entgegenstehen – davon allerdings sechs Millionen langfristige Kredite. Die kurzfristigen Forderungen übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten demnach deutlich, was bei Unternehmen allgemein als positives Bonitätsmerkmal gilt.

Dem hohen Barbestand stehen in der Bilanz Rückstellungen in Höhe von knapp 32 Millionen Euro gegenüber, davon 24 Millionen langfristige Pensionsrückstellungen.

Ohne Berücksichtigung des deutlichen Überschusses an kurzfristigen Forderungen über die kurzfristigen Verbindlichkeiten verfügt die Stadtverwaltung über eine frei verfügbare Barreserve in Höhe von 28 Millionen Euro. Und auch ein Teil der langfristigen Rückstellungen könnte für mittelfristige Investitionen oder zur Ablösung der langfristiger Kredite verwendet werden.

Mit der Einführung der sogenannten Doppik (Doppelte Buchführung in Kommunen) sollte ursprünglich die aus dem Mittelalter stammende Kameralistik (*»Brühl, haben Wir noch Geld?«* - *»Aber ja, Majestät«**) in eine moderne Rechnungsführung überführt werden. Die damit verbundene Erschließung brachliegender Reserven scheint gelungen. Dies dient allerdings immer noch hauptsächlich der kameralistischen Schatzbildung. Die Verwandlung in In-

vestitionskapital zur Steigerung der städtischen Einnahmen oder vorfristiger Schaffung nutzbarer Infrastruktur steht aktuell in Eberswalde noch nicht auf der Tagesordnung, wie Baudezernentin Anne Fellner schon im Januar 2015 gegenüber der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (heute: Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde) erklärte.

Die Wählergruppe Alternative Liste Eberswalde (ALE), einer der drei Wahlträger der Fraktion, erläuterte aktuell in einem Gespräch mit der BBP-Redaktion, daß die effektivere Verwendung der städtischen Finanzmittel auch in Bezug auf die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 auf ihrem Programm stehe.

* Zitat aus *»Sachsens Glanz und Preußens Gloria«*, mehrteiliger Film des DDR-Fernsehen 1985. Wenn der sächsische König Friedrich August II. ein neues Kunstwerk seiner Dresdner Kunstsammlung hinzufügen wollte, fragte er in dem Film regelmäßig seinen Premierminister Heinrich von Brühl, ob dafür auch Geld vorhanden sei. Für die Hobbys *»Seiner Majestät«* war natürlich immer genug Geld da – obwohl die sächsische Staatskasse Mitte des 18. Jahrhunderts längst kurz vor dem Bankrott stand. Dabei war Sachsen ein reiches Land. Von Brühls Gegenspieler, dem Preußenkönig Friedrich II., dessen Armee im Siebenjährigen Krieg Sachsen besetzte und ausplünderte, ist der Spruch überliefert: *»Sachsen ist wie ein Mehlsack. Man kann immer wieder drauf schlagen und es kommt immer noch was heraus...«*. Eine These wäre, daß die Staatskasse Sachsens Mitte des 18. Jahrhunderts vielleicht bloß in Folge der kameralistischen Haushaltsführung vor dem Bankrott stand...

Finowkanal:

Bund bleibt in der Verantwortung

Eberswalde (bbp). »Der Bund hat sich mit seiner Presserklärung vom 18. Januar 2019 klar zur Bedeutung des Finowkanals als wassertouristische attraktive Wasserstraße und zur Fortsetzung der Übernahmegespräche mit der Region bekannt«, verkündete Landrat DANIEL KURTH (SPD) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Wassertourismus Initiative Nordbrandenburg (WIN-AG) nach einem Gespräch, das er am 23. Januar mit dem Verhandlungsführer der Generaldirektion Wasserstraßen Herrn Bärthel führte.

»Als Meilenstein ist zu bewerten, daß der Bund nunmehr von einer Abgabe der Wasserstraße (Kanalstrecken) vollständig abbrückt.« Auch gegenüber dem Land Brandenburg habe der Bund damit nun eindeutig erklärt, daß die Kanalstrecken wie bisher, dauerhaft durch ihn instandgehalten und betrieben und daher nicht in die Unterhaltungslast an Dritten übergehen wird.

Bärthel stellte in dem vom Landrat als »sehr konstruktiv« bezeichneten Gespräch zudem in Aussicht, »daß der Bund jetzt bei Bedarf im Rahmen von gutachterlichen Stellungnahmen belastbarere Aussagen zum Bauwerkszustand und damit zu notwendigen Grundinstandsetzungen der Schleusen treffen kann. Möglich macht dieses die Erweiterung des Haushaltsvermerkes Nr. 12 im Bundeshaushaltsgesetz 2019, in welchem u.a. der Finanzierungsbeitrag des Bundes bei der Abgabe der Schleusen am Finowkanal geregelt ist.«

Vor diesem Hintergrund sei eine Weiterführung der Verhandlungen vereinbart worden. »Gemeinsame Zielstellung ist es«, so Kurth weiter, »unter Nutzung der Beteiligung des Bundes in Höhe von 50 % an den Bauleitungs- Planungs- und Baukosten sowie von GRWI-Fördermitteln des Landes Brandenburg, einen für alle Beteiligten tragfähigen und finanzierbaren Lösungsansatz für den Erhalt der Schiffbarkeit der Schleusen am Finowkanal zu finden.«

In eigener Sache

Verschiedene äußere Einflüsse verhinderten leider die planmäßige Bearbeitung der Januar-Ausgabe der *»Barnimer Bürgerpost«*. Um den Zeitverzug auszugleichen, haben wir uns entschlossen, erstmals von unserem üblichen Zeitplan abzuweichen und für Januar und Februar eine Doppelausgabe herauszugeben, was dann allerdings wegen des höheren Arbeitsaufwandes für weitere Verzögerung sorgte. Die nächste planmäßige Ausgabe der *»Barnimer Bürgerpost«* erscheint dementsprechend voraussichtlich Ende Februar.

Die Erstellung der *»Barnimer Bürgerpost«* ist für alle Beteiligten zumeist keine Last, sondern ein Bedürfnis, da wir alle hier die Möglichkeit nutzen können, als Autoren oder in anderer Weise unsere Fähigkeiten, unseren Geist und unsere Kreativität zu entfalten. Und am Ende findet sich sogar noch jemand, der das alles auch liest. Faktisch also das Paradies auf Erden.

Leider sind auch ein paar Sachen notwendig, bei denen der *»Spaßfaktor«* niedriger anzusetzen ist. Dazu gehört die Buchhaltung, die leider immer irgendwie nebenbei erledigt werden muß. Rechnungen zu schreiben, zu versenden und dann deren Bezahlung zu überwachen, ist tatsächlich nicht gerade der Olymp für ehrenamtlich Arbeitende. Aber es ist eine notwendige und überaus wichtige Arbeit, weil nur dies die materielle Grundlage für unser Projekt *»Barnimer Bürgerpost«* garantiert. Es sind die vielen kleinen Abo-Beiträge und Spenden, die die finanzielle Unabhängigkeit unserer Leserzeitung bewirken.

Jedes einzelne Abo, jedes Förderabo, jede Spende helfen uns dabei, die Herausgabe unserer unabhängigen Leserzeitung auch in Zukunft sicherzustellen. Um den Buchhaltungsaufwand zu reduzieren, haben wir uns entschlossen, die Rechnungen nur noch an zwei Terminen im Jahr zu verschicken – mit dem Fernziel, alle Abo-Rechnungen an einem einheitlichen Termin zu erstellen.

Die eigentlich schon für September vorgesehenen Rechnungen verschicken wir daher erst mit dieser Ausgabe.

Künftig wollen wir den Abo-Zeitraum mit dem Kalenderjahr harmonisieren. Bei Abweichungen werden wir den Rechnungsbetrag entsprechend korrigieren (soweit wir das schaffen). Die per Lastschrift eingezogenen Rechnungen sind davon zunächst nicht betroffen.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und sind im Einzelfall selbstverständlich bereit, auch individuelle Lösungen zu finden.

GERD MARKMANN, Redakteur und Geschäftsführer des Projektbereiches *»Barnimer Bürgerpost«*

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

Eberswalde (bbp). Die Wählergruppe Alternative Liste Eberswalde (ALE) wird zur Kommunalwahl 2019 gemeinsam mit der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) sowie der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« in einer Listenvereinigung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde antreten. Das beschlossen die Anhänger der beiden Wählergruppen und die Mitglieder des Eberswalder Ortsverbandes der Partei Die PARTEI auf einer gemeinsamen Versammlung, die am 20. Januar in »Muggels Stübchen« im Brandenburgischen Viertel stattfand. Die Listenvereinigung firmiert künftig unter dem Namen DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (PARTEI/ALE).

Die Wählergruppe ALE hatte sich bereits 2014 an den Kommunalwahlen beteiligt und ein Mandat in der StVV Eberswalde errungen. Die meisten ALE-Anhänger waren zuvor lange Jahre in Linkspartei und PDS aktiv, mußten jedoch zur Kenntnis nehmen, daß dort das ursprüngliche Ziel eines demokratischen Sozialismus immer mehr in den Hintergrund geriet und dem Drang nach Regierungsbeteiligungen untergeordnet wurde.

»Wie unsere Erfahrungen zeigen«, sagt der ALE-Sprecher Gerd Markmann, »ist ernsthafte Politik nur noch möglich, wenn man die Politik nicht so ernst nimmt«. Daher sei das Angebot der Partei Die PARTEI, die landläufig als Satirepartei gilt, nach längerer Diskussion innerhalb der ALE-Anhängerschaft letztlich auf fruchtbaren Boden gefallen.

In der Vergangenheit fühlten sich die meisten Menschen durch die Politik der sogenannten Volksparteien durchaus vertreten. Das hat sich mittlerweile verflüchtigt. Die Parteien erscheinen nun als das, was sie im Grunde schon immer waren – als undemokratische Karrierevereine zur Simulation des parlamentarischen Demokratiebetriebs, deren Akteure einzig dem Ziel hinterherlaufen, an möglichst einträgliche Versorgungsströme zu kommen.

»Es ist an der Zeit, daß sich die Menschen die Politik zurückerobern«, meint der ALE-Sprecher. Eigene politische Erfahrungen können die Menschen in erster Linie in ihrem eigenen Wohnumfeld machen, indem sie sich selbst an den Entscheidungen in ihrer Stadt, in ihrer Gemeinde, in ihrem Ortsteil beteiligen – was allerdings auch erst gegen die Widerstände der Verwaltungen und der Etablierten durchgesetzt werden muß. Das kürzliche Abstimmungsergebnis in Sachen Ortsteile zeugt davon. Die sogenannte »große Politik« kann nur dann positiv kritisiert werden, wenn dies mit einem ernsthaften Engagement auf kommunaler Ebene einhergeht.

Einem ernsthaften kommunalpolitischen Ziel folgt auch der dritte Partner der Listenvereinigung. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« gründete sich 2017 als Reaktion auf die Einschränkungen der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße in Eberswalde.

Für eine transparente Politik

Listenvereinigung Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde konstituiert



Foto: PHILIPP BIEBER

Nach der Bildung der Listenvereinigung Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde und der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde präsentierten sich die Versammlungsteilnehmer vor »Muggels Stübchen« in der Potsdamer Allee 41 im Brandenburgischen Viertel für ein gemeinsames Foto.

Dort war unter dem Vorwand, Verbesserungen für den Radverkehr einzuführen, die bisherige vierspurige Verkehrsführung auf zwei Spuren verengt worden, was seitdem regelmäßig zu Verkehrschaos und Stau führt. Die Bürgerinitiative fordert die Wiederherstellung der vorherigen Verkehrsführung und hat im September 2018 ein Bürgerbegehren mit diesem Inhalt erfolgreich abschließen können. Zwei Monate dauerte es, bis die Stadtverordneten das Zustandekommen des Begehrens feststellten. Inzwischen sind zwei weitere Monate mit der Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch die Kommunalaufsicht ins Land gegangen. »Mit der direkten Beteiligung an der Kommunalwahl wollen wir unserem Anliegen mehr Nachdruck verleihen«, erklärt der BI-Sprecher Dr. Ulrich Pofahl. Leider müsse man davon ausgehen, daß selbst nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid weiter Druck erforderlich ist, um das Bürgeranliegen tatsächlich umzusetzen.

Die gemeinsame Versammlung am 20. Januar diente zugleich der Aufstellung der Wahlvorschläge für die Listenvereinigung PARTEI/ALE. Auf Listenplatz 1 im Wahlkreis 1 (Ostend, Nordend, Sommerfelde, Spechthausen, Stadtmitte, Tornow) kandidiert Mirko Wolfram von der Partei Die PARTEI. Auf den Listenplätzen 2 und 3 folgen Silke Markmann als Vertreterin der ALE und Dr. Ulrich Pofahl von der BI »Radwege in Eberswalde«.

Im Wahlkreis 2 (Brandenburgisches Viertel, Clara-Zetkin-Siedlung, Finow, Westend) sind für den Wahlvorschlag der Listenvereinigung Peggy Siegemund (ALE), Gerd Markmann

(ALE), Sabine Großnick (BI Radwege) und Udo Wolfram (Die PARTEI) nominiert worden.

Nach der formalen Konstituierung der Listenvereinigung steht nun die Arbeit am Wahlprogramm im Mittelpunkt, heißt es in der aktuellen Pressemitteilung der Listenvereinigung. Die bisherige Arbeit der ALE-Vertreter in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung werden ebenso eine wichtige Grundlage für das Wahlprogramm bilden wie die Erfahrungen der BI Radwege beim Sammeln der Unterschriften für das Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße sowie die Ideen und Aktionen der Mitglieder der Partei Die PARTEI. Ende März soll es vorliegen.

Einfließen sollen die schon im ALE-Wahlprogramm von 2014 formulierten Forderungen wie auch die von Die PARTEI und der BI Radwege eingebrachten Themen. »Eine verstärkte Aufmerksamkeit werden wir dem Problem bezahlbarer Mieten widmen. Auch die Fragen der direkten Demokratie, deren Ausgestaltung die Möglichkeiten der Kommunalverfassung ausschöpfen, aber durchaus nicht in deren Grenzen verharren muß, wird eine wichtige Rolle spielen.«

Die Kommunalpolitik müsse durchschaubar und bürgernah sein, gemäß dem Ideal des »Gläsernen Rathauses«, ergänzt der Eberswalder PARTEIvorsitzende Mirko Wolfram. Alle drei Partner gehen davon aus, daß die Stadtverordneten »neben den Bürgerinnen und Bürgern ein wesentliches Element der Kommunalen Selbstverwaltung« sind.

Eberswalde:

Eine Trauerstunde der Demokratie

Stadtverordnetenmehrheit und Stadtverwaltung verhinderten Neubildung von Ortsteilen in Eberswalde und Wahl von Ortsbeiräten

Erwartungsgemäß bekam die gemeinsame Beschlußvorlage der Fraktion Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde (UWBE) mit der DIE SPD-Fraktion zur Neubildung von Ortsteilen und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember 2018 nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit.

In der bereits stark abgeschwächten Beschlußvorlage hatten beide Fraktionen bereits vorerst auf die Neubildung von Ortsteilen verzichtet und nur noch die Wahl von Ortsbeiräten in den bereits bestehenden Ortsteilen Finow, Brandenburgisches Viertel, Eberswalde I und II zur Abstimmung gestellt. Hierfür gab es fernmündlich am Tag der Abstimmung grünes Licht von der obersten Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß weder in der Eberswalder Verwaltungsspitze noch in der übergroßen Mehrheit der Eberswalder Stadtpolitik der dringende Wunsch und die Einsicht in die Notwendigkeit bestehen, mit Blick auf die Brandenburgischen Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 eine Ausweitung von aktiv gelebter Bürgerdemokratie zu erreichen.

Bereits im September, unmittelbar vor Beginn und während der sehr schleppend verlaufenden Debatte in den Fachausschüssen, zeichnete sich ab, daß die gemeinsame Beschlußvorlage keine Zweidrittelmehrheit erhalten wird. Die Position der Verwaltungsspitze im Eberswalder Rathaus wurde unmißverständlich in einer mit viel »kommunalpolitischem Sprengstoff« versehenen Präsentation dokumentiert. Die

teilweise geschickt verpackten kommunalpolitischen Horrorszenarien befanden sich zu keiner Zeit in Übereinstimmung mit der Brandenburger Kommunalverfassung. So wurde für die Neubildung von Ortsteilen und die dazugehörige Wahl von Ortsbeiräten ein massives Blockieren und Verzögern interner Verwaltungsvorgänge und die teilweise Entmachtung der Entscheidungskompetenzen der Stadtverordneten vorausgesagt.

Scheinbar wurde die damit beabsichtigte Wirkung in den meisten Stadtfractionen auch erzielt. Sehr zeitig war somit klar, wohin die Reise mit der gemeinsam Beschlußvorlage von DIE SPD und UWBE aus Sicht der Verwaltungsspitze zu gehen hat. Trotz vieler Unkenrufe und versprühtem Zweckoptimismus, insbesondere auch aus der miteinreichenden Fraktion, daß die Beschlußvorlage mehrheitsfähig werden könnte, ist letztlich das eingetreten, was unsere Fraktion rechtzeitig vorausgesagt hat. Hinzu kommt, daß vor allem die beiden großen Stadtfractionen der »Heimat- und Bürgerpartei« CDU und der »original-sozialen KümmerInnen« Die Linke sehr defensiv und destruktiv in der Sache agiert haben. Gepaart wurde dies mit abenteuerlichen Begründungen

und nicht vorhandenem kommunalpolitischen und kommunalrechtlichen Faktenwissen. Das gilt auch für die Stadtfractionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie für Bürgerfraktion und Bündnis Eberswalde.

Die kommunalrechtliche Begleitung durch das Rechtsamt der Stadt Eberswalde und die Kommunalaufsicht des Landkreis Barnim war mehr als suboptimal und für das kommunale Ehrenamt wenig hilfreich.

Kommunalrechtlich ist zeitnah zu prüfen, ob am Tag der Brandenburgischen Kommunalwahl oder am Tag der Brandenburgischen Landtagswahl am 1. September 2019 in beiden leicht veränderten Eberswalder Wahlkreisen I und II gleichzeitig Bürgerentscheide zur Neubildung von Ortsteilen durchgeführt werden können. Konsequenterweise konnten wir im Gegensatz zur miteinreichenden DIE SPD-Fraktion der am selben Tag zur Abstimmung stehenden bürgerfernen Novellierung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde nicht zustimmen. Scheinbar brauchen wir auch in Eberswalde Akzente und Aspekte der französischen Gelbe-Westen-Bewegung, die einen echten ziel- und ergebnisorientierten Bürgerdialog vor Ort einfordert.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender UWBE

Bernau:

Stärkung der Ortsteile

Bernau (bbp). Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau spricht sich für eine Stärkung der Ortsteile der Stadt aus. Hierzu soll eine bisher in Bernau kaum beachtete Bestimmung der Brandenburgischen Kommunalverfassung genutzt werden.

So wird in Paragraph 46 bestimmt, daß die Gemeinden regeln können, daß Ortsteile in sie betreffenden Angelegenheiten verbindlich entscheiden können und die Stadtverordnetenversammlung (StVV) diese Beschlüsse nur binnen acht Wochen und zwar mit absoluter Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder aufheben kann. Dadurch wird die Rolle der Ortsbeiräte deutlich gestärkt. Sie würden somit nicht mehr nur Empfehlungen aussprechen, denen die StVV folgen kann, sondern verbindliche Beschlüsse fassen, die nur mit einer qualifizierten Mehrheit gekippt werden können.

Dadurch könnten die Entscheidungsträger vor Ort über Angelegenheiten der Ortsbildpflege, Straßenunterhaltung, Nutzung öffentlicher Einrichtungen und andere ortsteilbezogene Anliegen mit einer höheren Durchsetzungskraft befinden. Andere Orte wie etwa Wandlitz, Werneuchen oder Teltow machen von die-

ser Regelung Gebrauch – in Bernau besteht laut Hauptsatzung lediglich ein Anhörungsrecht. Die Fraktion vertritt die Auffassung, daß die durch die Kommunalverfassung gegebenen Möglichkeiten konsequent genutzt werden, um so die Arbeit der Ortsbeiräte zu unterstützen.

Die Eberswalder Stadtverordneten haben erst im Dezember 2018 eine ähnliche Beschlußvorlage der Fraktionen DIE SPD und Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde, die auf Vorschlägen der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) von 2014 beruhte, für die Ortsteile in der Kreisstadt mehrheitlich abgelehnt.

Brandenburgisches Viertel:

Integriertes Entwicklungskonzept

Eberswalde (bbp). Das Quartiersmanagement vom Kontaktbüro Soziale Stadt im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde hatte am 28. Januar zu einer Bürgerinformation zum aktuellen Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) für das Brandenburgische Viertel in das Dietrich-Bonhoeffer-Haus in der Potsdamer Allee 35 in Eberswalde eingeladen.

Im Mittelpunkt der Information standen die Schwerpunkte und Schlüsselmaßnahmen, die in den nächsten Jahren gemeinsam realisiert werden sollen. Eingeladen waren alle Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels sowie Träger, Gewerbetreibende und Wohnungsunternehmen, die im des Brandenburgischen Viertels agieren.

Wählergruppe gegründet

Am 16. Januar 2019 gründete sich in Panketal die Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal – sozial, kompetent, überparteilich«, kurz GiP.

Nach dem Willen der Beteiligten tritt die Wählergruppe zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 für die Gemeindevertretung, die Ortsbeiräte Zepernick und Schwanebeck sowie für den Kreistag Barnim an. Dazu erfolgt eine Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten **am 15. Februar 2019** im Rahmen einer **Aufstellungsversammlung**. Interessierte Panketalerinnen und Panketaler, die sich mit den Gründen des nebenstehenden Wahlaufrufs identifizieren können und Interesse an einer aktiven Mitgestaltung unseres Ortes haben, können sich bis dahin an die GiP, vertreten durch Sigrun Pilz (mail: sigrun.pilz@gmx.de) wenden.

Auch Menschen, die nicht selber kandidieren möchten, aber die Bemühungen der Gruppe anderweitig unterstützen möchten, sind jederzeit willkommen.

Von Mitte Februar bis 21. März können im Panketaler Rathaus die Unterstützer-Unterschriften geleistet werden, die nötig sind, damit die Wählergruppe GiP in Panketal zur Wahl antreten kann. Dazu möchten wir hiermit ebenfalls alle Bürgerinnen und Bürger aufrufen. Eine Unterschrift als Unterstützer verpflichtet nicht zur Wahl der GiP.

THORSTEN WIRTH

Bahnhof Eberswalde:

Warten auf Parkplätze

Eberswalde (bbp). Die Parkplatzsituation am Bahnhof gestaltet sich zunehmend kritischer. Für Pendler, die nach 8 Uhr in Bahnhofsnähe noch nach einem Parkplatz suchen, ist dies schon aussichtslos, sagt GUIDO PENZ aus dem Brandenburgischen Viertel, der selber jeden Tag mit dem Zug zur Arbeit nach Berlin pendelt. »Selbst auf Flächen, welche durch Markierungen nicht als Parkfläche genutzt werden sollen, stehen dann abgestellte Fahrzeuge. Gibt es eventuell neue Lösungen für den erhöhten Parkplatzbedarf am Bahnhof Eberswalde? Die jetzige Situation ist nicht befriedigend.« Er erinnert an die Pläne eines privaten Investors, auf dem RAW-Gelände Parkflächen anzubieten und wandte sich mit seinen Fragen an die Baudezernentin der Stadt Anne Fellner. Es gebe noch keine konkreten Aussagen des Investors, wann es am Bahnhof losgehe, antwortete die Dezernentin. Sie wisse aber, daß er »auf allen Ebenen am arbeiten und beseitigen von kleineren Hindernissen ist«. Sobald genauere Informationen vorliegen, werde darüber informiert.

Der ursprüngliche Plan, am Bahnhof ein städtisches Parkhaus zu errichten, waren im Sommer des vergangenen Jahres aufgegeben worden, als die Pläne des Privatinvestors bekannt geworden waren. Statt dessen soll nunmehr am Bahnhof in Stadtrege ein Parkhaus ausschließlich für Fahrräder gebaut werden.

Gründungsaufruf für eine Wählergruppe in Panketal

Sozial, kompetent, überparteilich

Gemeinsam in Panketal (kurz GiP)

Wir Bürgerinnen und Bürger Panketals wollen aktiv am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben im Ort mitwirken. Dafür optimale Rahmenbedingungen zu schaffen ist Aufgabe von Gemeindevertretung und Ortsbeiräten. Oft dominieren jedoch parteipolitische Erwägungen, taktische Spielchen oder Einzelinteressen das Handeln in den gewählten Gremien. Am 26. Mai finden die Kommunalwahlen statt. Zeit und Gelegenheit, engagierten Bürgerinnen und Bürgern über Parteigrenzen hinweg eine Stimme in der Gemeindevertretung und in den Ortsbeiräten zu geben. Deswegen gründet sich in diesen Tagen die Wählergruppe **Gemeinsam in Panketal – sozial, kompetent, überparteilich (GiP)**.

Der gesellschaftliche Wandel macht vor den Gemeindegrenzen nicht halt: Neue Fragen und vor allem innovative Antworten darauf sind nötig. MITEINANDER – so lautet ein Lösungsansatz, den wir vertreten und einbringen wollen. Jung und Alt, Familien und Alleinstehende, Alteingesessene und Zugezogene, Häuslebauer und Mieter – nur gemeinsam wird es uns gelingen, die Lebensqualität im Ort so zu erhalten und so zu gestalten, daß diese für alle gleichermaßen hoch ist und bleibt. Für eine Politik mit Augenmaß und einem trotzdem nötigen Weitblick. Für eine Politik des sozialen Ausgleichs. Für eine Politik der Vernunft über Parteigrenzen hinweg – dafür machen wir uns stark! Die vier wesentlichen Felder unserer Politik sind:

1. Kinder und Jugendliche fördern
2. Familien unterstützen
3. Aktives Altern ermöglichen
4. Inklusion als selbstverständliche Aufgabe und Chance für alle

Generationengerechtigkeit darf kein Schlagwort bleiben. Es muß gelebtes Selbstverständnis werden. Alle größeren Investitionen in

Panketal sollen künftig auch unter diesem Aspekt geplant und getätigt werden.

Aus diesem Grund steht die Schaffung eines Bürgerhauses für alle Panketalerinnen und Panketaler auf unserer Prioritätenliste ganz oben. Ein Ort der Begegnung, ein Ort für alle Generationen, ein Ort des sozialen und kulturellen Miteinander ist ein wichtiger integrativer Bestandteil einer Gemeinde. Ob Vereinstreff, Schülercafé, Konzertsaal, Freizeittreff oder Sozialberatung – ein Bürgerhaus für Jung und Alt in Panketal deckt zahlreiche Bedürfnisse ab und führt zu mehr Identifikation mit der eigenen Gemeinde. Gemeinsam mit anderen Vereinen, Initiativen oder Gemeindevertretern wollen wir daher die Voraussetzungen für die Errichtung eines Panketaler Bürgerhauses schaffen. Kunst, Kultur, Lernen, Freizeit – diese Aspekte des Gemeindelebens wollen wir insbesondere weiterentwickeln oder ausbauen. Soziales Miteinander über Generationsgrenzen hinweg wollen wir unterstützen.

Unsere Gründungsversammlung fand am 16. Januar im Rathaus Panketal statt. Wenn Sie in der Gemeindevertretung, im Ortsbeirat oder im Kreistag Ihre Erfahrungen und Ihre Kompetenzen einbringen wollen, sind Sie bei uns richtig. Aber auch außerhalb dieser Gremien sind ihre Vorstellungen, ihre kritischen Hinweise wichtig genug, Gehör zu finden. Gestalten wir gemeinsam das Lebensumfeld, in dem wir, unsere Kinder und unsere Enkelkinder, gerne leben wollen!

GEMEINSAM FÜR PANKETAL!

Hannelore Böhme, Konstantin Börner,
Sabine Friehe, Hubert Hayek, Irina Hayek,
Dieter Kersten, Edelgard Kersten, Sigrun Pilz,
Angelika Radunz, Dietbert Radunz,
Ines Schröder, Kay Schröder, Karl Schröder,
Kathrin Urban, Thorsten Wirth

Mietpreise in Eberswalde:

Genossenschaft zieht nach

Eberswalde (bbp). Im Brandenburgischen Viertel feierte die Eberswalder Wohnungsgenossenschaft – seit 1. Januar unter ihrem neuen Namen »1893« firmierend – den Beginn des von Bund, Land und Stadt geförderten Wohnungsabrisses mit Latin Musik in einem extra dafür aktivierten Wohnzimmer im Parterre des Abrißblocks in der Brandenburger Allee.

Betriebswirtschaftliche Zwänge infolge des Drängens der Banken, die sonst keine Kredite für die notwendigen Sanierungen im Kiez geben wollen, zwingen die Genossenschaft dazu, ihren Wohnungsbestand abzureißen. Zugleich müssen bei Neuvermietungen sogenannte »Marktpreise« genommen werden, die mittler-

weile zum Teil deutlich über den Werten des erst vor einem Jahr von den Stadtverordneten beschlossenen Mietspiegels liegen. Aktuell verlangt die Genossenschaft im Brandenburgischen Viertel je nach Lage und Stockwerk zwischen 5,80 und 6,50 Euro pro Quadratmeter an Kaltmiete. Für eine Erdgeschoßwohnung in der Drehnitzstraße (Westend) werden gar mehr als 8 Euro fällig und in der Wildparkstraße, 3. Etage, 7,90 Euro.

Die Genossenschaft folgt damit dem Mietpreisvorreiter in der Stadt, der stadteigenen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), die im Herbst ihr Mieterhöhungskonzept öffentlich vorstellte (BBP 10/2018).

Musikschulangebot verbessern



Foto: Vida

Das Musikschulangebots im Landkreis Barnim soll verbessert werden. Das fordert die Kreistagsfraktion von BVB/Freie Wähler. Ziel müsse eine Erhöhung der Ausstattung und Bereitstellung der Räume für öffentlich geförderten Musikunterricht sein. Auf dem Foto sieht man den Auftritt des Saxophon-Sextetts zum vorweihnachtlichen Familienkonzert im Bernauer Paulus-Praetorius-Gymnasium, zu dem der Beirat für Migration und Integration eingeladen hatte.

Das Wachstum der Städte und Gemeinden im Landkreis erfordert viele Infrastrukturmaßnahmen. Volle Straßen, lange Wartezeiten für einen Kitaplatz, volle Grundschulen sind nur einige Folgen. Dieses Wachstum betrifft einen weiteren sehr wichtigen Bereich der sozialen Infrastruktur: Die Kreismusikschule. Während in den vorgenannten Bereichen stark investiert wurde, ist hier über die Jahre ein großer Handlungsbedarf entstanden.

Zwar gibt es eine Kreismusikschule mit den Zweigstellen Eberswalde und Bernau. In einigen Gemeinden wird der Unterricht in Schulräumen ermöglicht. Jedoch stehen in Panketal gerade einmal drei Räume für den Unterricht zur Verfügung (in der Grundschule Zepernick und in der Gesamtschule). In anderen Gemeinden, wie beispielsweise in Ahrensfelde, gibt es gar kein Angebot vom Landkreis und seiner Musikschule.

Das vorhandene Grundangebot entspricht nicht der stark angewachsenen Bevölkerung. Lange Wartezeiten sind die Folge. Einen Platz für den beliebten Klavierunterricht zu erhalten, ist nahezu aussichtslos. Dabei ist der Bildungsauftrag an den Musikschulen enorm wichtig, in vielen Bildungsprogrammen festgeschrieben und beginnt bereits im Kleinkindalter in den Kindergärten.

Dies bestätigt auch der Leiter der Musikschule Barnim, Schommartz. Die Kinder auf musikalische Berufe vorzubereiten, beginnt auch in den Musikschulen.

Um dem gestiegenen Bedarf zu entsprechen, müssen zeitnah zukunftsweisende Weichen gestellt werden. Deswegen fordert BVB/Freie Wähler eine zeitnahe bedarfsgerechte Anpassung der räumlichen und sächlichen Ausstattung in den stark wachsenden Orten.

CHRISTIANE HERRMANN

Museumsdepotumzug dauert drei Jahre

Eberswalde (bbp). Nach aktuellen Aussagen sollen die Arbeiten zum Umzug der Sammlung des Museums der Stadt Eberswalde in das Gebäude in der Saarstraße etwa drei Jahre dauern. »Um Klarheit und Transparenz zu diesem Prozeß für die Stadtverordneten zu gewährleisten und ihn erfolgreich zu gestalten«, hieß es in einer Beschlußvorlage der Stadtfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, »halten wir es für dringend erforderlich, die Gesamtmaßnahme im Fachauschuß vorzustellen und durch eine regelmäßige Berichterstattung zu begleiten. Deshalb soll beginnend mit der Projekterstellung (Planungsunterlagen für die notwendige Baugenehmigung) ein zeitlicher Ablaufplan zur baulichen Ertüchtigung des neuen Gebäudes im April 2019 vorgelegt werden.«

Die Gesamtmaßnahme müsse so ausgerichtet sein, »daß mit Fertigstellung des neuen Depots

die Sammlungsgegenstände möglichst schnell in das neue Gebäude verlagert werden können. Dazu sind umfangreiche Vorarbeiten erforderlich, da die vorhandenen Sammlungsobjekte begutachtet und bewertet werden müssen. Weiterhin ist es notwendig, erste Aussagen zu Restaurierungsarbeiten zu treffen und diesbezüglich auch die Dringlichkeit für Arbeiten an einzelnen Objekten festzulegen. In diesem Kontext soll die Verwaltung einen konkreten Vorschlag zur personellen Absicherung und Finanzierung der Arbeiten unterbreiten.« Die Vorstellung entsprechender konzeptioneller Papiere soll durch die Stadtverwaltung im April im Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (ASBKS) erfolgen.

Die Stadtverordneten folgten auf ihrer Sitzung am 18. Dezember, mehrheitlich dem Ansinnen von Bündnis 90/Den Grünen.

23. Kohl & Pinkel-Party

Eberswalde (prest-ew). Auch 2019 wird die von der Partnerstadt Delmenhorst übernommene Tradition fortgesetzt: Am 2. Februar 2019 lädt der Partnerschaftskreis Eberswalde-Delmenhorst zur 23. Kohl & Pinkel-Party in das Haus Schwärzetal. »Wir freuen uns sehr, daß wir den zahlreichen Fans der Veranstaltung auch in diesem Jahr wieder Kohl & Pinkel präsentieren können. Natürlich sind auch neue Gäste herzlich willkommen«, so Birgitt Hellenbach, die Vorsitzende des Partnerschaftskreises.

Den Auftakt bildet um 16 Uhr die Wanderung zum Forstbotanischen Garten. Start ist im Rathaushof. Traditionell wird die kleine Wanderung unterbrochen mit kurzen Zwischenstopps. Unter setzt mit live Akkordeonmusik und verbunden mit einem kleinen Likör werden die Wanderer bei guter Laune gehalten. Deshalb sollte auch keiner ein kleines umgehängtes Henkelschnapsglas vergessen.

Im schön beleuchteten Forstbotanischen Garten kann sich dann jeder mit Glühwein oder Tee und Schmalzstullen stärken. Nach dem Rückweg in das Haus Schwärzetal beginnt die eigentliche Party mit der Verteilung des Essens auf die Tische. Es gibt Grünkohl und Kartoffeln in Schüsseln sowie Fleischplatten mit Kassler, Rippchen und Grützwurst (Pinkel). Jeder kann sich sein Essen selbst zusammenstellen. Den Höhepunkt bildet die Krönung des neuen Königspaares. Abends spielt DJ- Jogi zum Tanz auf. Der Kartenverkauf erfolgt über das Medienhaus in Eberswalde.

Ihre Wichtigkeit

Das Volk, es dünkt sich wichtig.

Ist es aber nicht!

Im großen Weltgetriebe,

Nur ein kleiner Wicht.

Nur Verfügungsmasse für die großen Herren.

Solange es so funktioniert,

Haben diese es auch gern.

Doch wehe, wenn es selber denkt,

Anders tickt, wie der, der lenkt.

Dann werden Keulen hart geschwungen.

Gesetze sind damit durchdrungen.

Und um das Volk im Schach zu halten,

Wird's unterhalten und gespalten.

Von »Florian« und Konsorten

Berieselt Allerorten.

Auch das üble Wahlgetöse

Sichert nur den Großen Größe.

Ob CDU, ob SPD,

Was ihr auch wählt,

Weiß bleibt der Schnee.

Ob Rote, Grüne, Gelbe,

Politik bleibt stets dasselbe!

Die Sonstigen, sind Spalter,

Für die Großen: Machterhalter.

So funktioniert Demokratie.

Veränderung gelingt so nie.

Welche Alternative,

Führt aus diesem Mief?

RAINER KROBOTH

An der ideologischen Verfaßtheit von Hans-Jürgen Adam, dem Geschäftsführer der stadteigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) besteht kein Zweifel. Er steht mit seinen Ansichten voll und ganz auf dem Boden des Kapitals. Er ist dessen Diener. Zur Wohnungspolitik in der DDR weiß Adam den lustigen Spruch »Ruinen schaffen ohne Waffen« aufzusagen – obwohl viele Häuser der WHG erst nach 1990 zu Ruinen wurden, weil die Menschen, die vorher dort wohnten, abwanderten.

Immerhin galt in der DDR die Lösung der Wohnungsfrage bis zum Jahr 1990 als eine der Hauptaufgaben von Partei und Regierung. Was immer man von den »Arbeiterschließfächern« auf der grünen Wiese (zum Preis der Vernachlässigung der Altbausubstanz) halten mag – die Wohnungsfrage war 1990 auch in Eberswalde als soziales Problem weitgehend gelöst. Allerdings wandelten sich mit dem Beitritt zur BRD die bisherigen Wohnungsbausubventionen durch einen Buchungstrick in hochverzinsten »Altschulden«. Das war das »Startkapital« der ostdeutschen Wohnungsunternehmen bei ihrer Ankunft in der »sozialen Marktwirtschaft«. Der ökonomische Hebel für erste massive Mieterhöhungen und zugleich der Zwangspriatisierung war gefunden.

Für den großen Denker Friedrich Engels hatte der WHG-Geschäftsführer, als er im September 2018 sein Mieterhöhungskonzept¹ präsentierte, vor allem Häme übrig. Friedrich Engels war nämlich ein erfolgreicher Kapitalist – während der angestellte Bürokrat Adam zeitlebens nie auf eigene Rechnung arbeitete, vielleicht von den Verstrickungen in einen Korruptionsskandal bei einem Berliner Wohnungsunternehmen mal abgesehen.²

Dennoch gebührt dem WHG-Geschäftsführer unser Dank, nutzte er doch die Gelegenheit, um an Engels' Schrift »Zur Wohnungsfrage« zu erinnern. Und das in einer Zeit, in der sich die »Wohnungsfrage« auch in Eberswalde – nicht zuletzt durch tatkräftiges Mittun des WHG-Geschäftsführers – wieder zu einem sozialen Problem auswächst.

Die Artikelserie von Friedrich Engels »Zur Wohnungsfrage« erschien 1872/73 in der Leipziger sozialdemokratischen Zeitung »Der Volksstaat« als Reaktion auf mehrere Artikel zur damals aktuellen Wohnungsnot, in denen der zunächst anonyme Verfasser die Lösungen von Pierre-Joseph Proudhon anpries. Mit Proudhon hatte sich Engels Freund und Partner Karl Marx schon 1847 in »Das Elend der Philosophie« auseinandergesetzt. Dieser Borgeois-Sozialismus³ war in Deutschland auch 1872 stark vertreten »einerseits durch Kathetersozialisten und Menschenfreunde aller Art, bei denen der Wunsch, die Arbeiter in Eigentümer ihrer Wohnung zu verwandeln, noch immer eine große Rolle spielt«. Andererseits aber finde in der Sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein »ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung«, der die Über-

Zur Wohnungsfrage

Der WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam und Friedrich Engels



Foto: Gerd Märrmann

windung des Kapitalismus aktuell als nicht erreichbar erklärt und »für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen« ist, so daß man »selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten 'Hebung der arbeitenden Klasse' sympathisieren« könne.⁴

Diese Sozialismus-Richtungen existieren auch heute noch, scheinen sogar mächtiger denn je zu sein und bestimmen in allen größeren Parteien der BRD – von Linken bis AfD – mehr oder weniger den Diskurs. Engels' Schrift ist also alles andere als überholt.

Was der WHG-Geschäftsführer Adam bei Engels bemerkte, war dessen Blick auf die tatsächlichen ökonomischen Bedingungen, während die ganze Proudhonsche Lehre auf dem »Rettungssprung aus der ökonomischen Wirklichkeit in die juristische Phrase« beruht.⁵ Laut Engels besteht der Mietpreis »1. aus einem Anteil Grundrente; 2. aus einem Anteil Zins auf das Baukapital einschließlich des Profits für den Bauunternehmer; 3. aus einem Anteil für Reparatur- und Assekuranzkosten; 4. aus einem Anteil, der das Baukapital inkl. Profit in jährlichen Ratenzahlungen abträgt (amortisiert), im Verhältnis wie das Haus allmählich verschleißt«.⁶

»Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen?«, fragt Engels, um zu dem Schluß zu kommen: »In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleicheung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist.«⁷ Für die Arbeiter sind die Kosten der Wohnung letztlich nur Teil der Repro-

duktionskosten ihrer Arbeitskraft. Mieterhöhungen fressen die Vorteile der letzten Tarifierhöhung auf. Mit dem nächsten Streik holen sie sich ihren Teil zurück – wenn sie stark genug sind. Selbst die Bezüge der Ärmsten für die Kosten der Unterkunft (KdU) werden nachhinkend mehr oder weniger regelmäßig angeglichen.

Mieterhöhungen wirken freilich direkt, schnell und schmerzlich, während der Ausgleich über Lohnerhöhungen oder mittels des Pendlerunwesens erst längerfristig wirkt.

Zum allgemein erkannten gesellschaftlichen Problem werden höhere Mietkosten vor allem, weil auch die sogenannten Mittelschichten von den Mieterhöhungen betroffen sind. Der ererbte oder mühsam erkämpfte soziale Status wird in Frage gestellt. Für einkommensmäßig etwas Bessergestellte ist der Drang nach Wohneigentum die »hülfreiche« Alternative, für die sie sich verschulden und nicht nur an die Scholle, sondern auch an ihre Bank und nicht zuletzt auch an ihren »Job« gefesselt werden. Nicht zufällig etabliert sich mit diesen ökonomischen Fesseln zugleich ein auffälliger Untertanengeist. Man will das verwirklichte Kleinbürgerideal ja nicht verlieren.

Ist das Haus mal abbezahlt, genießt der kleine Hausbesitzer den Vorteil, künftig »frei« zu wohnen. Damit hat er mehr übrig vom Lohn oder er kann seine Arbeitskraft wohlfeiler anbieten als die Mitkonkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Mit letzterem wird der vermeintliche Vorteil für den Arbeiter am Ende zum Vorteil für den ihn beschäftigenden Kapitalisten.⁸

Auch in Eberswalde werden immer neue Baugebiete für Einfamilienhäuser vornehmlich an der Peripherie der Stadt ausgewiesen. Mit allen negativen Folgen wie zunehmender Flächenversiegelung, verstärkten Individualverkehr und mangelnder Infrastruktur. Schon deshalb taugen Einfamilienhäuser nicht als allgemeine Lösung des Wohnungsproblems.

Nebenbei rechnet Engels mit verschiedenen »sozialistischen Experimenten« ab, wie es sie auch im Finowtal gab und beispielsweise vom »Philanthropen«⁹ und Weltkriegsgewinnler Aron Hirsch initiiert wurde. Der damalige Eigentümer der Hirsch-Kupfer-Messingwerke in Finow wollte Anfang der 1930er Jahre für 200 seiner Stammarbeiter Siedlungshäuser bauen lassen – die heutige Clara-Zetkin-Siedlung. Zu jeder Siedlungsstelle gehörten noch 1000 m² Gartenland, um die Selbstversorgung der Familien in Zeiten vorübergehender Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Schließlich war gerade Weltwirtschaftskrise. So sollten die Stammkräfte im Werk gehalten werden und eine betriebseigene unternehmerentreue »Arbeiteraristokratie« gefördert werden.¹⁰ Die zur Rüstungsproduktion des II. Weltkrieges benötigten Arbeitermassen wohnten später überwiegend in Zwangsarbeiter- und KZ-Außenlagern.

Das Niveau der Barackenlager wird heute zweifelsohne auch bei einfachsten Arbeiterwohnungen übertroffen. Engels erwähnt Londoner Baugesellschaften, »welche, teils philanthropischer, teils spekulativer Natur einen Reinertrag von 4 bis 6 % und mehr erzielt haben«. Das in Arbeiterwohnungen angelegte Kapital rentierte sich also schon damals recht gut. »Der Grund«, so Engels weiter, weshalb nicht mehr Kapital in einfache Arbeiterwohnungen angelegt werde, »ist der, daß teurere Wohnungen sich dem Eigentümer noch besser rentieren.«¹¹

Das hat auch der WHG-Geschäftsführer Adam erkannt. »Die WHG leistet aktiv ihren Beitrag für die soziale Wohnraumversorgung in der Stadt«, heißt es im o.g. Mieterhöhungskonzept. »Zugleich ist die WHG aber auch das Wohnungsunternehmen für die 'breiten Schichten der Bevölkerung'... die breite Mitte der Gesellschaft, also für Menschen mit mittlerem Einkommen... Auch der Facharbeiter und der Handwerker, der Angestellte

und der Selbständige ist Kunde der WHG und muß seine spezifische Nachfrage im Angebotsportfolio der WHG wiederfinden. Die WHG ist auch die kommunale Wohnungsgesellschaft für den breiten Mittelstand der Stadt Eberswalde!«¹²

1914 kannte Kaiser Wilhelm keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Heute kennt WHG-Geschäftsführer Adam keine Klassen mehr, sondern nur noch »die Mitte« – in seinem Verständnis jene, die sich die teuren Wohnungen leisten können und wollen, also jene Wohnungen, die sich besser rentieren als Arbeiterwohnungen, die im Sprachgebrauch der WHG als »BasicWohnen« tituliert werden. Daher widmet sich die WHG auch überwiegend der eher aufwendigen Sanierung von Altbau-Wohnungen und im Neubau mit »mittlerem Standard«.

Die Schuld für höhere Sanierungskosten sieht der WHG-Geschäftsführer Adam im übrigen nicht zuletzt in »Mietverträgen noch aus der Zeit der ehemaligen DDR« und der zum Teil mieterfreundlichen »verschärften Rechtsprechung des BGH zu Schönheitsreparaturen«. Wegen der seitens der WHG vernachlässigten Instandhaltung müssen diese Wohnungen »aufwendig wieder hergerichtet werden«.¹³ Geschäftsführer Adam verfügt über die nötige Intelligenz und natürlich auch Sachkunde, um zu wissen, wo die Mietanteile, die eigentlich der Instandhaltung dienen sollten, geblieben sind.

Schließlich blieben in den letzten Jahren die Ergebnisse einer Reihe von Investitionen im »höherwertigen Bereich« unter den Erwartungen. Erst mit Sonderabschreibungen konnten Objekte wie die Michaelisgärten oder das Schillerquartier in der Buchhaltung wieder »wirtschaftlich dargestellt« werden.¹⁴

Die WHG hatte sich verspekuliert. Das hat Hans-Jürgen Adam, der die Geschäftsführung erst 2012 übernahm, nicht oder nur zum Teil zu verantworten. Er ist der »Sanierer« und hat dafür den Sarazin-Generalauftrag der steigenden Mieten im Hinterkopf.¹⁵ In seinem Mieterhöhungskonzept vergießt Adam etliche Krokodilstränen. »Durch den Angebotsüberhang auf dem lokalen Wohnungsmarkt von Eberswalde sind Mietpreissteigerungen begrenzt.«¹⁶ Als Lösung des Problems kommt, hier sind wir wieder bei

Engels, nur »die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt«.¹⁷

Bei einem »Angebotsüberhang« wird zum vorrangigen Ziel, das Angebot an preiswerten Wohnungen zu verringern. Der Staat unterstützt das mit Fördermitteln. Äußerst günstig für die WHG ist dabei, daß die Zerstörung vorhandenen Wohnraums auf den Mitkonkurrenten, die Wohnungsbaugenossenschaft, abgewälzt werden kann.

Deren Vorstände müssen sogar noch dem WHG-Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Friedhelm Boginski Dankbarkeit zeigen, daß der ihnen die Fördermittel verschafft hat. Die Genossenschaft wäre ohne den Abriß weniger kreditwürdig, plauderte Boginski jüngst im städtischen Hauptausschuß aus. Der von den WBG-Geschäftsführern auch intern schöneredete Abriß erscheint so als das, was er offensichtlich ist: pure Nötigung. Die WBG vernichtet also ihre Wohnungen, um an die nötigen Kredite für die Sanierung des verbleibenden Wohnungsbestands zu kommen.

Während die Genossenschaft im Brandenburgischen Viertel ab Januar 90 Wohnungen der Abrißbirne übergibt, denen in naher Zukunft 50 weitere folgen sollen, werden in Westend zwei Hochhäuser mit 71 Wohnungen neu gebaut. »Mittlerer Standard« ist angesagt mit Mieten zwischen 8 und 9,50 Euro pro Quadratmeter.¹⁸ Ähnliche Mieten fordert die WHG bei Neuvermietungen in Westend und Stadtmitte. Bei einem Teil ihres Wohnungsangebots ist die WHG inzwischen sogar schon bei Quadratmeterkaltmieten von mehr als 10 Euro angelangt. Und zeitgleich mit der Übergabe der Abrißfördermittel an die Genossenschaft trat die WHG mit Plänen an die Öffentlichkeit, in Finow für 6,4 Millionen Euro ein neues Mehrfamilienwohnhaus für Senioren zu bauen. Weitere Wohnungen für alle sollen am Standort der alten Polizeiwache entstehen, 70 an der Zahl.

So funktioniert in Eberswalde die Angleichung zwischen Angebot und Nachfrage und Nachfrage und Angebot.

GERD MARKMANN

1 – Hans-Jürgen Adam u.a.: Wohnen und Mieten bei der WHG, Eberswalde 2018

2 – Von 2002 bis 2010 war Hans-Jürgen Adam einer der Geschäftsführer der Berliner HOWOGE, einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft mit rund 56.000 Wohnungen. 2009 kam heraus, daß es dort üblich war, Aufträge, für die es laut Gesetz europaweite Ausschreibungen hätte geben müssen, freihändig vergeben wurden. 2010 erhielt Adam daher die fristlose Kündigung. Vor einem Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses gab später der frühere Finanzsenator Thilo Sarazin zu, daß er davon gewußt hatte, die gesetzwidrigen Handlungen jedoch toleriert habe, weil Geschäftsführer Adam seine Vorgaben »fallende Personalkosten, steigende Mieten, fallende Schulden« erfüllt habe. So lange die Unternehmen das geliefert hätten,

ließ er sie nach eigenen Angaben in Ruhe. (Berliner Morgenpost, 21.05.2011)

3 – vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Kommunistisches Manifest, Kapitel III.2., div. Veröff.

4 – Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, Vorwort zur 2. Auflage von 1887, In: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Band 21, S. 328

5 – Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, In: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Band 18, S. 217 f.

6 – a.a.O., S. 230

7 – a.a.O., S. 226

8 – a.a.O., S. 240 f.

9 – https://de.wikipedia.org/wiki/Aron_Hirsch (abgerufen am 23.12.2018), vgl. hierzu Engels: a.a.O., S. 246

10 – Zur Grundsteinlegung der Siedlung im Jahr 1934 waren die Hirschs nicht mehr Eigentümer

der Hirsch-Kupfer-Werke. Sie hatten sich verspekuliert und mußten die Gesellschaft im Sommer 1932 »infolge falscher Werks- und Hüttengründungen in Deutschland« liquidieren. An der neuen Gesellschaft gleichen Namens waren die Hirschs nicht mehr beteiligt. Vgl. Kurt Berus: Walzwerk im Finowtal, Geschichtswissenschaftliches Institut Eberswalde 2017, S. 30 f.

11 – Engels: a.a.O., S. 248 f.

12 – Adam u.a.: a.a.O., S. 7

13 – a.a.O., S. 14

14 – vgl. »Rote Zahlen auf lange Sicht« (BBP 11/2015) und »Rot, schwarz und tiefschwarz« (BBP 7/2017)

15 – siehe Anm. 2

16 – Adam u.a.: a.a.O., S. 10

17 – Engels: a.a.O., S. 226

18 – MOZ, 18.07.2018 und 11.12.2018

Mietpreise: Gier oder ökonomischer Zwang?

von Gerd Markmann

Nachfolgender Text liegt schon eine Weile im Depot. Geschrieben wurde er ursprünglich für das im Juni 2017 in der »Barnimer Bürgerpost« erschienene Schwerpunktthema »Mieten in Eberswalde« (BBP 7/2017). Der knappe Platz zwang damals zum Aussortieren. Inzwischen ist der von Bürgermeister Friedhelm Boginski vorübergehend ausgerufenen Mieterhöhungsstop für die städtische Wohnungsgesellschaft (WHG) längst Geschichte. Ab 2019 sollen hier auch die Bestandsmieten wieder ansteigen. Das Mietpreisthema gewinnt wieder an Relevanz. Ein Grund mehr also, den Blick auf die Grundlagen der Mietenökonomie zu richten.

Die Wohnungswirtschaft lebt davon, daß sie Wohnungen vermietet. Leere Wohnungen bedeuten fehlende Einnahmen. Da Immobilien zu großen Teilen mittels Krediten finanziert werden, kann das bei höherer Leerstandsquote zuweilen katastrophale Folgen für das betroffene Wohnungsunternehmen haben.

Investitionen in Wohnungen sind auf eine sehr lange Zeit angelegt. Grundsätzlich wird eine Nutzungsdauer von 50 Jahren angenommen. Daraus ergibt sich eine jährliche Abschreibung von zwei Prozent der Baukosten. Hinzu kommen u.a. Bewirtschaftungskosten, Zinsaufwendungen für aufgenommene Kredite sowie eine kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitals. Aus Sicht des Investors müssen sich natürlich auch die Erwerbskosten für das Grundstück in der Miete widerspiegeln. In Mietspiegeln (außer in Eberswalde) wird letzteres über das Kriterium »Lage« berücksichtigt.

All diese Kosten müssen selbstverständlich über die Mieten erwirtschaftet werden, wenn das Wohnungsunternehmen dauerhaft bestehen will. In der Immobilienwirtschaft gilt die grobe Regel, daß ein »auskömmlicher« Jahresmietertrag etwa ein Zwanzigstel der Investitionen betragen sollte.

Zu berücksichtigen ist, daß die Baukosten für Neubauten entsprechend der Inflation, aber auch wegen neuer Anforderungen, sei es aufgrund gesetzlicher Regelungen oder infolge besserer Ausstattung, regelmäßig steigen. Die Baukosten für eine vor 50 Jahren errichtete Wohnung ist mit aktuellen Kosten kaum vergleichbar. Dementsprechend unterscheiden sich auch die konkreten Abschreibungen. Ältere Wohnungen haben vergleichsweise geringe Abschreibungskosten, neuere entsprechend höhere.

Wenn also eine 50 Jahre alte Wohnung durch eine neue ersetzt werden soll, dann reichen die theoretisch angesammelten Abschreibungen der alten Wohnung dafür keineswegs aus. Für den Neubau muß neues Kapital her, das letztlich aus dem Gewinn der Bestandswohnungen erwirtschaftet werden muß.

Mieterhöhungen resultieren also durchaus nicht bloß aus purer Gier und Gewinnsucht, sondern sind wirtschaftlich begründet. Entscheidendes Kriterium für die Unterscheidung zwischen Gier und ökonomischer Notwendigkeit ist das Maß der jeweiligen Mieterhöhung.

Für alte Wohnungen (ohne Sanierungen, die oft einem Neubau gleichzusetzen sind) liegt das Mietniveau verständlicherweise unter dem von besser ausgestatteten Neubauten. Allerdings liegen die heutigen Mieten auch inflationsbereinigt deutlich über denen vor 50 Jahren, trotz der niedrigen Abschreibungs- und Finanzierungskosten. Und schließlich sind auch die eventuell aufgenommenen Kredite zu größeren Teilen abbezahlt, wodurch weniger Zinsen anfallen. Trotz Inflation und sonstigen erhöhten Bewirtschaftungskosten sind daher gerade beim Altbestand die relativen Gewinne am höchsten. In der Theorie.

In der Praxis sind die alten Wohnungen mit geringem Komfort bei den geforderten Preisen kaum vermietbar. Die Wohnungsunternehmen sind aber auch nicht daran interessiert, per Preiskampf die Wohnungen mit geringerem Komfort gegenüber ihrem neuerem Bestand zu bevorzugen. Daher werden die billigen Wohnungen mit geringem Komfort lieber als »unvermietbar« gänzlich »vom Markt« genommen. Bei der WHG schrumpft der Leerstand auf diese wunderbare Weise von rund 13 auf 2 Prozent. Als »zur Zeit nicht vermietbar« gelten dabei

alle Wohnungen, bei denen der Herrichtungsaufwand über 1.500 Euro liegt. Auf ein Jahr gerechnet sind das 125 Euro pro Monat bzw. 2,50 Euro/qm (bei 50 qm). So eine Investition wäre also durch die Miete schnell wieder »drin«.

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, lernt man im Grundseminar der Volkswirtschaftslehre. Die heruntergerechnete Leerstandsquote reduziert das Angebot, so daß bei Neuvermietungen ordentlich zugelangt werden kann. Das tut die WHG.

Beispielsweise war im August 2016 beim »ersten Spatenstich« im »Kant-Quartier« noch von Zielmieten in Höhe von 6,50 Euro pro Quadratmeter die Rede. Das entspricht etwa dem Richtwert von einem Zwanzigstel der Investitionskosten. Im Sommer 2017 sollten die Wohnungen dann aber 7,50 Euro pro Quadratmeter kosten. Fünfzehn Prozent mehr als ein Dreivierteljahr zuvor. Inzwischen wird vergleichbarer Wohnraum auch schonmal für 9 Euro kalt pro Quadratmeter feilgeboten. In einigen Quartieren hat die WHG ihre Forderungen für die Kaltmiete inzwischen auch schon über die 10-Euro-Grenze katapultiert. Andere ziehen dankbar nach.

Um auf das »Kant-Quartier« zurückzukommen, stellt sich da die Frage, ob die Baukosten – mal wieder – höher waren als ursprünglich geplant? Der eine Euro pro Quadratmeter entspräche nach der Faustformel etwa einer halben Million Euro. Oder wird hier einfach nur die Gelegenheit beim Schopfe gepackt, die Mieten in Eberswalde auf ein neues, deutlich höheres Niveau zu hieven? Schließlich bewertet WHG-Geschäftsführer Adam steigende Nettokaltmieten, wie er schon im Lagebericht zum Jahresabschluß 2015 schrieb, generell als »positive Entwicklung«.

Wohnen hinter Mauern

In der vorigen Ausgabe hatten wir über das »Wohnen hinter Mauern« in einer sogenannten »Gated Community« noch als vage Spekulation behandelt (BBP 12/2018). Inzwischen errichtete der Bauherr tatsächlich eine schwerüberwindliche Mauer, zunächst nur zum Nachbargrundstück. Mit Mietpreisen zwischen 8 und 9,50 Euro kalt wird ein Klientel angesprochen, daß WHG-Chef Adam (siehe Seite 8/9) als soziale »Mitte« bezeichnet. Da mag es bei potentiellen Mietern ein gewisses Schutzbedürfnis gegenüber dem Plebs des verarmten Umfeldes geben. Vielleicht dient die Wand aber auch nur dem Schallschutz. (gm)



Foto: JURGEN GRANDOW

Datenschutz und Jugendämter

Eberswalde (bbp). Im vorigen Jahr waren im Verantwortungsbereich des Jugendamtes des Landkreises Barnim Fälle bekannt geworden, in denen bei Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung die Namen der Hinweisgeber von Jugendamtsmitarbeitern an die Beschuldigten weitergegeben wurden (*»Skandal im Jugendamt«*, BBP 5/2018). Sozialdezernentin SILVIA ULONSKA und Jugendamtsleiterin YVONNE DANKERT gingen dem Fall nach und versprachen eine amtsinterne Klärung. Inzwischen sind jedoch weitere Fälle aufgetreten, in denen die Anonymität der Hinweisgeber offengelegt wurde. Zumindest in einem Fall soll sogar die Hinweisgeberin bedroht worden sein.

Inzwischen hat sich der Barnimer Landtagsabgeordnete PÉTER VIDA (BVB/Freie Wähler) der Sache angenommen und stellte eine Kleine Anfrage zur *»Tätigkeit von Jugendämtern«*:

»Viele Jugendämter sind personell teilweise schlecht aufgestellt und durch Problemfällen (Kindeswohlgefährdungen) zunehmend stärker beansprucht bzw. überlastet. Da ist es nicht immer leicht, die Gratwanderung zwischen Kindeswohl in der Familie und besorgten Hinweisen von Nachbarn zu vollziehen. Auch fühlen sich oft die Hinweisgeber nicht ernst genommen

und erhalten keine für sie zufriedenstellende Behördenantwort.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie viele Hinweise zu Kindeswohlgefährdungen sind 2017 und 2018 bei den Jugendämtern eingegangen?*
- 2. Wie viele dieser Hinweise waren berechtigt und führten zu einem Eingreifen des Jugendamtes in Form von Hausbesuchen, Betreuungsangeboten u. ä.?*
- 3. In wie vielen Fällen kam es 2017 und 2018 zu einer Inobhutnahme des Kindes bzw. der Kinder?*
- 4. Gab es im Nachgang zu diesen Inobhutnahmen zu strafrechtlichen Konsequenzen? Wenn ja, in wieviel Fällen?*
- 5. Hinweisgeber müssen zum eigenen Schutz anonym behandelt werden. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen diese Anonymität nicht gewahrt worden ist? Wenn ja, wie viele und wo?*
- 6. Gab es Fälle, in denen wegen Nichtwahrung der Anonymität Hinweisgeber attackiert worden sind?*
- 7. muß ein Hinweisgeber in jedem Fall eine Stellungnahme mit Ergebnis der Behördenuntersuchung des angezeigten Falles erhalten?»*

Mit dem Bus nach Lindow

Entgegen der Absicht und allgemeinen Ankündigung, die ÖPNV-Angebote zu verbessern, hat sich für den Bernauer Stadtteil Lindow durch den Fahrplanwechsel im Dezember 2018 eine drastische Verschlechterung ergeben. Die Fraktion BVB/Freie Wähler in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung reagierte sofort und reichte bereits für die Sitzung im Januar 2019 einen Antrag ein.

Hierbei sollen die Fahrten der Linie 892 über die Wilhelm-Weitling-Straße und die Karl-Liebnecht-Straße geführt werden, um so das lückenhafte Bedienen dieser Haltestellen durch die Linie 869 zu kompensieren. Die derzeitige Situation mit einer Fahrtzeit von 24 Minuten von Lindow zum Bernauer Stadtkern zu bestimmten Tageszeiten stellt kein ausreichend attraktives Angebot für die Bürger mehr dar. Dabei geht es vor allem um die Fahrten ab 7 Uhr. Durch die vorgeschlagene Änderung würden viele Lindower profitieren. Die minimale Fahrzeitverlängerung der Linie 892 fällt hingegen nicht ins Gewicht.

PETER ZELT und PÉTER VIDA

Neue Obushaltestelle

Eberswalde (bbp). Die einstige Tankstelle in der Schönholzer Straße ist längst abgebaut. Der Wald holt sich die Fläche zurück. Die jungen Kiefern, die dort aufschließen, haben mittlerweile die Setzlinggröße längst hinter sich gelassen. Indes – die Fahrbahnmarkierungen, die einst das gefahrlose Abbiegen zur Tankstelle ermöglichten, gelten weiterhin. Der Verkehr aus Finow in Richtung Brandenburgisches Viertel macht weiterhin einen völlig unnötigen Schlenker.

Die dortige Aufweitung der Straße soll auch künftig erhalten bleiben, informierte die Baudezernentin Anne Fellner auf Nachfrage. *»Dort sollen die neuen Bushaltestellen für die Waldsportanlage entstehen, die ja einen neuen Zugang für alle Verkehrsteilnehmer bekommt und auch mit dem ÖPNV gut erreichbar sein soll.«* Wie die Bushaltestellen genau aussehen werden, sei noch nicht klar. Die entsprechenden Entwürfe würden rechtzeitig der Öffentlichkeit bekannt gemacht, um eine Verständigung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen.

Kleiderkammer mit neuen Öffnungszeiten

Wir haben unsere Öffnungszeiten aktualisiert. Die Kleiderkammer des Evangelischen Kirchenkreis Barnim in der Eisenbahnstraße 84 in Eberswalde hat ab sofort am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 10 bis 14 Uhr geöffnet. Am Mittwoch kann die Kleiderkammer am Nachmittag von 13 bis 17 Uhr besucht werden. Ansprechpartnerin ist Anke Pörschke (Telefon: 03334/205913, eMail: kleiderkammer@kirche-barnim.de, Internet: www.kirche-barnim.de/handeln/kleiderkammer.html).

TINO KOTTE

Grünes Urwahlforum

Um ihr Spitzenduo für die Landtagswahl 2019 festzulegen, führen die Brandenburger Bündnisgrünen eine Urwahl durch. Unser sechstes Urwahlforum, verbunden mit einem geselligen Beisammensein, findet beim Kreisverband Barnim in Eberswalde statt, am Dienstag, den 29. Januar, 18.30 Uhr bis 21 Uhr, ab 18 Uhr Einstimmung bei Imbiß und Getränken. Ort ist das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in der Puschkinstraße 13 in Eberswalde.

Mit dabei sind URSULA NONNEMACHER, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag, und ALEXANDRA PICHL, Mitglied des Landesvorstands und frauenpolitische Sprecherin, die sich beide um Platz 1 der Landesliste bewerben. Ebenfalls anwesend werden die Bewerber um Platz 2 CLEMENS ROSTOCK, Landesvorsitzender, und der Landtagsabgeordnete BENJAMIN RASCHKE sein.

Zum Procedere der Urwahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg: Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg hat 1.420 Mitglieder, das entspricht einem Wachstum von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bis zum Stichtag am 31. Dezember 2018 waren 1.387 Mitglieder in der Partei. Diese sind nun dazu aufgefordert, in einer Urwahl das Spitzenduo basisdemokratisch zu bestimmen. Dazu gingen am 14. Januar die Urwahl-Unterlagen per Brief an die abstimmungsberechtigten Mitglieder. Am 12. Februar ist die Eingangsfrist, danach beginnt in der Landesgeschäftsstelle unter den Augen des Urwahl-Büros die Auszählung.

Das Ergebnis wird der Landesverband am 15. Februar in einer Pressekonferenz verkünden. Im nächsten Schritt wird die Aufstellung der Listenkandidatinnen und -kandidaten für die Landesliste auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 23. und 24. Februar in Fürstenwalde/Spree erfolgen. Weitere Informationen, wie z.B. die Bewerbungen und Lebensläufe der Kandidatinnen und Kandidaten, finden Sie auf www.gruene-brandenburg.de/urwahl.

ANNETTE WEIß

Zebrastreifen »abgeordnet«

Eberswalde (bbp). Vor allem Ortsfremde bemerken, daß es in der Prignitzer Straße in Eberswalde einen Zebrastreifen gibt. Die Streifen sind nur noch halb zu sehen und es fehlt das entsprechende Verkehrszeichen.

»Der Zebrastreifen in der Prignitzer Straße ist schon vor sehr langer Zeit abgeordnet worden«, erklärt Baudezernentin Anne Fellner, *»weil die Zahlen es nicht mehr ermöglicht haben, ihn zu begründen. Das war nach dem Wegfall von Neckermann und Aldi.«* Tatsächlich wurden die Streifen nach der *»Abordnung«* mit grauer Farbe überstrichen, die mit den Jahren jedoch abgefahren wurde. Anwohner schlagen vor, den abgenutzten Anstrich im kommenden Frühjahr zu erneuern.

Zur Situation der jesidischen Gemeinschaft:

Am Scheideweg

Wie Jesiden mit sich selbst um ihre Zukunft ringen. Johlige fragt... Holger Geisler

Vor zwei Jahren hat der Landtag Brandenburg beschlossen, ein Sonder-Aufnahme-Programm für Jesidinnen aufzulegen. Die Vorbereitungen laufen schleppend und noch immer sind keine Jesidinnen über das Programm nach Brandenburg gelangt. Um die Umsetzung des Beschlusses zu forcieren, hat sich der Landtag danach mehrmals mit diesem Themenkomplex befaßt. Abgeordnete sind in den Irak gefahren, um sich vor Ort über die Situation der Jesiden zu informieren. Und gleichzeitig sind die Jesiden weiterhin in einer wirklich schwierigen Situation.

Andrea Johlige: Wie stellt sich aus Ihrer Sicht aktuell die Lage dar?

Holger Geisler: Den Charakter einer Gesellschaft erkennt man an ihrem Umgang mit den Schwächsten in ihrer Mitte. So gesehen war es eine wegweisende Entscheidung, die die Jesiden vor vier Jahren trafen, weil sie sie treffen mußten. Die Barbaren des IS, selbsternannte Gotteskrieger, überfielen ab August 2014 das Hauptsiedlungsgebiet der Jesiden, töteten rund 10.000 Männer und ältere Frauen und entführten fast 8.000 Frauen und Kinder mit dem Ziel, die Jesiden auszurotten.

Das gleichwohl einfache wie perfide Ziel des Genozid bestand darin, die Frauen im gebärfähigen Alter von der Gesellschaft zu trennen, so daß diese nicht mehr dauerhaft existieren kann. Schließlich sind die Jesiden mit ihrer über 4000-jährigen Tradition eine endogame Religionsgemeinschaft, die das Heiraten also nur innerhalb der Gruppe erlaubt. Als Jeside wird man geboren, man kann nicht hinein konvertieren, auch führt eine Eheschließung oder eine sexuelle Beziehung mit einem Andersgläubigen zum Ausschuß aus der Gemeinschaft.

So wurde es seit Jahrhunderten gelehrt und gelebt und dafür gab es gute Gründe. Um überleben zu können in einer Welt des Nahen Ostens, die fast ausschließlich muslimisch geprägt ist, war dies ein einfacher Schutzmechanismus.

Der IS hat diesen Schutzmechanismus durch seine grausamen Verbrechen aufgebrochen. Deshalb entschied der »Heilige Rat« der Jesiden, daß diese Frauen und Mädchen in die Mitte ihrer Gesellschaft gehören würden. Diese wichtige Botschaft gab den so geschundenen Seelen, die teilweise bis zu 40mal am Tag vergewaltigt, geschlagen und gedemütigt worden waren, neue Kraft.

Es gab Aufnahmeprogramme in Deutschland, um den jesidischen Frauen zu helfen. Auch Brandenburg will ein Programm starten, was aber noch immer nicht angelaufen ist. Wie sehen Sie das?

Als Baden-Württemberg auf Initiative des Zentralrat der Yeziden in Deutschland (ZYD) 1.100 dieser Frauen und Kinder eine Aufnahme bot, eine sichere und neue Heimat, um vergessen zu können, war es die Segnung in der heiligen Pilgerstätte Lalis, die diesen Menschen neuen Lebensmut gab.

Weitere kleine Aufnahme-Programme in Niedersachsen und Schleswig-Holstein nährten

zudem die Hoffnung, allen befreiten IS Opfern sexueller Gewalt eine Zukunft bieten zu können. Diese erfüllte sich bis heute nicht!

Keine weiteren 100 Plätze kamen durch diese Programme zustande. Ankündigungen von Brandenburg vor mehr als zwei Jahren sowie aktuell aus Berlin und Bremen kamen noch nicht zum Tragen. Selbst wenn, wäre es nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Noch immer leben mehr 2.000 der betroffenen Frauen im Dreck der Straßen Dohuks – ohne wirkliche psychologische Hilfe oder einer speziellen Betreuung. Diejenigen, die so Unglaubliches erleiden mußten, erfahren keinen besonderen Schutz, keine erhöhte Hilfe. Die jesidische Gemeinschaft, von der mehr als die Hälfte als Flüchtlinge in nicht wintertauglichen Camps lebt, kann diese Hilfe nicht leisten. Und die internationale Staatengemeinschaft, die sie leisten könnte, tut es einfach nicht!

Es wäre also sehr wichtig, daß Brandenburg endlich mit der Aufnahme startet. Zumal es mittlerweile Berichte gibt, daß die Lage vor allem für Frauen, die Kinder aus der Gefangenschaft mitgebracht haben, immer schwieriger wird?

Genau. Wirklich dramatisch ist die Tatsache, daß die perfiden Überlegungen des IS doch noch Früchte tragen könnte. Denn viele der Frauen, die inzwischen befreit werden konnten, waren schwanger, brachten Kinder der IS-Terroristen zur Welt. Eiliche gaben diese Kinder weg, andere wollen sie behalten, da die Kinder ihnen Trost in schwerer Zeit gaben und noch immer geben.

Doch das dürfte nicht so bleiben, da alle Seiten Druck auf die jungen Mütter ausüben. Die irakische und kurdische Regierung verweisen stumpf auf ihre Gesetze, die besagen, daß diese Kinder durch den Vater Muslime seien. Möchten die Mütter Papiere für diese Kinder, dann werden auch sie zur Muslima erklärt, sind sie doch Mutter eines muslimischen Kindes.

Die internationale Staatengemeinschaft, die die Region finanziell stark unterstützt, schaut diesem Treiben hilflos zu. Hilflos wirken auch die Jesiden selbst, sehen sie sich doch außerstande zu erklären, welchen Status diese Kinder haben sollten.

Rückendeckung erhielten die betroffenen Frauen von Hazim Beg, dem Sohn und Stellvertreter des weltlichen Oberhauptes der Jesiden. »Nur die Mütter können entscheiden, ob sie die Kinder behalten wollen«, erklärte er. Auch sei-



Holger Geisler und Andrea Johlige bei einer Pressekonferenz zur Lage in Afrin (März 2018). Der kurdische Kanton Afrin gehört zum kurdischen Rojava (Westkurdistan) in Nordsyrien, in dem sich seit Beginn des syrischen Krieges eine konföderale Demokratie etablierte, die sich an die Lehren des in der Türkei eingekerkerten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan orientiert. Vor einem Jahr hat die Türkei Afrin angegriffen und mit Hilfe jihadistischer Milizen, die als Fußvolk agierten, erobert. Etwa 3.000 Menschen starben damals. Zehntausende wurden vertrieben.

Holger Geisler (54) arbeitete als freier Journalist, ehe er mit Beginn des Genozid an den Jesiden einer ihrer wenigen Fürsprecher wurde. Er initiierte, als Sprecher des »Zentralrat der Yeziden (ZYD)«, die Sonder-Aufnahme-Programme in Baden-Württemberg und Niedersachsen, berät immer wieder politische Parteien und Regierungen in diesem Problemfeld. Derzeit arbeitet er als Geschäftsführer bei »Ezidixan Aid International e.V.«, einer NGO, die sowohl in den Krisengebieten der Welt als auch in der BRD aktiv ist.

Das Gespräch führte die Landtagsabgeordnete der Linken **Andrea Johlige**. Es erschien zuerst auf dem Blog von Andrea Johlige in der Rubrik »Johlige fragt...« (www.andrea-johlige.com). Die »Bamirer Bürgerpost« dankt Andrea Johlige für die Erlaubnis, das Interview zu verwenden.

ne Frau Mayan streitet für die geschundenen Seelen, setzt sich in öffentlichen Debatten leidenschaftlich für sie ein.

Das religiöse Oberhaupt, der Baba Sheikh, unterstützt Bemühungen für einen besonders geschützten Bereich für diese Menschen. Sie alle können aber nicht erklären, ob die Mütter weiter Jesidinnen sind und was aus den Kindern später werden soll.

Und nun? Was heißt das für die jesidische Gemeinschaft? Und wie geht es jetzt mit den Frauen und Kindern weiter?

Bevor wir jetzt die Stimme erheben und belehrende Kommentare abgeben, sollten wir kurz innehalten. Wäre es bei uns so viel einfacher, haben unsere Großeltern ganz anders agiert bei den Kindern aus Vergewaltigungen im zweiten Weltkrieg? Gab es nicht ganz ähnliche Entwicklungen bei den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien oder vielen afrikanischen Aus-

einandersetzungen? Können Menschen, die ein derartiges Trauma erleiden mußten (»Erst konnten sie ihre Frauen und Kinder nicht beschützen, heute können sie ihre eigene Gesellschaft nicht ernähren«), solche Entscheidungen mal eben so treffen? Ist es überhaupt möglich, sich damit zu beschäftigen, angesichts der vielen Frauen, die noch immer in Gefangenschaft sind? Was haben diese wohl bei der Befreiung der einstigen IS Hochburg Raqqa gedacht? Die Stadt wurde befreit, doch die Terroristen durften nicht nur unkontrolliert abziehen, sondern nahmen auch noch viele jesidische Frauen und Kinder mit.

Die Botschaft, die sich in deren Köpfen festgesetzt haben dürfte, ist klar: Wir werden nicht befreit, nicht einmal, wenn die USA, die Iraker und die Kurden den IS schon besiegt haben! Welche weiteren seelischen Verletzungen dürfte diese Wahrnehmung nach sich ziehen?

Kann man kluge, weise und richtige Entscheidungen treffen, im fünften Winter in nicht wintertauglichen Zelten? Können Menschen frei entscheiden, die nicht genug zu essen, keine passende Kleidung für die drohende Kälte und kein Gas zum Heizen haben? Wollen wir, die wir mit demokratischen Werten in einer freien Welt aufwuchsen, wirklich den Stab über diese Menschen brechen und damit, wenn auch unbeabsichtigt, die IS-Ziele zur Vernichtung dieses friedliebenden Volkes unterstützen?

Es ist leicht, diese Menschen zu verurteilen. Es überfordert aber, mit diesen Frauen zu sprechen und ihre Hoffnungen zu erleben, die dann doch einer großen Enttäuschung weichen. Und es ist fast unmöglich, sachlich mit ihren Sorgen und Nöten umzugehen!

Das klingt nicht sehr hoffnungsvoll. Was raten Sie?

Wahrscheinlich bleibt mein Appell bei denen, die wenigstens Linderung verschaffen könnten, ungehört. Gebt diesen Frauen, diesen Kindern eine Zukunft in einem westlichen Land. Vieles wird die Zeit richten.

Sorgt dafür, daß die Genozid-Opfer eines ganzen Volkes endlich wieder menschenwürdig leben können – nicht mit Almosen, sondern mit einer Zukunft, die sie sich selbst aufbauen und gestalten können.

Und so schließe ich mit einer ganz einfachen Frage, die nicht von mir, sondern der Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad und Sacharow-Preisträgerin Lamia Baschar stammt: Wenn Baden-Württemberg 1.100 Frauen und Kinder aufnehmen konnte, warum kann Deutschland, warum nicht die EU die anderen so geschundenen 6.000 Seelen aufnehmen?

Diese Frage zu beantworten oder besser, die Aufnahme auch umzusetzen, wäre so viel wichtiger als der erhobene, moralische Zeigefinger.

Vergangenen Freitag (14. Dezember) beginnen die Jesiden einen ihrer wichtigsten Feiertage. Bleibt zu hoffen, daß es nicht einer der letzten Ehrentage dieser uralten Religion gewesen sein wird und sie auch künftig noch als Glaubensgemeinschaft viele Feiertage werden erleben können.

Mehr als zwei Jahre nach dem Landtagsbeschluß:

Aufnahme von Jesidinnen ab April

Eberswalde/Bad Saarow (bbp). Der Islamische Staat hatte vor etwa fünf Jahren große Teile des Iraks und von Syrien in seine Gewalt gebracht. Auch große Teile des Nordirak hatten die fundamentalistischen Glaubenskrieger besetzt. Dort lebt die Glaubensgemeinschaft der Jesiden, die auf eine 4000 Jahre alte Traditionen zurückgeht und für die Djihadisten als ungläubige Ketzer gelten, die zu vernichten sind. Das begannen sie mit der ihnen eigenen Gründlichkeit. Zehntausend Männer und ältere Frauen wurden massakriert, etwa achtausend Mädchen und Frauen entführt und als Sexsklavinnen an die IS-Kämpfer verkauft. Die Überlebenden flohen ohne Lebensmittel und Wasser ins Sindschar-Gebirge im Nordirak. Der Vernichtung entging das Volk der Jesiden nur durch die Hilfe, die aus dem kurdischen Nordsyrien kam. Kämpferinnen und Kämpfer der YPG/YPJ sowie der PKK kämpften den hungernden Jesiden, denen die Flucht gelungen war, den Weg nach Nordsyrien frei. In der BRD wird die PKK als Terrororganisation verfolgt und die YPG/YPJ-Symbole sind verboten.

Ende 2014 hatten die syrischen Kurden unter großen Opfern und schließlich auch mit Unterstützung der US-Army den IS in Kobane aufgehalten. Nachdem seit 2015 auf Bitte der syrischen Regierung Rußland dem Land direkte militärische Unterstützung gab, insbesondere mit Einsätzen ihrer Luftstreitkräfte und durch Spezialkräfte, konnte der IS zurückgedrängt werden, westlich des Euphrat durch syrische Truppen mit russischer Unterstützung, östlich des Euphrats durch die nordsyrischen Kurden mit US-Unterstützung sowie im Irak durch die irakische Armee und die irak-kurdischen Peshmerga, ebenfalls haupt-

sächlich mit US-Unterstützung. Die US-Army wurde bei ihren Einsätzen auch von NATO-Partnern unterstützt, darunter von Tornado-Aufklärern und Spezialkräften der Bundeswehr. Im Rahmen der Gegenoffensiven konnten viele der entführten Jesidinnen befreit werden. Die meisten leiden noch heute sehr stark unter dem erlittenen Trauma.

Vor mehr als zwei Jahren hatte der Brandenburger Landtag beschlossen, ein Kontingent dieser Jesidinnen aufzunehmen. Auch die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, 30 Jesidinnen in der Kreisstadt unterzubringen.

Ein ganzes Jahr lang tat sich nicht. Erst mehrfaches Nachfragen und Drängen brachte die Landesregierung in Bewegung.

Nun kam endlich die Meldung, daß Ende des Monats Januar Mitarbeiter des Innenministeriums in den Nordirak fahren und dort die Ausreisemodalitäten für die ersten Frauen klären. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat Listen mit betroffenen Frauen zusammengestellt. Mit der Einreise der rund sechzig Personen nach Brandenburg wird nunmehr ab dem zweiten Quartal, also ab April, gerechnet.

Viele der Frauen, die vom IS systematisch verschleppt und vergewaltigt wurden, finden jetzt keine Aufnahme mehr in ihre Familienverbände. Die Frauen brauchen besonderen Schutz, der in Eberswalde am vorgesehenen Standort nicht gewährleistet werden kann. Daher wird das erste Kontingent wahrscheinlich in Bad Saarow untergebracht. Wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit – auch gegenüber möglichen Ex-IS-Kämpfern, die sich unter die Flüchtlinge gemischt haben könnten, werden abgelegene Standorte bevorzugt.

Sammelabschiebungen in den Krieg

»Im Kreis« – neuer Film gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Der neue Film »Im Kreis – Afghanistan ist nicht sicher«, in dem auch viele Leute, Aktionen und Forderungen aus unserem Netzwerk (inkl. Summer Camp und Parade 2018!) vertreten sind, ist nun online:

Vor fast genau zwei Jahren, am 14.12.2016, startete vom Frankfurter Flughafen die erste Sammelabschiebung nach Afghanistan. Seitdem wurden in insgesamt 19 Charterflügen 439 Afghanen aus Deutschland nach Kabul abgeschoben. Obwohl alle internationalen Organisationen eine Verschärfung der Sicherheitslage dokumentieren, hält die Bundesregierung an ihrer skandalösen Abschreckungspolitik fest und schickt Schutzsuchende zurück in den Bürgerkrieg.

Die Interviews für die Video-Dokumentation wurden zwischen Mai und Oktober 2018 in Afghanistan, Griechenland und Deutschland gedreht. Der Film will dazu beitragen, daß der Protest und Widerstand gegen die Sammelabschiebungen solange weitergeht, bis diese »Charter der Schande« gestoppt werden.

Dank an alle, die den Film möglich gemacht haben!

BEATE GOLLNAST

<https://vimeo.com/305167669>

Produktion: Fish in Water Films, Unterstützt von medico international, Pro Asyl, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Alarm Phone und Welcome to Europe.

Zensur in der »Barnimer Bürgerpost«

Auseinandersetzung mit einem „Islamkritiker“

Als Leitfaden für die Veröffentlichungspraxis der »Barnimer Bürgerpost« stehen der Redaktion die »Publizistischen Grundsätze« zur Verfügung, die entsprechend der Forderung des Pressegesetzes jährlich in dieser Zeitung veröffentlicht werden. Demnach wird jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. »Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.« Als weitere Einschränkung gilt: »Keinen Raum in der Barnimer Bürgerpost haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.«

Zuweilen ist es eine Gratwanderung, hier richtig zu entscheiden. Besonders schwierig wird das, wenn plötzlich ein langjähriger Autor, dessen kluge, kritische und meist stilistisch hervorragende Beiträge bisher nicht unwesentlich zum inhaltlichen Profil unserer Leserzeitung beitrugen, einen Artikel einreicht und auch noch ziemlich ultimativ dessen Veröffentlichung einfordert, der im Widerspruch zu den genannten Grundsätzen steht.

Es war der erste Tag des neuen Jahres, als die Mail mit einem Artikel unter dem Titel »Islam – Betrüger – Parteien« die BBP-Redaktion erreichte. Der Beitrag enthält eine Reihe zusammenhangloser provokativer Andeutungen, ohne daß eine konkrete Meinung des Autors sichtbar wird. Er ließ sich kurz sehr phrasenhaft über den »Parteienstaat« aus, bei dem die »mancherorts stärkste Partei« nicht dazugehören darf, und über Wirtschaftsbetrüger. Beim Thema Islam wurde er dann etwas ausführlicher:

Und der Islam? Gehört der wirklich zu Deutschland? Müssen wir dulden und akzeptieren, was Mullahs und Imame – unsere Gäste! – von uns fordern? Diese Leute bitten nicht mehr! Sind wir gut beraten, hunderte von Moscheen in Deutschland als normal zu empfinden, während die gleichen Leute, die wir hier tolerieren, in ihren Heimatländern keine einzige christliche Kirche dulden, für die gar der Besitz einer Bibel bereits ein Straftatbestand ist? Darf es für uns Begriffe wie »Ehrenmord« und »Blutrache« geben, die unter dem besonderen Schutz unserer Justiz stehen, weil so etwas zur »Kultur« und zur »Religion« unserer Gäste gehört? Hat Herr Broder recht, wenn er sein Buch »Hurra, wir kapitulieren!« nennt?

Er wolle erstens »einfach zum Nachdenken anregen«, erklärte der Autor auf Nachfrage, und zweitens empfehlen, »das Buch von Henryk M. Broder zu lesen«. Schließlich schrieb er: »Vom Grundsatz her hast Du nun nur zwei Möglichkeiten: meinen Beitrag zu drucken oder eben nicht zu drucken und Dich damit von dem Autoren ... zu trennen. Du hast die Wahl!«

Seine Meinung »zu den großen Betrügern, zu denen auch die großen Parteien gehören (einschließlich Die Linke)« könne er »wohl kaum deutlich schreiben«, als dies Broder in seinem Buch tue. »Meine Meinung zum Thema Islam in Deutschland ist wohl auch ziemlich deutlich geworden. Wenn sie Dir nicht deutlich genug geworden ist oder – was wohl eher zutrifft – Dir nicht so recht gefällt, dann ist das nicht mein Problem.«

Es entspann sich eine Diskussion unter Betei-

ligung des Vereinsvorstandes und unseres Korrekturkollektivs, in der er am Ende sein Ultimatum relativierte. Sein Ziel, durch die Nennung von Begriffen, die polarisieren, zum Nachdenken anzuregen, sei ja zumindest teilweise erreicht worden und »das Versteckspiel hinter 'publizistischen Grundsätzen' – vom Redakteur schon oft geübt – ist einmal mehr gründlich in die Hose gegangen«.

Was hier wem in die Hose gegangen ist, sei dahingestellt. Selbstverständlich ist das »Zum Nachdenken anregen« ein lobenswertes Unterfangen. Hetze ist dafür allerdings das denkbar schlechteste Vehikel. Da solch krude Pauschalisierungen sogenannter »Islamkritiker« derzeit weiter verbreitet sind, als man in einer Nation der »Dichter und Denker« erwarten sollte (oder sind wir doch mehr die Nation der »Hitler und Henker«?), wollen wir hier den allgemeinen Teil der internen Diskussion von Anfang des Jahres wiedergeben:

Die Frage, ob »der Islam« zu Deutschland gehört, kann gewiß noch unter »zum Nachdenken anregen« verbucht werden. Zu fragen wäre zunächst, was mit »Deutschland« gemeint ist. Wahrscheinlich der Staat BRD. Insofern reicht also ein Blick ins Grundgesetz.

Grundgesetz-Artikel 4 besagt: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletztlich.« Und: »Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.« Durch Artikel 140 wurden zudem mehrere Artikel der Weimarer Verfassung, nicht zuletzt die Religionsfreiheit betreffend, in das Grundgesetz übernommen. Nicht ganz unwichtig die Aussage: »Es besteht keine Staatskirche«.

Damit ist die Frage eindeutig und auch abschließend beantwortet: Religionen gehören nicht zum Staat BRD. Die Menschen dürfen glauben, was sie wollen. Es geht niemand anderen etwas an. Religion ist Privatsache. Der Islam ist eine Religion. Also ist auch der Islam reine Privatsache derer, die daran glauben, und kein Ding, das zum Staat BRD gehört.

Der Autor hätte auch selber darüber nachdenken können. Stattdessen präsentiert er in seinem Artikel in Frageform formulierte Behauptungen, die er zum einen nicht belegt und zum anderen pauschal auf alle Muslime bezieht, die in der BRD leben.

Er unterstellt auf diese Weise allen in der BRD lebenden Muslimen, daß sie »in ihren Heimatländern keine einzige christliche Kirche dulden«, daß sie »gar den Besitz einer Bibel be-

reits (als) Straftatbestand« sehen sowie, daß sie dem »Ehrenmord« und der »Blutrache« huldigen. Mal davon abgesehen, daß solche Behauptungen in dieser Pauschalität schlichter Unsinn sind, wäre die unkommentierte Veröffentlichung dieses Unsinn für die Redaktion vermutlich sogar strafrechtlich relevant im Sinne von § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung).

Was die »Buchempfehlung« angeht, so sollte man wissen, wer dieser Henryk M. Broder ist. Einst war er als kluger und streitiger Kommentator beispielsweise in »Radio 1« des RBB bekannt, der allerdings schon damals längst die eigene linksintellektuelle Herkunft ad acta gelegt hatte und insbesondere die Kriegs- und Unterdrückungspolitik des israelischen Staates hoffierte. Nach dem 11. September 2001 mutierte er zu einem der übelsten Kriegshetzer in diesem Land, der jeden, der etwas gegen die nachfolgenden Weltordnungskriege von USA und NATO sagte und sagt, als Antisemiten beschimpft. Broder etablierte sich gemeinsam mit dem SPD-Mitglied Thilo Sarrazin als ideologischer Vorkämpfer des Rechtspopulismus. Ihre Saat ist inzwischen aufgegangen. Die Ernte sammelt nun die AfD in Form von Wahlerfolgen ein.

In all dem spiegelt sich im Grunde nur der aktuelle Richtungstreit innerhalb der kapitalistischen Eliten wider. Zwischen einer Fraktion des international verhandelten deutschen Kapitals, die mittels der EU mal wieder auf dem Weg zur Herrschaft über Europa und wenn möglich der Welt ist – diesmal natürlich ganz demokratisch und mit einer europäischen Armee – und einer Fraktion, die wohl eher die relativen Modernisierungsverlierer repräsentiert und die zurück in die staatsmonopolistische Wärmestube des kapitalistischen Nationalstaats wollen.

Ein Streit, der im übrigen so oder ähnlich auch in vielen anderen Ländern, einschließlich der USA, tobt.

Ein Nachdenken darüber, wieso primitive menschenverachtende Hetze einen derartigen Zuspruch in diesem Land erfährt, ist wichtig. Bestimmte Erscheinungen ohne Zusammenhang aufzuzählen reicht dafür nicht. Man muß vielmehr versuchen, die Ursachen dieser Erscheinungen und die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen. Nur damit kann man dem Anspruch »Zum Nachdenken anregen« tatsächlich gerecht werden.

GERD MARKMANN

Neue EU-Strategie zur Asylreform

Barnim (bbp). »Die neue EU Strategie zur Asylreform ist eine humanitäre und politische Katastrophe« meint Beate Gollnast im Barnimer Netzwerk »Flüchtlinge willkommen«. Am 4. Dezember gab die EU bekannt, daß es zunächst kein »Dublin IV«-Gesamtpaket geben wird, dafür aber einzelne Verordnungen, mit denen es zu massiven Verschärfungen der aktuellen Abgrenzungspolitik geben wird (https://ec.europa.eu/germany/news20181204-asylreform_de).

Dazu zählen als sogenannte »externe Maßnahmen«, die Einbeziehung afrikanischer Staaten – die in der EU bisher als Schurkenstaaten bezeichnet wurden – in »wirksame Partnerschaften«, um faktisch die Außengrenzen der EU in diese Partnerländer zu verlegen. Ein »solideres

Grenzmanagement«, soll die Grenzen undurchlässiger machen. Das soll dem Ziel dienen, die Kontrollen an den Binnengrenzen wieder aufzuheben, um den Schengenraum als gemeinsamen Wirtschaftsraum zu stärken.

Hinzu kommt als »interne Maßnahmen« die »Vollendung der Reform der EU-Asylvorschriften«. Dies bedeute, so Beate Gollnast, »die stückweise Verschärfung der Regularien und Entrechtung aller, die es in die EU reinschaffen«. Sie ruft daher alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf, diesen Entwicklungen mit allen Kräften entgegenzutreten und mit den verschiedenen Initiativen (Seebrücke, Bürgerasyl, Kirchenasyl, Solidarity City usw.) zusammenzuarbeiten.

»Über Leben in Demmin«

Eberswalder Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonie zeigte Dokumentarfilm

Im Frühjahr 1945 wird Demmin, eine kleine Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, zum Ort einer schrecklichen Tragödie. Während die ROTE ARMEE heranrückt, nehmen sich hunderte Einwohner das Leben. Sie schneiden sich die Pulsadern auf, vergiften oder erschießen sich; Eltern töten erst ihre Kinder und dann sich selbst, ganze Familien gehen mit Steinen beschwert ins Wasser.

Bis zum Ende der DDR wird über die konkreten Umstände des beispiellosen Massensuizids geschwiegen, die genauen Opferzahlen der kollektiven Hysterie sind bis heute nicht bekannt. Heute versuchen Neonazis die Leerstelle zu besetzen und für ihre Zwecke zu mißbrauchen. An jedem 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands, vollzieht sich in Demmin ein gespenstisches Ritual: Neonazis marschieren schweigend durch die Straßen der Gemeinde. Mehrere Hundertschaften der Polizei haben Stellung bezogen und versuchen, Gegendemonstranten von der Route fernzuhalten. An diesem angespannten Tag verdichten sich hier die Risse innerhalb der deutschen Gesellschaft aufs Äußerste. Mit ihrem »Trauermarsch« instrumentalisieren die Rechtsradikalen die Erinnerung an die furchtbare Tragödie.

Regisseur Martin Farkas geht in seinem Film ÜBER LEBEN IN DEMMIN den verborgenen Folgen der Ereignisse nach. Überlebende sprechen zum ersten Mal über die schrecklichen, lange verdrängten Erfahrungen ihrer Kindheit und Jugend. Farkas erkundet, welche Spuren die Traumatisierung und das Schweigen darüber bei den Nachgeborenen hinterlassen haben – und wie tief sie in unsere Gegenwart hineinwirken. Die Stadt wie er sie in diesem genau beobachteten, komplexen und aufrichtigen Film schildert, erscheint tief gespalten.

ÜBER LEBEN IN DEMMIN erzählt von Trauma, Gruppenzwang, falscher Trauer und dem politischen Mißbrauch von Gefühlen –

aber auch vom Überleben, vom Willen, sich gegen Haß und Fanatismus zu stellen und dem Wunsch, die Vergangenheit umfassend aufzuarbeiten. Der Film verdichtet darüber hinaus, wie ein Kaleidoskop, was uns heute bedroht: der Aufwärtstrend von Fremdenfeindlichkeit, Haß, Antisemitismus und Populismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus.

Die Schweriner Volkszeitung schreibt über den Film: »Wie es Regisseur und Autor Farkas gelungen ist, als filmischer Archäologe in diese Abgründe deutscher Geschichte vorzudringen und zugleich im Heute auf aktuelle gesellschaftliche Verwerfungen zu stoßen, ist die Leistung dieses Films. Deutsche Vergangenheit und Gegenwart wie durch ein Brennglas betrachtet am Beispiel einer kleinen Stadt im Osten Deutschlands.«

Und Bert Rebhandl ist im Berlin-Magazin zitty auch angetan. »Ein sehr aufschlußreicher Blick auf die Polarisierung im Land – und auf Menschen, die nach Positionen zwischen den Extremen suchen. Geschichte und Gegenwart gehören zusammen, auch wenn sich im Spalt zwischen damals und heute die ideologischen Interessen breit machen.«

Es ist wirklich ein toller Film der Trauerbewältigung thematisiert und einen ungeschönten, sehr direkten Blick auf die Stadt Demmin und ihre Geschichte und Gegenwart wirft. Martin Farkas ist es dabei trotz der Thematik gelungen einen auch visuell anspruchsvollen Film zu schaffen, der einen mitnimmt und eintauchen läßt in die Welten der Protagonisten.

MORITZ SPRINGER

ÜBER LEBEN IN DEMMIN, D 2017, Dokumentarfilm, 90 min, Buch, Regie: Martin Farkas. Eine Produktion der IT WORKS! Medien GmbH in Kooperation mit RBB, NDR und BR gefördert vom Medienboard Berlin Brandenburg, der BKM, Nordmedia, Kulturelle Filmförderung Mecklenburg-Vorpommern und dem Nipkow-Programm, im Verleih der Edition Salzgeber

Absurd & brutal

Rassismus fordert uns persönlich heraus!

Es geschah mitten in Eberswalde: Ein gefährlicher Angriff auf eine Studentin.

Von Reisefreiheit, Weltoffenheit, Welthandel usw. profitieren wir in Deutschland und Europa sehr stark. Wie absurd es ist, in einer vernetzten Welt ständig bestimmen zu müssen, wer »dazu« gehört und wer nicht, beweisen Neonazis, Rechtspopulisten und ihre Nachahmer in anderen Parteien zur Genüge. Damit schränken sie die Lebensqualität und Sicherheit vieler Menschen ein und bedrohen den gesellschaftlichen Frieden.

Wie brutal Haß und Hetze letztlich wirken, zeigen die zunehmenden Angriffe auf Menschen (nur) wegen ihres Aussehens, ihrer (vermuteten) Herkunft oder Prägung. Rassistische Attacken betrafen im Barnim 2018 auch touristische Gäste, Studierende, schwarze Deutsche und Menschen mit Fluchtgeschichte.

Eine angegriffene Studentin hätte dabei sterben können: Am 3. August – im Hellen, mitten in Eberswalde – stieß ein etwa 40-jähriger Mann sie mit ihrem Rad in den Gegenverkehr, ein Auto mußte über den Bürgersteig ausweichen, der Täter schrie u.a.: »Ihr scheiß Ausländer sollt alle sterben und euch aus meinem Land verpissen!« und drohte ihr weiter.



Foto: GERO MARWANN

Einige junge Leute, mit modisch kurzgeschnittenem Haar, sind in ihrer Haupteigenschaft »deutsch« und fühlen sich wegen der allgemeinen Überfremdung nur noch als »Randgruppe«. Manchmal wehrt sich der eine oder andere – beispielsweise gegen ausländisch aussehende Studentinnen.

In ihrer Zeit an der HNE hat die Studentin in Eberswalde bereits häufiger rassistische Erfahrungen gemacht. Abwertende Blicke, Beschimpfungen und Kommentare sie soll »in ihre Heimat gehen« bereiteten ihr schon vor der Gewalttat Sorge...

Diese Sorge teilen wir! Aufmerksamkeit schon bei Alltagsrassismus und Solidarität mit Betroffenen sind also notwendig. Erinnern, informieren, vernetzen wir uns, um rassistischer Absurdität und Brutalität zu widerstehen – auch wenn wir scheinbar nicht betroffen sind.

DIETER GADISCHKE

Trauerbegleitung

Unser ganzes Leben besteht aus Lieben und Loslassen. Sobald wir uns auf die Liebe einlassen, erfahren wir unweigerlich auch Trauer und Verlust. Durch den Verlust eines geliebten Menschen ändert sich unser Leben für immer. Es gibt nun keine bekannte »Normalität« mehr, zu der wir zurückkehren können.

Unsere Gesellschaft fürchtet sich vor Gefühlen. Deshalb müssen wir wieder lernen, unsere Gefühle zuzulassen. Es wird eben nicht alles wieder gut, nicht jeder Schaden kann repariert werden, nicht alles wird vergessen. Doch die Dinge entwickeln sich weiter, und auch diejenigen, die einen Verlust erleiden, werden wieder ins Leben verwoben. Auch wenn sich nun alles verändert hat. Es erfordert Mut zu lieben und zu verlieren.

Viele Trauernde werden, wenn sie am dringendsten Liebe und Unterstützung brauchen, allein gelassen. Trauernde fühlen sich oft mißverstanden, beschämt und nicht ernst genommen. Plattitüden und gut gemeinte Ratschläge vermitteln den Eindruck, daß die Gefühle der Trauernden abgetan werden. Doch der gewaltige Verlust läßt sich nicht mit Grußkarten-Weisheiten lindern. Angehörige und Freunde wissen einfach nicht, wie sie Trauernden helfen können. Sie sind besten Willens, doch irgendwie kommt alles falsch an. Auch Angehörige und Freunde sind angesichts der Trauer hilflos. Der Trauernde weiß, daß er Hilfe braucht, aber nicht, wie er darum bitten soll.

In unserer westlichen Kultur wird Trauer eher als eine Art Krankheit betrachtet, eine Krankheit, die möglichst bald überwunden werden muß. Wir haben eine Vorstellung entwickelt, wie Trauer sich äußern sollte und wie lange sie anhalten sollte. Dabei ist Trauer die natürliche Reaktion auf einen Verlust. Unsere Kultur hat uns nicht beigebracht, hilfreich damit umzugehen. Wenn wir besser füreinander sorgen wollen, müssen wir es lernen, Trauer als zutiefst menschliches Gefühl zu akzeptieren. Wir müssen über die Trauer reden. Wir müssen Trauer wieder als normalen und natürlichen Prozeß begreifen und nicht als etwas, das vermieden und rasch abgehakt werden sollte.

Wir müssen folglich endlich damit anfangen, über die wahren Fähigkeiten zu reden, die wir zum Umgang mit einem Leben brauchen, einem Leben, das von dem Verlust völlig auf den Kopf gestellt wurde. Trauer ist kein Problem, sondern eine Erfahrung, die man würdigen muß. Mit dieser Einstellung bekommen wir alle, was wir uns so sehr wünschen: Verständnis, Mitgefühl und Bestätigung.

Der zertifizierte Trauerbegleiter hilft Ihnen dabei Verluste besser bewältigen zu können. In diesem Zusammenhang ist die Trauer nicht nur in Bezug auf den Verlust eines nahestehenden Menschen zu sehen, es geht auch um die Trauer nach dem Verlust beruflicher Aufgaben, der Wohnung, von Status, Besitz, Gesundheit usw.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

AUFSTEHEN für gute Pflege:

Gesundheit ist keine Ware!

Am Freitag, den 15. Dezember, trafen sich rund 20 Aufsteher zum siebenten Barnimer Basistreffen im Bernauer Treff 23.

Ausgehend von dem bereits beschlossenen Themenschwerpunkt »Pflege« stellten einige Teilnehmer ihre vorbereiteten Thesen zum Thema vor. Anschließend diskutierten die Anwesenden einzelne Punkte, die Teil eines künftigen Aktionsplans werden sollen. Unter dem Motto »Aufstehen für gute Pflege – Gesundheit ist keine Ware!« soll eine Kampagne entwickelt werden, die nach Möglichkeit in Brandenburg und ggf. darüber hinaus wirksam auf die Mißstände und vor allem auf mögliche alternative Lösungsansätze aufmerksam machen soll. Dazu wird eine inhaltliche Vernetzung mit anderen Aufstehen-Basisgruppen angestrebt.

Beschlossen wurde ein offener Brief an verantwortliche Politiker der Regierungskoalition im Bund ebenso wie eine angestrebte Vernetzung mit Betroffenenverbänden, Pflegenden, Angehörigen sowie die Organisation eines Forums, welches die Beteiligten zusammenführt und Vorschläge für eine bessere Pflege und eine Abkehr von Gewinnerzielungsabsichten im Gesundheitswesen erarbeiten soll. Auch für die nächsten Treffen sind Menschen mit Erfahrungen im Gesundheitswesen, in der Pflege o.ä. besonders aufgerufen, ihre Sichtweisen und Kenntnisse einzubringen. In einem weiteren Tagungsordnungspunkt diskutierten die Auf-

steher die Ereignisse in Frankreich und stellten weitgehend Übereinstimmung mit den Zielen der »Gelben Westen« fest.

Beim Basistreffen am 11. Januar, ebenfalls im Treff 23 in Bernau, setzten die Barnimer Aufsteher ihre Diskussion zum Thema Pflege fort. Besonders pflegende Angehörige, Menschen mit Erfahrungen im Gesundheitswesen, in der Pflege o.ä. waren aufgerufen, ihre Sichtweisen und Kenntnisse einzubringen. Daneben wurde über die aktuellen politische Entwicklungen gesprochen.

AUFSTEHEN vereint Bürgerinnen und Bürger aus zahlreichen Schichten und Gruppen, Mitglieder unterschiedlicher Parteien und Partei-lose, politisch bereits Aktive und »Politik-Neulinge«.

Willkommen sind Menschen, die sich aktiv für für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt, für Frieden und Abrüstung, für die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen engagieren wollen.

THORSTEN WIRTH und ANGELA WAGENER

Nächstes Treffen: 8. Februar, 18.30 Uhr, Treff 23, Breitscheidstr. 43, 16321 Bernau bei Berlin.
Regionalgruppe Barnim – Aufstehen. Vertreten durch: Peter Alm, eMail: info@aufstehen-barnim.de

Familienjahr in Panketal

BVB/Freie Wähler wollen für Panketal das kommende Jahr zum JAHR DER FAMILIEN machen. So gilt es, 2019 den Ort deutlich familienfreundlicher zu gestalten und hierzu gemeinde- und landespolitische Akzente zu setzen.

Das stetige und kontinuierliche Wachstum der Gemeinde Panketal führt dazu, daß vor allem immer mehr Familien mit Kindern in der Gemeinde leben – und dies in deutlich stärkerem Maße als in anderen vergleichbar großen Orten. Deshalb sollten alle Einrichtungen der sozialen Infrastruktur vom Spielplatz bis zur Kita, von der Turnhalle bis zur Grundschule auf Funktionalität und Ausstattung überprüft werden. Hierzu werden wir zielgerichtete Anträge einbringen.

Zugleich gilt es, die KIP-Förderrichtlinien des Landes transparenter zu gestalten, um so Mittel auch für Panketal akquirieren zu können. KIP ist das Kommunale Investitionsprogramm des Landes mit einem großen Schwerpunkt auf Bildungseinrichtungen und Sportinfrastruktur.

Laut Auskunft der Landesregierung gab es dabei im Landkreis Barnim keine einzige KIP-Förderung in diesem Jahr. Dies ist angesichts des Steueraufkommens, die Orte wie Panketal beitragen, nicht vertretbar.

Besonders setzen wir uns dafür ein, die Kapazitäten der Kreismusikschule in der Gemeinde zu verbessern. Erste Gespräche fanden dazu schon statt und werden zeitnah in umsetzbare Anträge münden.

CHRISTIANE HERRMANN, Kreistags-abgeordnete BVB/Freie Wähler Panketal

Wer freut sich auf Zukunft

Die Zukunft ist zerbröckelt wie ein vertrockneter Kuchen. Bei dem aktuellen Wettrüsten ist der Gedanke an ein friedliches Zusammenleben verloren gegangen. Als der einstige Verteidigungsminister Struck erklärte, daß die Bundesrepublik auch am Hindukusch verteidigt werden muß, dachte ich bei mir, dann müßten die Afghanen ja wohl ihr Land am Brandenburger Tor verteidigen.

Ich glaube, daß bei allen Sicherheitskonferenzen das Wort Völkerfreundschaft noch nie gefallen ist, obwohl die Pflege der Völkerfreundschaft die einzige und billigste Sicherheit gegen Krieg wäre. Die teure NATO und die wahnsinnige Aufrüstung sind überflüssig und die Menschen würden wieder friedlichen Arbeiten nachgehen.

ELISABETH MONSIG

Sozialfall durch Pflege?



Der Fall Martin R. ist (k)ein Einzelfall!

»Gute Pflege muß uns als Solidargemeinschaft etwas wert sein.« Jens Spahn (38, Bundesgesundheitsminister), 10.10.2018.

»Nach über 45 Berufsjahren werden meine Frau und ich zum Sozialfall, weil sich der Eigenanteil zum Pflegeplatz meiner Frau in kürzester Zeit auf knapp 1.900 Euro fast verdoppelt hat.« Martin R., (85, Rentner), 22.12.2018.

Gesundheitsminister Jens Spahn ist zufrieden. Mit der Beitragserhöhung in der Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum Jahresbeginn 2019 spült er circa 7,6 Mrd. Euro zusätzlich in den Pflegemarkt. Das jetzt verabschiedete Gesetz gilt bis 2022. Daß spätestens danach weitere drastische Erhöhungen der Beiträge drohen, gilt bei vielen Fachleuten als ausgemacht. Die Grünen-Pflegeexpertin Kordula Schulz-Asche warf Spahn »Augenwischerei« vor – das Geld reiche nicht zur Deckung künftiger Kosten. Und Pia Zimmermann, gesundheitspolitische Sprecherin der Linken, warnt, ohne einen Paradigmenwechsel in der Pflegepolitik könne zusätzliches Geld gar nicht da ankommen, wo es dringend gebraucht werde.

Die Lösung, gute Pflege müsse den Menschen mehr wert sein, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zu hinterfragen. Zunächst einmal klingt die Forderung »Mehr Leistungen, höhere Beiträge« einleuchtend. Aber höhere Beiträge kommen vor allem den Investoren zugute, weniger den Betroffenen!

Am Fall der Familie R. aus dem Barnim möchten wir exemplarisch aufzeigen, was schief läuft im Gesundheits- und Sozialsystem »eines der reichsten Länder der Erde«. Dieser Fall belegt: Ein Gesundheits- und Pflegesystem, das Gewinnmaximierung und Anlegerinteressen über die Interessen der Betroffenen stellt, ist die eigentliche Ursache zahlreicher Mißstände!

Frau und Herr R. arbeiteten beide 55 und 40 Jahre, zahlten alle Beiträge in die Sozialkassen und hofften auf ein auskömmliches Leben ohne Sorgen oder gar Existenzängste. Sie hatten all das getan, was Ihnen der Staat immer gepredigt hat. Doch mit der Erkrankung und der Pflegebedürftigkeit von Frau R. (80) im Jahr 2010 änderte sich die Situation. Zunächst nicht grundlegend. Frau R. zog 2012 in eine Barnimer Pflegeeinrichtung, die von einer ge-

meinnützigen GmbH betrieben wurde, während Herr R., rüstig und zuversichtlich, in der gemeinsamen Wohnung verblieb. Den Eigenanteil, der zusätzlich fällig wurde, konnte er von der gemeinsamen Rente begleichen. Der Anteil betrug im Februar 2017 noch 973 Euro.

Im Jahr 2017 wurde das Pflegeheim Teil einer GmbH und der Eigenanteil von Frau R. erhöhte sich in zwei Schritten auf nunmehr 1.860 Euro zum Januar 2019. Für Herrn R. bedeutet dies, daß sein Haushaltsbudget nach Abzug seiner Miet- und Stromkosten bereits im Minus ist. Für seinen Lebensunterhalt und alle sonstigen Kosten steht kein Geld mehr zur Verfügung. Dies heißt für Herrn R. und seine Frau, daß sie nach Jahrzehnten ununterbrochener Berufstätigkeit künftig auf Sozialhilfe angewiesen sind. (Im Übrigen zahlen auch Herr R. und seine Frau seit Januar den um 0,5% erhöhten Beitrag zur Pflegekasse auf ihre Renten.)

Seit 1995 erhöhten sich die Leistungen aus der Pflegekasse für die vollstationäre Pflege von ca. 8,8 Mrd. Euro auf 13 Mrd. Euro im Jahr 2017, die Verwaltungsausgaben verdoppelten sich im gleichen Zeitraum von ca. 0,68 Mrd. Euro auf knapp 1,2 Mrd. Euro. Allein die beiden größten Betreiber von Pflegeheimen in Deutschland, der französische Korian-Konzern und die europäische Aktiengesellschaft Alloheim, haben ihre Bettenanzahl zwischen 2013 und 2016 auf zusammen ca. 40.000 Plätze nahezu verdoppelt. Ein Geschäft, das Rendite mit wenig Risiko verspricht, da der Sozialstaat einspringt, wenn der Bewohner für die Kosten nicht mehr aufkommen kann (wie Familie R.).

Auch die Einkommen der Beschäftigten in der Pflege sind nicht die entscheidende Ursache der exorbitant steigenden Ausgaben: Der Pflegemindestlohn in den neuen Bundesländern beträgt ab 2019 10,55 Euro (davon ist zu unterscheiden der Mindestlohn in der Pflege mit 8,84 Euro). Zum Vergleich: Der Mindest-

Trübe Aussichten. Martin R. (85) vor dem Pflegeheim seiner Frau. Foto: Aufstehen Barnim

lohn für Glas- und Fassadenreinigung beträgt 12,83 Euro, im Bauhauptgewerbe liegt er bei 15,05 Euro. Die Pflege-GmbH, in der Frau R. untergebracht ist, weist dagegen mit 75 Beschäftigten für 2017 eine Gewinnrücklage von mehr als 1,35 Millionen Euro aus.

Das kommt heraus, wenn Gesundheit und Pflege zur Ware werden:

- Hohe Gewinne für Pflege-Unternehmen.
- Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zahlen zusätzlich zu den von der Pflegekasse an das Heim gezahlten Beträgen für die pflegerische Betreuung hohe und stetig wachsende Eigenbeiträge ohne zusätzliche Leistungen.
- Die Beschäftigten erhalten ein im Vergleich der Volkswirtschaft immer noch niedriges Arbeitsentgelt, auch wenn seit den letzten Jahren hier Verbesserungen eingetreten sind.
- Die Belastungen in der Pflege sind hoch, die Arbeit ist von zunehmendem Zeitdruck und immer mehr nicht-pflegerischen Tätigkeiten bestimmt, so daß immer weniger Raum für eine individuelle Betreuung bleibt. Nicht zuletzt deshalb verlassen viele Pflegekräfte ihren Beruf. Das Arbeitskräfteproblem in diesem Bereich ist also auch hausgemacht.
- Mit der Begrenzung des Pflegeanteils durch die Pflegekasse auf 1775 Euro/Monat wird die Finanzierung der reinen Pflege zunehmend auf die Patienten in den Heimen abgeschoben.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: »Am Ende scheinen Gewinnerwartungen und gute Pflege nicht wirklich zusammenzupassen ... Jeder Cent, der als Gewinn entnommen wird, fehlt in der Konsequenz für die Pflege.« (Tina Groll, »Geldverdienen mit Pflege«, Zeit online, 23.12.2018)

»Ich möchte der Gesellschaft nicht auf der Tasche liegen, meine Frau und ich sind uns keiner Schuld bewußt. Wir haben das Abrutschen in die Sozialhilfe mit den damit verbundenen Einschränkungen nicht verdient. Ebenso wenig wie die zahlreichen anderen Betroffenen!« erklärt Martin R.

»Es ist das System, das solche Entwicklungen hervorbringt. Das können, das müssen wir hinterfragen und verändern. Damit es künftig den Menschen nicht so ergeht wie meiner Frau und mir!«

Wir fordern alle Betroffenen auf, sich zur Wehr zu setzen! Schreiben Sie Petitionen, wenden Sie sich an Ihre Abgeordneten, an die zuständigen Ministerien. Engagieren Sie sich – auch bei AUFSTEHEN – gegen diese Umverteilung im Gesundheitswesen! Bringen Sie sich ein! Wir fordern ein grundlegendes Umdenken, eine konsequente Abkehr von dem eingeschlagenen neoliberalen Kurs im Gesundheitswesen und in anderen Teilen der Daseinsvorsorge! Wir möchten eine breite offene Diskussion in der Gesellschaft zur Pflege in unserem Land in Gang setzen. Wir fordern ein aktives Handeln in Politik und Gesellschaft FÜR eine konsequent am Menschen und seinen Bedürfnissen ausgerichtete Politik!

ANGELA WAGENER und THORSTEN WIRTH
(im Auftrag von Aufstehen – Regionalgruppe Barnim)

380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen:

50Hertz probiert Quadratur des Kreises

Die Arbeit unserer Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« war 2018, wie auch im Jahr zuvor, durch die Konsequenzen geprägt, die sich aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016 ergeben. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Planfeststellungsbeschluss aus dem Sommer 2014 für »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erklärt. 50 Hertz wird durch dieses Urteil des höchsten Verwaltungsgerichts daran gehindert, die geplanten Baumaßnahmen für die 380kV-Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) nach Neuenhagen (bei Berlin) in Angriff zu nehmen. Um doch noch zu einer Baugenehmigung zu kommen, hat 50 Hertz im Herbst 2017 ein Planergänzungsverfahren beantragt, das im Sommer 2018 durchgeführt wurde. Hier versuchte 50 Hertz den Nachweis zu führen, daß die Belange des Vogelschutzes in den europäischen Vogelschutzgebieten, die durch das Vorhaben gequert werden, unerheblich sind. Ein Vorhaben, das der Quadratur des Kreises vergleichbar ist.

1. Planergänzungsverfahren

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit haben wir die Terminierung des Planergänzungsverfahrens skandalisiert (TV-Sendung in Brandenburg Aktuell am 13.6.2018 und Berichte in der MOZ und der MAZ am 14.6.2018). Wir haben ferner gegen die Terminierung der Planauslegung und des Beteiligungsverfahrens während der Sommerferien beim Landesbergamt (LBGR) protestiert. Adressat unseres Protests war aber auch das Wirtschaftsministerium Brandenburg, das die Rechtsaufsicht über das LBGR führt.

Es ist uns auch in diesem Jahr wieder gelungen, die von dem Leitungsbauvorhaben besonders stark betroffenen Städte und Kommunen Eberswalde, Angermünde, Chorin und Ziethen zu ablehnenden Stellungnahmen im Planergänzungsverfahren zu motivieren. Dazu hat der Sprecher der BI Kontakt zu den Amtsdirektoren von Joachimsthal und Britz-Chorin-Oderberg aufgenommen, die Gemeindevertreterversammlungen in Chorin und Ziethen besucht und für die Annahme entsprechender Beschlüßvorlagen geworben.

Durch eine Bürgerinformation über das Planergänzungsverfahren und ortsteilbezogene Formulierungshilfen für Einwendungen konnten im Raum Chorin-Ziethen-Schmargendorf-Angermünde ca. 300 Einwendungen von Einwohnern mobilisiert werden, was angesichts der Rahmenbedingungen (Sommerferien) ein beachtliches Ergebnis ist. Neben der Mobilisierung des Protests gegen die Freileitungsplanung haben wir aber für eine fachlich und juristisch hochqualitative Stellungnahme im Rahmen des Planergänzungsverfahrens gesorgt. Unser Anwalt hat einen umfangreichen Schriftsatz beim LBGR eingereicht, für den von verschiedener Seite qualifizierte Zusatzen geleistet wurden. Auch das entera-Gutachten zur Trassierung einer umweltverträglichen Erdverkabelung zwischen Schmargendorf und Buchholz wurde eingebracht.

Beim Erörterungstermin am 7.11.2018 in Eberswalde wurde deutlich, daß das LBGR auf eine zügige Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses hinarbeitet. Inwieweit hierbei die im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen eine Rolle spielen, möchte ich hier nicht erörtern. Wir haben unsere Teilnahme am Erörterungstermin gut genutzt, um wesentliche Argumente gegen das Vorhaben vorzubringen und wichtige Anträge gestellt, auf die eventu-

ell im anstehenden Rechtsstreit Bezug genommen werden kann. Das Verhalten der Mitarbeiter des Landesamts für Umwelt beim Erörterungstermin, die sich geweigert haben, ihre Stellungnahme und die Erwiderung durch den Vorhabenträger darzustellen, habe ich in verschiedenen Schreiben an den Präsidenten des Landesamtes für Umwelt (LfU) und den Abteilungsleiter N1 kritisiert und um Aufklärung, ob die Mitarbeiter des LfU weisungsgebunden gehandelt haben, gebeten.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Nach fast zwei Jahren erhielt ich Antwort auf meine Kritik an dem Auftritt der Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz (Frau Prof. JESSEL) im Umweltausschuß des Bundestags vom 27.1.2016. Die Präsidentin hatte vor dem Hintergrund des von uns erstrittenen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016 gesagt, »Umweltschutz darf nicht zur Verhinderung von Leitungsbauvorhaben mißbraucht werden« und sie sehe »keinen Widerspruch zwischen Naturschutz und Leitungsbau«. Ich hatte die Präsidentin zu einem Trassenbesuch eingeladen.

2.1. Besuch an der Trasse

Der Sprecher hat im April 2018 bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Grünen zum Thema »Netzengpässe« teilgenommen und im Anschluß daran die fehlende Berücksichtigung der trassenkritischen Bürgerinitiativen kritisiert (es waren nur Netzbetreiber und andere Interessenvertreter als Gesprächspartner eingeladen, keine BI-Vertreter). Aus der anschließenden Korrespondenz resultierte schließlich der Besuch von INGRID NESTLE, der netzpolitischen Sprecherin der Grünen in Chorin und Senftenhütte im Vorfeld des Planergänzungsverfahrens.

2.2. Minister Altmaier lehnt Besuch ab

Einer Anregung von ANNALENA BAERBOCK (MdB, Grüne) folgend, habe ich Minister ALTMAIER zu einem Trassenbesuch eingeladen. Altmaier hat bei seinem Amtsantritt im März 2018 erklärt, daß er in den ersten drei Monaten alle umstrittenen Leitungsbauprojekte besuchen wolle. Er kam zwar nicht zu uns, aber am 30.11.2018 konnte ich an einer Runde des von ihm initiierten Bürgerdialogs teilnehmen, wobei deutlich wurde, daß Altmaier sich nur für die Trassenprojekte interessiert, deren Planung noch nicht weit fortgeschritten ist.

2.3. Medienecho

Die Verkündung des Beginns des Planergänzungsverfahrens durch 50 Hertz am 13.6.2018, dem zehnten Jahrestag der Gründung der BI, sorgte für ein deutliches Medienecho unserer Kritik an der Terminierung des Planergänzungsverfahrens und der harten Haltung des Netzbetreibers in der Frage der teilweisen Erdverkabelung. In Brandenburg aktuell wurde am 13.6. 2018 berichtet und am 14.6. in der MAZ und in der MOZ. Gelegentlich habe ich durch Leserbriefe falsche oder tendenziöse Berichterstattung in der MAZ (15.8.2018) moniert.

Durch verschiedene Pressemitteilungen habe ich für uns zentrale Medien und wichtige Journalisten und Journalistinnen über den Fortgang des Konflikts informiert.

3. Petition an den Bundestag

Gemeinsam mit unserem Anwalt hat die BI eine Petition an den Bundestag auf den Weg gebracht, in der um eine Aufnahme der »Uckermarkleitung« in den Katalog der Pilotprojekt zur Erdverkabelung gebeten wird. Diese Petition wird von den Ämtern Britz-Chorin-Oderberg und dem Amt Joachimsthal und den Städten Eberswalde und Angermünde mitgetragen. Auch KIRSTEN TACKMANN (MdB, Linke) und AXEL VOGEL (MdB, Grüne) tragen diese Resolution mit, die auch von einer Reihe von Einwohnern und Gemeindevertretern (Liste Konstruktive Kommunalpolitik, Chorin) unterzeichnet wurde.

4. Prozeßrisiko-Bürgschaften

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden WiB e.V. hat der Sprecher der BI in einem Aufruf um die Erteilung von Bürgschaften zur Absicherung des finanziellen Risikos im Falle einer Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht gebeten.

Dadurch soll es dem Verein ermöglicht werden, die vorhandenen Mittel für die Prozeßführung einzusetzen, weil das finanzielle Risiko durch die Bürgschaften abgesichert ist. Vor dem Hintergrund dieses Berichts können wir voller Zuversicht in das kommende Jahr blicken, das durch die nächste Runde im Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht geprägt sein wird. Darauf sind wir gut vorbereitet.

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

Senftenhütte, zum Jahresende 2018
HARTMUT LINDNER

BI: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Wir in der Biosphäre e.V.

Aufruf zur Übernahme von Bürgschaften

Absicherung des Prozeßrisikos im Kampf gegen die geplante 380kV-Freileitung

Der schon mehr als zehn Jahre dauernde Konflikt um die von 50 Hertz geplante 380kV-

Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) nach Neuenhagen (bei Berlin) konnte durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016 noch nicht beendet werden.

Das Gericht erkannte zwar den Planfeststellungsbeschluß vom Sommer 2014 als »rechtswidrig und nicht vollziehbar«, gab 50Hertz aber die Chance durch ein Planergänzungsverfahren zu einem neuen Planfeststellungsbeschluß zu kommen.

Das Planergänzungsverfahren ist im Sommer 2018 durchgeführt worden. Wir haben in dieses Verfahren wiederum unsere Einwände eingebracht. Im Rahmen der Alternativenprüfung haben wir auch ein Gutachten mit Trassierungsvorschlägen für eine teilweise Erdverkabelung vorgelegt, das gemeinsam von der Stadt Angermünde und den Gemeinden Ziethen und Chorin mit dem Trägerverein der Bürgerinitiative finanziert wurde.

Am 7. November 2018 hat die Genehmigungsbehörde (Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Cottbus) einen Erörterungstermin in Eberswalde durchgeführt. Hier haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Genehmigungsbehörde unsere Einwände wieder vom Tisch wischen und einen Planfeststellungsbeschluß erteilen wird.

Es bleibt uns somit keine andere Wahl, als uns auf eine neue Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht vorzubereiten.

Ein Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht kostet Geld. Wer klagt, muß einen Prozeßkostenvorschuß in vierstelliger Höhe leisten, benötigt einen Fachanwalt zur Formu-

lierung und Einreichung der Klage und Geld für Fachgutachten usw.

Unser Trägerverein »Wir in der Biosphäre« e.V. verfügt zwar noch über ausreichende Mittel, um das Verfahren zu beantragen und zu führen, aber das Prozeßrisiko ist mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abgesichert. Deshalb bitten wir Sie um die Übernahme von Bürgschaften in Höhe von 250 Euro oder mehr (es gibt bereits einige Zusagen in Höhe von je 500 Euro), damit wir unsere vorhandenen Mittel auch gezielt und vollständig für das Verfahren einsetzen können.

Wir werden das Prozeßrisiko gründlich abwägen und nur bei Aussicht auf Erfolg gegen einen neuen Planfeststellungsbeschluß klagen.

Wir haben in den zehn Jahren, die der Konflikt nun schon von uns erfolgreich geführt wird, gezeigt, daß unsere Kritik an der Planung berechtigt ist und wir verantwortungsbewußt mit den uns anvertrauten Spenden und Finanzmitteln umgehen.

Unsere Bitte um die Übernahme von Bürgschaften zielt einzig auf die Absicherung des Prozeßrisikos. Die Bürgschaften würden nur im Falle einer vorher nicht absehbaren Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht fällig. Zuwendungen an den als gemeinnützig anerkannten Verein WiB e.V. sind steuerlich absetzbar.

HARTMUT LINDNER (BI: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!) und GUNNAR HEMME (Vorsitzender von Wir in der Biosphäre e.V.)

Die Bürgschaftserklärung kann im Internet unter www.barnimer-buergerpost.de/dokumente/Formular_Buergschaft.pdf abgerufen werden.



Keine weiteren Windräder in Biesenthal

BVB/Freie Wähler sprechen sich gegen die geplante Errichtung weiterer Windräder in Biesenthal aus. Bei der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll über den Bau von 4 neuen Windrädern im Wald am Wukensee abgestimmt werden. Das lehnen wir ab.

Die von SPD und Linken betriebene Politik hat dazu geführt, daß in Brandenburg mittlerweile knapp 4.000 Windräder stehen. Die Hälfte der neuen Windeignungsgebiete ist in Wäldern vorgesehen. Schwerwiegende ökologische Schäden für die Tier- und Pflanzenwelt sind die Folge. Zugleich belastet der Schall immer mehr Anwohner und gewachsene Kulturlandschaften werden zerstört. Dabei zahlen alle Verbraucher die hohen Gewinne der Betreiberfirmen mit, so daß wir in Brandenburg den höchsten Strompreis Europas haben.

Diese Entwicklung muß ein Ende finden. Dabei ist auch der Einwand, daß die Stadt ja Geld für die Errichtung der Anlagen bekäme, zurückzuweisen.

Die Abgabe wird auf dem Wege der EEG-Umlage auf die Verbraucher umgelegt, unterm Strich also ein Nullsummenspiel. Außerdem entsteht so ein Wettlauf der Kommunen, um sich Anlagen ins Gemeindegebiet zu holen, ohne auf übergeordnete raumordnerische Aspekte zu achten.

Neben dem im Landtag zu behandelnden Antrag von BVB/Freie Wähler auf Erfassung der Rückbauverpflichtungen gilt es vor Ort in Biesenthal, ein Zeichen gegen den grassierenden Windkraftausbau zu setzen, indem der geplante Bebauungsplan abgelehnt wird.

DETLEF KLIX, Stadtverordneter Biesenthal

Klimaschutzprojekt

Eberswalde (prest-ew) Mit der erfolgreichen Bewerbung für das Projekt »Bridging European and Local Climate Action (BEACON)« werden die Stadt Eberswalde und die Grundschule Finow in den nächsten zwei Jahren in den Austausch mit europäischen Kommunen treten und aktiv zum Klimaschutz vor Ort, aber insbesondere auch in Europa beitragen.

Bis 2021 wird Eberswalde, gemeinsam mit 33 weiteren Städten aus Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien, Griechenland, Portugal und Deutschland an dem Dialogprojekt BEACON der Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI) teilnehmen. Der Wissens- sowie Erfahrungsaustausch wird in Deutschland durch das Beratungsinstitut »adelpi« koordiniert. Auf regionalen Workshops und Fachkonferenzen wird die Stadt Eberswalde ihr Engagement auf europäischer Ebene präsentieren und Strategien und Ansatzpunkte für den Klimaschutz diskutieren. So können neue Impulse, z.B. in den Bereichen Luftreinhaltung, nachhaltige Mobilität oder Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt werden.

An dem Projekt wird als lokaler Akteur die Grundschule Finow teilnehmen. Im Austausch mit tschechischen, bulgarischen und rumänischen Schulen möchte sie ihren eigenen Energieverbrauch reduzieren sowie Bildungsarbeit für eine klimafreundliche Zukunft leisten. Neben der Grundschule Finow sind unter anderem Schulen aus Berlin, Potsdam, Halle, Hannover und Arnshagen vertreten.

»Dank unseres bisherigen Engagements in Sachen Klimaschutz waren wir mit unserer Bewerbung für das BEACON Projekt erfolgreich. Insbesondere der integrierte Ansatz unserer Klimaschutzprojekte



hat die Jury überzeugt. Jetzt nutzen wir die Gelegenheit, unsere Erfahrungen zu reflektieren und erfolgreiche Ideen nach Europa zu tragen. Vor allem ist ein solcher Austausch auch eine gute Inspirationsquelle für unsere Arbeit hier vor Ort«, so Eberswaldes Baudezernentin Anne Fellner.

Bridging European and Local Climate Action ist ein Vorhaben zur Förderung von Klimaschutz durch den Austausch zwischen nationalen Regierungen sowie Kommunen und Schulen in Europa. Ziel ist, durch einen bi- und multilateralen Dialog zu einer gestärkten europäischen Integration beizutragen und den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens gerecht zu werden. Das Vorhaben wird von insgesamt elf Partnerorganisationen durchgeführt.

Kleiner Sketsch:

Am Zepernicker Bahnhof

Barnim-Echo Sonderblatt, Sonderblatt: Dransebrücke wiederholt beschädigt. Jetzt wird durchgegriffen von der Panketaler SPD-Regierung!

Aber die Leute denken, sie kapituliert.

Vor wem denn?

Drei ortsansässigen Vandalen. Warum sperrt man die nicht einfach ein?

Natürlich sperrt man – die Brücke und den Radfernwanderweg.

Mit welchem Ziel? Mehr nach rechts oder links den drohenden Finger erhebend?

Man will ringsum ein politisches Zeichen setzen, die Störenfriede salomonisch nachdenklich machen.

Also auch den Radfernfahrern zur Belehrung, selbst den alten Bürgen die Umleitungen als sportiven Anreiz vermitteln?

Mehr Bewegung hat noch keinem geschadet, zuletzt den Senioren.

Und wie lange hält man uns noch salomonisch auf Trab?

Bis der Spiel- und Sportpark mit nigelnagelneuen happening-locations zur Verfügung steht.

Für die Vandalen?

Nun reicht es aber mit dem hinterhältigen Gefrage. Mißbrauchen Sie die Redefreiheit nicht. Natürlich wird sich der Park für alle, die erlebnishungrig sind, volksnah in unsrer grünen Aue entfalten.

Also auch hinreichend Abfallschlucker vor Ort? Schalldichte Hecken? Durchsetzungsfähige Ranger in den Spitzenzeiten...?

Schluß mit Miesgemache, werter Herr, solche wie Sie...

Ja bitte, was?

Sollten einen Sperrvermerk im Ausweis bekommen!

Anmerkungen zum Zepernicker Sportplatz-Projekt:

Leichtgläubig in die Startlöcher?

von Dr. Rolf Gerlach

Seit nunmehr fast 100 Jahren hat der Sport (die Freude an Körperkultur) in Zepernick das Privileg, sich im ideal gelegenen grünen Zentrum der Gemeinde entfalten zu können; und auch das Vereinsleben in seiner oft heiklen Geschichte des 20. Jahrhunderts scheint zu beweisen, wie sehr dieses wunderbare natürliche Umfeld die kämpferische Laune seiner Mitglieder immer wieder beflügelte.

In der Tat, diese »historischen Erfolge« kann heute selbst ein passiv interessierter Spaziergänger nicht ganz neidlos in Augenschein nehmen: Hier neben der Straße der Jugend wird trotz aller Unebenheiten der Zeitläufe fröhlich gekickt, gebolzt, geritten, voltigiert, geturnt, mit Pfeil und Bogen geschossen – gefeiert.

Umso gezielter kommt jetzt Neugier auf, was das grundhaft bis gigantisch geplante Sport- und Spielpark-Projekt wohl an Veränderungen mit sich bringen soll, und über den diesbezüglich publizierten (und im Amt ausgelegten) Gestaltungsdetails verfliegt dem Spaziergänger alsobald die eben noch empfundene Euphorie.

Die Details des Gelände-Umbaus werden offenbar einzig vom robusten Pragmatismus der Gemeindevorteiler bestimmt: Schulbedarf, Bevölkerungswachstum, Unterhaltungs- und Naherholungsansprüche; mit anscheinend bestem Gewissen werden auch die von ausgewiesenen Fachleuten artikulierten Bedenken hinsichtlich des Landschaftsbildes, des Natur- und Grundwasserschutzes im sensiblen Winkel zwischen Panke und Dransebach als nebensächlich beiseite geschoben. Man könnte fast mutmaßen, bewußtes Fanfarengetöse für künftige populäre Großveranstaltungen soll kurzerhand die Panflöte einer kritischen Minderheit über-

tönen: Die Boden-Versiegelung von 255 gepflanzten Auto-Stellplätzen? – Peanuts! Das Abholzen nicht geringer Baumbestände u.a. an einer neuen Leichtathletikbahn? – Zum Kuckuck, wir pflanzen später hurtig ein paar andre! Und erst recht als unabdingbar gilt das mitten in der grünen Aue neu zu errichtende Gebäude einer Dreifeld-Sporthalle – Landschafts-Ästhetik hin oder her.

Dafür schaffen wir im Bereich des renaturierten Pankeverlaufs einen volkstümlichen Naturerlebnis-Spielplatz. Und an der Dranseemündung soll dann gottseidank auch mit gemeindlichem Segen gepicknickt werden dürfen! – Das bißchen Müll, die paar Zigarettensammel..., wer denn überhaupt traut so etwas Negatives unseren Bürgern zu? Außerdem trägt der direkte freie Umgang mit seltenen Amphibien, der Fauna schlechthin, grundsätzlich zur Umweltbildung der Kinder und Jugendlichen bei; und obendrein puffern die renaturierten Gewässer – wie es amtlich offiziell heißt – eventuelle Starkregenereignisse sowie so besser und bieten an Hitzetagen (die der Klimawandel uns bescheren wird) der sich ebenda lagernden Bevölkerung auch noch verdiente Entspannung.

Fortsetzung auf Seite 21

Eberswalde (bbp). Nach den Fahrbahneinengungen in der Heegermühler Straße begann im Spätherbst der Rückbau in der Eberswalder Straße zwischen Finow-Ost und der Specht-hausener Kreuzung.

Als durchaus nachvollziehbare Gründe für die Baumaßnahme gelten die Unzulänglichkeiten des bestehenden schmalen Radstreifens auf der südlichen Straßenseite, der mit einer hohen und gefährlichen Bordsteinkante von dem schmalen Gehweg abgetrennt ist. Insbesondere wegen dem Radweg, der bei weitem nicht den formalen Anforderungen für einen Radschutzstreifen entspricht, waren Veränderungen angesagt. Zumal der Radweg an der Hauptverkehrsstraße laut städtischem Radnutzungskonzept als prioritäre »Radschnellverbindung« aus-
erkannt ist.

Um für eine DIN-gerechten Rad- und Fußweggestaltung genügend Platz zu haben, wird laut Plan der bisherige zweispurige Verkehr aus Richtung Finow auf eine Spur reduziert. Damit steht deutlich mehr Platz zur Verfügung, als benötigt wird, so daß noch ausreichend Raum bleibt, um noch einen breiten

»Unsinn« in der Eberswalder Straße

Grünstreifen anzulegen. Der erste Bauabschnitt vor den einstigen Wohnheimen ist inzwischen realisiert.

Dort waren bereits ausreichend Rad- und Fußwege vorhanden, so daß ausschließlich eine der beiden Richtungsfahrbahnen zurückgebaut wurde. Wer einen grundhaften Ausbau der übrigen Straße erwartet hatte, sah sich im übrigen getäuscht. Die restliche Fahrbahn bleibt in dem Zustand, wie sie ist.

Inzwischen regt sich verschiedentlich der Widerstand gegen die neuerliche Straßenverengung. Und wie gewohnt läuft dieser Widerstand zunächst ins Leere. Nachfragen beim Landesbetrieb Straßenwesen ergeben, daß die doch bloß das Radnutzungskonzept der Stadt umsetzen. Proteste bei der Stadtverwaltung bekommen zur Antwort, daß es Landesstraße sei und demnach der Landesbetrieb zuständig sei. Außerdem ist die Maßnahme doch eine längst beschlossene Sache.

So fühlen sich die Kritiker an der Nase herumgeführt. Manche wollen Rechtsanwälte be-

aufträge, andere den »für solchen Unsinn« Verantwortlichen zur Kommunalwahl einen Denkkzettel geben.

Der Finowfurter JOHANNES MADEJA brachte es in einem Leserbrief an die lokale Tageszeitung weitgehend auf den Punkt (MOZ, 14.1.19): Die Verdichtung und Verlangsamung des Verkehrs ist gewollt. »Nachdem die Bestrebungen der Verwaltung, in Eberswalde und Finow mehr Gedränge und Stau zu erzeugen (Wegfall von Bustaschen, schmalere Fahrspuren, sogenannte Schutzstreifen für Fahrradfahrer, Wegfall von Abbiegespuren und Abbiegeverbote) noch nicht genügend wirksam waren, wird nun weiter zurückgebaut – mit aller Konsequenz.

So hoffen Landrat und Bürgermeister und sogar gewählte Abgeordnete sog. Volksparteien, in der Bevölkerung endlich Zustimmung für die Pläne des Bundes zum Bau der B167neu zu erlangen. daß dieses Projekt, wenn es jemals Wirklichkeit werden sollte, zwangsläufig zu noch mehr Gedränge führt, wird den Eberswaldern wohl erst dann klar werden, wenn der Schaden eingetreten ist.«

Daß für den neuen diagonalen Weg mitten durch die Aue, also für den Zugang der Schüler zur Dreifeld-Turnhalle, eine zweite Panke-Brücke errichtet werden muß, soll man sich wohl a priori unter dem Stichwort »Bündelung und Weiterentwicklung sportlicher Angebote in Kombination mit Freizeitangeboten« als hinreichend tolerierbar gekennzeichnet vor Augen halten und folglich am besten als weiteres Thema verkneifen.

Allerdings könnte dieser Brückenweg sofort entfallen, wenn die Gemeinde sich endlich entschlossener für den Erwerb des Blumberg-Geländes gleich neben der Grundschule (Schönerlinder Str.) als Standort der Dreifeld-Turnhalle engagierte. Womit dann zugleich der Diskurs über die zwei viel teureren Standort-



Im (noch) grünen Zentrum des Panketaler Orts- teils Zepernick soll ein Sport- und Freizeitzentrum mit Dreifeld-Turnhalle entstehen. Anwohner kritisieren das »Mammutprojekt«.

Alternativen (an der Straße der Jugend, in der Auen-Mitte) vom Tisch wäre. Das angeblich schulkinder-freundliche Argument für die Auen-Mitte (kurze Beine, kurze Wege) scheint/schien/war ja ohnehin um der wenigen Meter Wegverkürzung willen ebenso künstlich wie absichtsvoll rührend erfunden.

Was dem Spaziergänger – last not least – in der Rückerinnerung an die Errichtung der Kunstrasenfläche 2008 noch als sehr bedenkenswerter und hinsichtlich künftiger Erdarbeiten im Sportpark seltsamerweise jüngst unerwählter Tatbestand Sorgen bereitet, ist die damals völlig überraschend unter den Spaten gekommene Zweimeterschicht kontaminierten DDR-altlastigen Bodens – 800 Kubikmeter Aushub, dessen eine gesundheitsgefährdende Hälfte für 17.000 Euro in Eberswalde spezialentsorgt werden mußte, während die andere Hälfte die Wälle der Schießanlage verstärkte.

Man sollte unbedingt noch einmal nachlesen, was die Journalistin Elke Probst als »Beinah-Umweltskandal« seinerzeit zusammenfaßte (MOZ, 27.9.08). Der Schluß des Artikels ist besonders alarmierend – ein wahrhaft faden-scheiniges Sedativum, das im Rahmen dieses meines kleinen Spaziergänger-Räsonnements besonders hellhörig machen sollte. »Nein« (Basta!), sagte Bürgermeister Fornell damals, »es liegt kein Umweltskandal vor!« – Und die MOZ schob plötzlich ebenso arglos wie fast schlitz-zohrig nach: Im Grunde kommt dem Grundwasser der Bau des Sport- und Spielparks sogar zugute. Es ist ja damit zu rechnen, daß bei weiteren Baumaßnahmen auf den angrenzenden Flächen ähnliche Verunreinigungen gefunden werden, die ähnlich beseitigt werden müssen.

Wenn einen – zum Kuckuck – das nicht mit pauschaler Zuversicht erfüllt!!

Uns're grüne Au'

Noch rinnt die stille Dranse ungestört
durch unsre grüne Au,
doch wie man aus dem Rathaus hört,
plant man Radau –
Lizenz für Jung und Jünger, Großfamilien,
auf daß sich an den Ufern jedermann
mit seinen Freizeitutensilien
je nach Wetter tummeln kann.
Schließlich will man zepernickerseits den
Schwanebeckern,
die an ihrem ebensogenannten Fließ
holländisch klotzen statt zu kleckern,
an Popularität nicht nachstehn, wie es hieß.
Nur eben zähl'n besagte Wassergräben
Zum teuren Tafelsilber unserer Natur,
mit der wir, um Frei-Sein spielerisch voll
auszuleben,
teilen müssen in Gedanken an Kultur.
Zweitausendachtzehn hat gezeigt, wie schwer
Gedankenlosigkeit bestraft wird,
fehlt's an grüner Landschaft, saubrer Luft und
saubrem Meer,
weil kein Volksbeglucker gerne zugibt, daß er
irrt.
Deshalb heute mein Appell an alle:
Sucht neuen Standort für Turnhalle,
reduziert Erlebnishofes Dimensionen.
Die Kindeskinde werden es euch lohnen.
Wahlerfolgskalkül berät euch schlecht.
Tragt Verantwortung, wenn ihr plant und sprecht.
Deshalb bleibt meiner Reime Moral:
Beratet euch noch mal!
Denn!
Die Schwanebeke und die Dranse
stehn jetzt in Panketal fürs Ganze.

Dr. ROLF GERLACH

Die Psychopathen sind unter uns

Als fernsehkrimierfahrener Medienkonsument denkt man sogleich an perverse Verge-waltiger und Serienmörder. Das ist jedoch nur die medial und literarisch spektakuläre Spitze des Eisbergs. Sehr wahrscheinlich sind viele Serienmörder Psychopathen, aber keinesfalls sind alle Psychopathen Mörder, Vergewaltiger oder Kriminelle. Geschätzt wird, daß in entwickelten Industriegesellschaften etwa ein Prozent aller Menschen Psychopathen sind, wobei diese vor allem in höheren Hierarchiestufen überrepräsentiert sind, etwa sechsfach in Führungspositionen.

In dem Spiegel-Artikel »Psychopathen in der Chefetage – Zeitbomben mit Schlip« schrieb der Personalberater Heiner Thorborg schon 2015: »Sie sind charmant und überzeugend, angstfrei und manipulativ: Oft kommen Psychopathen weit in der Karriere – und doch nie ans Ziel. Ihre innere Leere bleibt, ihre Unternehmen ruinieren sie.« (Spiegel-Online, 9.4.2015) Hinter so mancher lieben Frau oder manchem scheinbar mitten im Leben – oder knapp daneben – stehenden

Mann verbirgt sich ein Mensch mit einer schweren dissozialen Persönlichkeitsstörung. Kennzeichen sind das weitgehende oder völlige Fehlen von Empathie, sozialer Verantwortung und Gewissen. Psychopathen sind auf den ersten Blick mitunter charmant, sie verstehen es, oberflächliche Beziehungen herzustellen. Dabei können sie sehr manipulativ sein, um ihre Ziele zu erreichen. Typisch für diese Persönlichkeitsstörung sind Verantwortungslosigkeit und Mißachtung sozialer Normen, Regeln und Verpflichtungen, fehlendes Schuldbewußtsein und geringes Einfühlungsvermögen in andere.

Die Wissenschaft vermutet, daß entsprechende Fehlregulationen bereits in früher Kindheit angelegt sind. Neurobiologisch konnte nachgewiesen werden, daß bei Psychopathie verschiedene Hirnregionen ein Struktur- oder Funktionsdefizit aufweisen. Unklar bleibt, ob diese physiologischen Defizite Folge oder Ursachen der Erkrankung sind und inwieweit die allgemeine gesellschaftliche Entfremdung in-folge der herrschenden Produktionsweise den

Ausbruch und das Fortschreiten psychopathischer Erkrankungen fördert.

Für die psychiatrische Diagnose von Psycho-pathen werden 20 Kriterien zugrundegelegt, die jeweils mit 0 bis 2 Punkten bewertet werden (keine, teilweise, volle Ausprägung). Ab 30 Punkten erfolgt die Diagnose Psychopathie. In der Praxis werden allerdings fast ausschließlich kriminelle Psychopathen diagnostiziert. Nichtkriminelle Psychopathen haben daher kaum Chancen auf eine Therapie. Generell wird eingeschätzt, daß Psychopathen schwer zu therapieren sind, weil die vermuteten pathologischen Ursachen durch verhaltenstherapeutische Behandlung gar nicht erreicht werden.

Ärztlichen Laien ist es faktisch unmöglich, dem von so einer Krankheit betroffenen Mitmenschen zu helfen. An der Unfähigkeit, Verantwortung zu übernehmen bei gleichzeitiger Mißachtung sämtlicher sozialer Normen und Regeln, cholerischem Verhalten und fehlendem Schuldbewußtsein muß letztlich jede längerfristige Beziehung scheitern. Oft ist es für den Hilfswilligen zuletzt eine Frage des Selbstschutzes, sich von dem Kranken fernzuhalten.

G.M. (Quelle: Wikipedia)

In den Vorbemerkungen des Audits wird festgestellt, daß diese Hauptverkehrsstraße auch für den Radverkehr eine wichtige Verbindungsfunktion erfülle. Der Gutachter übernahm hier unreflektiert Aussagen des städtischen Radnutzungskonzeptes.

Tatsächlich hat die Heegermühler Straße für jene Radfahrer eine gewisse Verbindungsfunktion, die aus westlicher Richtung direkt zum Bahnhof wollen. Denn es fehlt an vernünftigen Alternativen. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« hat solche Alternativen aufgezeigt. Für Radfahrende, die von Finow oder dem Brandenburgischen Viertel ins Stadtzentrum wollen (oder umgekehrt) bieten der Treidelweg oder die Wege entlang der sogenannten »Erlebnisachse Schwärzetal« über den Bahnübergang am Tierpark die besseren Alternativen. In der Heegermühler Straße sind vernünftige Radwege hauptsächlich für die Erschließung der Grundstücke entlang der Straße notwendig. Genügend Platz dafür ist auf den Gehwegen vorhanden, die allerdings in einen ordentlichen Zustand zu bringen sind.

Auch die Forderung »Mit der Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn sollen die Verkehrssicherheit sowie der Fahrkomfort verbessert werden« stammt aus dem Radnutzungskonzept.

Hier wird eine Wunschvorstellung formuliert. Es fehlt jeglicher Beweis, wie diese Radstreifen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöhen. Folglich können die Aussagen des Audits vielleicht richtig oder falsch sein, unbrauchbar sind sie in jedem Falle.

Immerhin stellt der Auditor den Zusammenhang mit der Fahrstreifenreduzierung für den übrigen Verkehr fest. Fälschlicherweise werden diese Einschränkungen lediglich auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) bezogen. Unerwähnt bleibt, daß auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) unter den Folgen leidet. Betroffen sind insbesondere die innerstädtischen Obuslinien, deren Taktzeiten wegen längerer Fahrzeiten ausgedünnt wurden.

Wichtiger Bestandteil des Verkehrsaudits ist eine Unfallanalyse. Dazu wurden die Unfälle aus einem Vorher-Zeitraum (21,71 Monate) und einem Nachher-Zeitraum (12 Monate) verglichen. Im Vorher-Zeitraum gab es acht, im Nachher-Zeitraum fünf Unfälle mit Personenschäden. Also weniger? Berücksichtigt man die unterschiedlichen Zeiträume, so hat sich die Häufigkeit von Unfällen mit Personenschäden nach dem Aufbringen der Radstreifen auf 0,42 Unfall je Monat von vorher 0,22 Unfall je Monat erhöht – mithin fast verdoppelt.

Im Verkehrsaudit heißt es dazu, daß sich die Verkehrssicherheit für den Radverkehr verbessert hat, also **nur** für den Radverkehr. Die deutliche Verschlechterung der Verkehrssicherheit für den übrigen Verkehr bleibt ungesagt.

Die Situation wurde nicht nur am Schreibtisch erfaßt, sondern es fand am 16. Mai 2018, einem Mittwoch, eine Ortsbegehung statt. Und zwar in der Zeit von 9 bis 11 Uhr, also zu einer verkehrsschwachen Zeit, und – wie extra betont wird – bei sonnigem Wetter. Wer diesen

Das Verkehrsaudit Heegermühler Straße:

Ein Glaubensbekenntnis

Gerne verwenden Stadtverordnete und Mitarbeiter der Stadt Eberswalde als Rechtfertigung für die Unsinnmaßnahme Radstreifen in der Heegermühler Straße den Hinweis auf das so genannte Audit. In der Ausgabe des Amtsblatts vom März 2018 war unter der Überschrift »Verkehrssicherheit für alle« sogar eine Aussage zu finden, wonach das vereinbarte Verkehrsaudit aufzeigen soll, welche Schwachstellen es gibt. Anderthalb Jahre lang reichte der bloße Verweis auf das bald kommende Audit, um in der Stadtverordnetenversammlung jegliche Versuche abzuwürgen, dem Unsinn Einhalt zu gebieten. Inzwischen reduzierte sich der innerparlamentarische Widerstand auf die Forderung, noch mehr Striche bzw. Pfeile auf die Straße zu malen. Seit Oktober liegt das Verkehrsaudit nun vor und ist inzwischen auch auf der Internetseite der Eberswalder Stadtverwaltung einsehbar (www.eberswalde.de/Strassensicherh.3318.0.html). Nachfolgend werden einige Formulierungen wiedergegeben und kommentiert.

Termin herausgesucht hat, wird vom Gutachter rücksichtsvollerweise verschwiegen.

Welche Ergebnisse liefert nun das Audit?

Allgemein wird »die Führung des Radverkehrs im Zuge der Heegermühler Straße auf Schutzstreifen hinsichtlich der Verkehrssicherheit als grundsätzlich richtig angesehen«. Diese grundsätzliche Ansicht beruht auf verschiedenen allgemeinen Untersuchungen – nicht auf den konkreten Bedingungen in der Heegermühler Straße. Denn dort liegen die »hohen Belastungen im werktäglichen Kfz-Verkehr ... im Grenzbereich für die Anwendung von Schutzstreifen«.

Mit dieser vorsichtigen Formulierung hat der Gutachter, so weit er sich das entsprechend seines Auftrags leisten konnte, die Schutzstreifen in der Heegermühler Straße faktisch als das dargestellt, was sie sind: Als Unsinn.

Dann folgen in unverständlichem Beamtendeutsch ausgedrückte Empfehlungen, wie Lichtsignalanlagen für Radfahrer angebracht und gesteuert werden könnten. Sehr vorsichtig wird angedeutet, daß offenbar falsche Signalgeber angebracht worden sind, die Radfahrende, die sich danach richten, eher gefährden als schützen. Ähnliches war an der Rathauskreuzung beobachtet worden (BBP 10/2018).

Ziemlich deutlich kritisiert der Auditor die vielen verkehrsabhängigen Ampelsteuerungen in Eberswalde, die hohe Dichte von Lichtsignalanlagen in dem von ihm untersuchten Abschnitt der Heegermühler Straße und die »ungünstige Koordinierung« der benachbarten Knotenpunkte Triftstraße und EKZ Westend.

Das alles steht der von ihm favorisierten »Grüne Welle« entgegen. Eine Umsetzung der Wunschvorstellung, bei der »Grünen Welle« sowohl den Kfz-Verkehr als auch die Radfahrer zu berücksichtigen, erscheint nur möglich, wenn der Kfz-Verkehr den Radfahrgeschwindigkeiten angepaßt wird, was dann zwangsläufig den Kraftverkehr verlangsamt – sofern dieser nicht ohnehin im Stau steht. Unberücksichtigt bleibt zudem der beschlossene Nahverkehrsplan des Kreises Barnim, wonach für den Obusverkehr bei den Ampeln eine Vorrangschaltung geschaffen werden soll. Das widerspricht natürlich der Grünen Welle.

Im Audit wird auch auf die nun in jeder Richtung überbreite Fahrspur für den Kfz-Verkehr eingegangen. Damit sei eigentlich Platz

für zwei Fahrspuren vorhanden, in der Praxis würden die Fahrzeugführer die überbreite Fahrspur aber nur einspurig nutzen. Allerdings würde eine zweispurige Nutzung durch PKW's ein konsequentes Rechtsfahrgebot voraussetzen, welches aber dann die seltenen Radfahrer auf dem Radstreifen gefährden würde. In der StVO der DDR stand im Paragraphen 1 das Wort »Verantwortung«. In der StVO der BRD fehlt das. Die BRD nimmt dem Verkehrsteilnehmer die Verantwortung ab und verlangt von diesem, daß er genau die Gesetzestexte einhält – was in der Praxis nicht funktioniert.

Konkret bedeutet dies für die Heegermühler Straße, der Fahrzeugführer muß entscheiden, wie weit er links vom Radstreifen entfernt fährt. Fährt er zu weit links, gerät er in die Gefahr, daß er rechts überholt wird, was aber nur innerörtlich und auf durch Markierungen getrennten Fahrspuren erlaubt ist. Auf überbreiten Fahrspuren darf man andere Fahrzeuge durchaus links überholen, aber nicht rechts an ihnen vorbeifahren. Diese neu geschaffene Gefahrenquelle wird im Audit – wohl auftragsgemäß – ausgeklammert.

Die beschränkte Fragestellung des Auftraggebers ist auch der Grund dafür, warum nicht die neu entstandenen Gefahren an den Stauenden in der Heegermühler Straße ausgewertet worden sind. Fragen, wie die steigende Luftverschmutzung, verursacht durch die längere Verweildauer des Kfz-Verkehrs als Folge der Fahrspurverengung, werden ausgeblendet.

Der Auditor hatte eine beschränkte Fragestellung zu bearbeiten und wurde vom Auftraggeber natürlich bezahlt, damit er dessen Vorurteile bestätigt. Der Auditor tat sein bestes, um sein Geld zu verdienen und trotzdem seinen Ruf als Gutachter nicht übermäßig zu beschädigen. So finden sich im Audit auch keine Beweise, die die Vorurteile des Auftraggebers bestätigen. Vielmehr bestätigt auch das Audit im wesentlichen die von der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« getroffene Einschätzung, daß die Einführung der Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße mit der gleichzeitigen Reduzierung der Fahrspuren für den übrigen Verkehr schlicht und einfach Murks war, der schleunigst rückgängig gemacht werden muß.

Dr. ULRICH POFAHL

Das Lebenselixier der Gesellschaft Geld

Leserbrief zu »Betrug mit System« (BBP 12/2018, S. 13)

... ein mutiger Artikel; ich würde sagen, daß er gewagt ist.

Das Thema, daß der Autor hier anschneidet, ist sicherlich schwierig. Irgendwie habe ich den Eindruck, daß es gewaltig an den Grundfesten unseres gesellschaftlichen Lebens rütteln soll. Das aber mit einem zugegebenermaßen kurzen Artikel schaffen zu wollen, halte ich eher für aussichtslos. Die Gefahr, die sich aus dieser Kürze ergibt, sehe ich in der Weglassung konkreter Beispiele und der damit verbundenen Möglichkeit, polemisch zu wirken. Vielleicht ist das aber auch gerade der rhetorische Trick, daß jeder Leser selbst Beispiele für die Anspielungen findet und dann den Artikel geistig vervollständigt. Ich befürchte nur, daß diejenigen, die sich eigentlich angesprochen fühlen sollten, doch eher den Artikel als polemisch interpretieren werden.

Grundsätzlich spricht mir der Artikel aus der Seele, denn ich habe viel erlebt und kann die angesprochenen Gedanken in meiner Geschichte wiederfinden. Ich sehe aber auch eine gewisse Ausweglosigkeit der angesprochenen Situation. Wenn aber der Autor mit absoluter Bestimmtheit den Sinn des Lebens definiert, ist das u.U. richtig gefährlich. Goethe nahm sich etwas mehr Zeit, den Sinn des Lebens zu ergründen. Er kam dann auf den Begriff des Gemeinwohls, der den Sinn des Lebens beschreiben soll. Das ist vielleicht gleichgelagert mit der hier gegebenen Auffassung, wird sich aber nicht in der unsrigen (und vielleicht auch keiner anderen) Gesellschaft niederschlagen.

Ich sehe da zwei Gesichtspunkte, die dafür verantwortlich sein können: Einerseits sind es die Individuen einer Gesellschaft selbst, die wegen ihrer Individualität jedes für sich einen anderen Sinn in ihrem Leben sehen. Mancher will etwas schaffen oder berühmt werden oder auch nur satt sein usw. usf. Der Sinn des Lebens wird also von jedermann anders aufgefaßt, je nach seinen Wünschen, die zu erfüllen er strebt. daß diese Wünsche und damit auch der Lebenssinn über die Zeit veränderlich sind, ist damit eingeschlossen.

Andererseits ist es das gesellschaftliche Konstrukt, das eigentlich dazu dienen soll, daß jeder seinen Sinn des Lebens finden kann. Die Gesellschaft ist aber außerstande, bei der Anzahl der verschiedenen individuellen Wünsche, auf jeden einzelnen einzugehen. Deshalb »erfand« sie das Geld, um damit meßbar zu machen, wie weit ein jeder bei der Erfüllung seiner Wünsche schon gekommen ist. So haben wir also die verrückte Situation, daß die freiheitliche Gesellschaft erst einmal jedermann in Aussicht stellt, seinen Sinn des Lebens erfüllen zu können. Aber der Weg dahin führt grundsätz-

lich über die Anhäufung von Geld.

... hier bleibt jetzt eine große Lücke in meiner Argumentation, die zu füllen wäre mit Antworten auf die Fragen:

- Wie und warum entstand das Geld? (Arbeitsteilung als positiver Effekt der gesellschaftlichen Entwicklung)
- Wie kann man aus Geld noch mehr Geld machen? (Ausbeutung und Zins)
- Welchen Zweck hat die Ausbeutung für die Gesellschaft? (würde eine Gesellschaft ohne Ausbeutung funktionieren?)
- Welche Wirkung hat das Geld? (weitere Entwicklung der Gesellschaft) usw.

Ohne also auf diese Fragen einzugehen, behaupte ich mal, daß die Gesellschaft ohne Geld nicht funktionieren kann. Daraus läßt sich dann sicherlich ableiten, daß die Anhäufung von Geld das Überleben der Gesellschaft garantiert. Mit Gesellschaft kann dann auch jede GmbH, jeder Betrieb und letztlich jede Wirtschaftseinheit gemeint sein. Das Streben nach Geld-Akkumulation verhindert also den Untergang. Was wundert es, daß nun viele Menschen gerade das als ihren Lebenssinn sehen.

Wie oben gesagt handelt es sich hier um eine ausweglose Situation. Jede Einschränkung dieser gesellschaftlichen Aufgabe führt zur Aufgabe der freiheitlichen Ordnung.

Natürlich ist es die Aufgabe einer solchen Gesellschaft, für die Erfüllung der Grundbedürfnisse ihrer Individuen einzutreten. Sollte sie das nicht machen, würde es zu einer revolutionären Situation führen und die Gesellschaftsordnung stünde vor wesentlichen Veränderungen.

Also sehe ich die Themen dieser Zeit in folgenden beispielhaften Fragen:

- Wie könnte eine neue Gesellschaftsordnung aussehen (ist sicherlich nicht zu beantworten, ohne wieder das Geld ins Spiel zu bringen)?
- Aber wo werden unsere Freiheiten beschnitten (also welche Freiheiten sind eigentlich erlaubt)?
- Was ist Ausbeutung und wo ist sie unerträglich?
- Wie sollte angehäuften Geld verteilt werden? (wie verschwendet der Staat die Steuereinnahmen?) usw.

Man sieht, hier kann man sich verlieren...

Natürlich verbleibt immer auch die Frage nach dem Miteinander der Individuen selbst. Denn gerade dort kann man gegebenenfalls noch erzieherisch einwirken.

Also habe ich mal meine Gedanken zusammengefaßt, die mir schon jahrzehntelang im Gehirn rumgeistern. Vielleicht konnte ich ja damit Ansatzpunkte für weitere Überlegungen geben.

ROLF SYDOW



Die allgemeine Ware und ihre Mysterien

Die bürgerliche Ökonomie betrachtet das Geld seit jeher als eine außerhalb der Warenwelt angesiedelte Größe. Die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie brach mit dieser Zweiweltentheorie und begreift das Geld als die ausgesonderte allgemeine Ware und damit als einen Bestandteil des Warenuniversums.

Da zu Marxens Zeit das Gold diese Stellung einnahm, wird seine Geldtheorie als eine Variante des Metallismus des 19. Jahrhunderts abgetan. Sie gilt daher als durch die Demonetarisierung des Goldes praktisch widerlegt und spielt in der gegenwärtigen Gelddebatte keine Rolle – zu Unrecht.

Der Marx'sche Ansatz ist nicht nur in der Lage die Irrationalität des Geldwesens aus der Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären; gerade die allgemein anerkannte Zweiweltenvorstellung ist für das geldtheoretische Totalversagen der VWL verantwortlich. Erst die Rückbesinnung auf das Marx'sche Geldkonzept erlaubt eine kategorial fundierte Analyse des zeitgenössischen Geldwesens und seiner inneren Gliederung.

Entgegen der landläufigen Sicht ist mit Aufhebung der Golddeckung die Geldware keineswegs verschwunden; vielmehr hat ein Wechsel der Geldware stattgefunden. Heute haben die von den Zentralbanken im Rahmen ihrer »Geldschöpfung« akkumulierten handelbaren Forderungen und Sicherheiten (z.B. Staatsanleihen) die Position der Geldware inne. Solche Forderungen repräsentieren Ansprüche auf zukünftigen Wert und stellen Waren 2ter Ordnung dar. Dieser Wechsel der Geldware war unabdingbar, um die Kapitalakkumulation aus der Abhängigkeit von vorgängiger Mehrwertproduktion zu befreien und auf eine breitere Grundlage zu stellen. Er hat aber auch neue Krisenpotentiale geschaffen. Das neue Geldmedium ist im Gegensatz zum Gold selber in den Krisen von Entwertung bedroht.

In seinem Aufsatz »Die allgemeine Ware und ihre Mysterien. Zur Bedeutung des Geldes in der Kritik der Politischen Ökonomie« erläutert und begründet ERNST LOHOFF diese Thesen ausführlich. Im anschließenden Dialog »Geld als Medium oder als (ausgesonderte) Ware?« diskutieren ERNST LOHOFF, HANNO PAHL und JENS SCHRÖTER das Verhältnis des Marx'schen Geldkonzept zu medientheoretischen Erklärungen des Geldes. In der Absicht, eine Brücke zu schlagen, erörtern die Diskutanten die Prämissen dieser Ansätze, ihre Gemeinsamkeiten und Differenzen. Aufsatz und Dialog sind im Rahmen der Projektgruppe »Gesellschaft nach dem Geld« entstanden.

Förderverein Krisis

Krisis 2/2018: Die allgemeine Ware und ihre Mysterien. Zur Bedeutung des Geldes in der Kritik der Politischen Ökonomie. Download von Krisis 2/2018 als PDF: www.krisis.org/2018/krisis218/.

Buchtip:

»AFTER WORK« – Arbeitest du noch oder lebst du schon?

Jeden Montag schon dem Wochenende entgegenfeiern? – ein erfülltes (Arbeits)Leben sieht anders aus. Das dachte sich auch Tobi Rosswog und wurde aktiv: er verschenkte, was er besaß, und zog mit seiner Freundin zwei Jahre lang durch Europa. Ohne Geld. Nun hat er ein Buch geschrieben, in dem er das System »Lohnarbeit« kritisch hinterfragt und praxiserprobte Alternativen mit uns teilt.

Die Diskussion um Sinn und Unsinn von Lohnarbeit ist nicht neu, doch trifft auf immer stärkere Resonanz. Momentan ist die voranschreitende Automatisierung einer ihrer Haupttreiber: Laut einer Studie der Universität Oxford wird fast die Hälfte der Beschäftigten in den USA in den nächsten zwanzig Jahren durch Computer und Algorithmen ersetzt werden können. Als Reaktion darauf sucht die Politik händeringend nach neuen Arbeitsfeldern.

»Doch warum eigentlich?«, fragt Tobi Rosswog, Autor von »AFTER WORK. Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit«. »Warum dreht sich bei uns so viel um das 'System Arbeit'? Warum verrichten so viele Menschen Tag für Tag Tätigkeiten, die mit ihren je eigenen Leben wenig bis nichts zu tun haben – um mit dem dabei verdienten Geld nach Feierabend endlich 'ihr' Leben leben zu können?«

In seinem im Oktober 2018 erschienenen Buch offenbart Rosswog die Schwächen des vorherrschenden Konzepts der Lohnarbeit und demonstriert, daß es auch anders gehen kann – ohne dabei untätig zu sein. Denn auf Lohnarbeit zu verzichten heißt nicht, sich auf die faule Haut zu legen. Es bedeutet vielmehr, ein selbstbestimmtes, verantwortungsvolles Leben zu führen und Sinnvolles zu tun.

»Die starr vorgegebenen Denkmuster von Arbeit, Eigentum, Geld- und Tauschlogik können wir Schritt für Schritt durchbrechen, sie neu denken und anders leben. Es geht um nichts Geringeres als einen Paradigmenwechsel!«, sagt Tobi Rosswog, der sein Buch als Einladung versteht, den eigenen Alltag zu verändern. Am Anfang steht dabei die zentrale Frage: Was brauche ich wirklich? Wer hier Zufriedenheit und ein soziales Miteinander über Geld und Konsum stellt, ist bei Rosswog genau richtig, und erfährt, welche Alternativen es zur materiellen Existenzsicherung gibt und wie sich das »Arbeitsleben« anders organisieren läßt: etwa durch Jobsharing, Arbeiten im Kollektiv ohne Chef oder das viel diskutierte Grundeinkommen.

Tobi Rosswog, »AFTER WORK. Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit«, 144 Seiten, Klappenbroschur, ISBN 978-3-96238-056-4, 15 Euro / 15,50 Euro (A). Auch als E-Book erhältlich.

Weitere Infos: www.tobi-rosswog.de, www.after-work-buch.de

Herausgesucht von Karl Dietz bei living.utopia

»Sinnvoll tätig sein«

Das Grundeinkommensprojekt in Heidenreichstein

Was möchtest du von Herzen gerne tun? – Diese Frage war Ausgangspunkt des von der Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel angestoßenen Projekts in der österreichischen Gemeinde Heidenreichstein: Langzeitarbeitslosen Menschen, die sich oft jahrelang umsonst um einen Arbeitsplatz bemühen, bringen ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft ein. Ganz ohne Druck von Seiten des AMS*. So wird ihnen wieder Selbstbewußtsein und Sinn vermittelt (vgl. »Was ist mein Weg?« in BBP 2/2018).

Durch die druckfreie Atmosphäre konnten sich die 44 Teilnehmer, Männer und Frauen aller Alters- und Bildungsschichten, durchwegs österreichischer Staatsbürgerschaft oder EU-Angehörige, zunächst einmal aufrichten. Sie hatten nichts zu fürchten, ganz im Gegenteil, sie bekamen Anerkennung und Wertschätzung dafür, wie sie ihr Leben meistern. Niemand lag in der sozialen Hängematte. Viele verrichten wichtige Tätigkeiten wie die Pflege von älteren Angehörigen und Kindern oder Hilfe in der Nachbarschaft. Und – nicht geplant aber eingetroffen – Rund ein Viertel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fand einen Arbeitsplatz.

Wie geht es mit dem Pilotprojekt »Sinnvoll tätig sein« weiter?

Nach der Verlängerung durch Intervention der Landeshauptfrau Mikl-Leitner bis 31.12.2018, Gesprächen im Sozialministerium und mit den Zuständigen im AMS haben wir uns gefragt: »Was macht Sinn?«

Holz

Chance für die ländlichen Regionen

Am Dienstag, den 29. Januar, findet an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) die Fachtagung »Die Renaissance des Baustoffes Holz – eine Option zur zukunftsorientierten Entwicklung der ländlichen Regionen Brandenburgs?« statt.

Seit einigen Jahren erlebt einer der erstaunlichsten Stoffe der Natur, das Holz, eine Renaissance als Baustoff. In der Schweiz wird bereits fast jedes fünfte mehrgeschossige Haus aus Holz errichtet. 2017 erhielt Hamburg nach nur elf Monaten Bauzeit ein Studentenwohnheim mit 371 Appartements ganz aus Holz. In Wien entsteht gerade das weltweit erste 84 Meter hohe, 24-stöckige Holzhochhaus.

Die Fachtagung »Die Renaissance des Baustoffes Holz«, widmet sich dem Thema und wirft zugleich Fragen auf, welche Möglichkeiten für die ländlichen Regionen Brandenburgs denkbar wären. Geladen sind acht Experten aus der Branche, die sich mit Perspektiven für den Holzbau, urbanen Gestaltungsmöglichkeiten und Anforderungen für die Ausbildung befassen. Zu letzterem informiert Prof. Dr. Ulrich Schwarz und stellt die Studiengänge am Fachbereich Holzingenieurwesen vor. Um 15 Uhr wird die Ausstellung »Woodland Sweden – Bauen mit Holz« im Zentrum für Erneuerbare Energien Hermann Scheer Eberswalde eröffnet.

ANNIKA BISCHOF

Wir wollen nicht nur einfach eine AMS Maßnahme umzusetzen. »Sinnvoll tätig sein« war ein Pilotprojekt, dieses werten wir nun aus. Wenn die Ergebnisse vorliegen wird im Mai neu entschieden, ob es ein Folgeprojekt gibt. Dafür haben wir nun Zeit. Die bisherigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden auf Wunsch auch weiterhin begleitet. Sobald die angekündigte Studie fertig ist, senden wir sie jenen zu, die dies beim Crowdfunding gewünscht haben. Wir blicken sehr zuversichtlich in das Neue Jahr!

Für das Projektteam: Karl A. Immervoll, Barbara Körner, Peter Preissl, Nadine Fürnweiger, Franz Sedlmayer, Franz Schandl

Spenden: Verein zur Förderung von ArbeiterInnen »STS«, Volksbank Niederösterreich, IBAN AT32 4715 0400 1939 0200, BIC VWBO EATW WOM. Mehr Infos auf www.bsowv.at

* AMS sind in Österreich Einrichtungen, die mit den Jobcentern in der BRD vergleichbar sind.

Wasser

Klimanauten in Eberswalde

Ein köstliches und kostbares Gut unserer Erde, das wir täglich brauchen, nutzen und um uns haben – oft ohne es zu bemerken. Zwei Drittel unseres Planeten sind mit Wasser bedeckt. Der menschliche Körper besteht zu über 50 % aus Wasser. Wir können 30 Tage ohne Nahrung überleben, aber nur 3 Tage ohne Wasser. Und Eberswalde ist deshalb eine so lang gezogene Stadt, weil es entlang des Finowkanals entstanden ist – einer Wasserstraße!

Es gibt viele Möglichkeiten, Wasser wahrzunehmen, zu achten und zu schützen. Denn weltweit ist es für uns Menschen und alle anderen Lebewesen der Erde in seiner Verfügbarkeit und Reinheit stark bedroht. Dabei ist es unendlich kostbar.

Am 17. Januar kam es im Café des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio im Rahmen der »Klimanauten«-Abendgesellschaft im zu einer kleinen poetischen Sinnesreise rund um eine der wertvollsten, vielfältigsten und bedeutendsten Ressourcen unseres »Blauen Planeten«. Als besonderer Gast konnte Paul Venuß vom ALNUS-Verein begrüßt werden.

Weitere Termine der Reihe »Klimanauten – Klimaschutz Hand in Hand« gibt es jeweils Donnerstag am 14. Februar zum Thema »Müll und Ressourcen«, am 14. März zur »Mobilität« und am 11. April zur Frage »Wie geht's weiter?«

ANJA NEUMANN

»Altparteien« und AfD – eine Sippschaft

von Christfried Lenz

Trägt sie ihren Namen eigentlich zurecht? Was ist alternativ an ihr? Sie macht die gleiche Politik wie die »Altparteien«, von denen sie sich absetzen will. Einziger Unterschied: Was jene hinter dem Rücken betreiben und mit anders lautenden Worten verschleiern, posaunt die AfD offen aus. CDU und SPD sprechen von »Klimakrise« und notwendiger »Dekarbonisierung«, tun aber alles, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bremsen. Die AfD sagt klipp und klar: der ganze Klimawandel ist nichts weiter als ein Schwindel der Windkraftlobby, jedenfalls aber nicht menschengemacht und nicht durch den Menschen beeinflussbar. Die Energiewende ist daher dummes Zeug und sollte sofort beendet werden.

Die angebrachte Verärgerung über die von FDP, SPD und CDU absichtsvoll geschaffene rechtliche Verunstaltung der Energiewende wendet die AfD gegen die Energiewende selbst. Die Vorgehensweisen der alten Parteien auf der einen Seite und der AfD auf der anderen ergänzen sich also – gewissermaßen Aufgabenteilung innerhalb einer Sippschaft. Es muß gar nicht mal sein, daß es hierzu bewußte Absprachen gibt, sondern die Charaktere, die es in diese Sphären der Gesellschaft zieht, haben einfach eine Affinität – wie die Charaktere in anderen Sphären auch.

Auch die von Konzernen und Großer Koalition seit einiger Zeit nachdrücklich gefahrene Strategie, die Kohle statt durch erneuerbare Energien durch Erdgas zu ersetzen, wird von der AfD lauthals propagiert: »Umweltfreundliches Flüssiggas: Schlüsselernergiequelle der Zukunft« heißt es in ihrem Antrag (vom 10.12.2018) an den Hamburger Senat auf Erstellung einer Studie für die Errichtung eines LNG-Terminals in Brunsbüttel, das auch von russischen LNG-Tankern angelaufen werden kann.

Bei der Flüchtlingsthematik haben wir es mit analoger Kooperation zwischen Altparteien und AfD zu tun. Im Fall von Afrika liegt besonders klar auf der Hand, daß wir Europäer durch den Kolonialismus die dortigen über Jahrtausende nachhaltigen Strukturen zerstört haben. Die Bildung von pro forma eigenständigen Staaten hat nichts daran geändert, daß der weiße Mann die gesamte Wirtschaft auf seine Interessen ausrichtet, das Potential des Kontinents und seiner Menschen ausbeutet und die Umwelt zerstört. Als Verursacher des Klimawandels sind wir nun auch noch dafür verantwortlich, daß wachsende Gebiete vollends unbewohnbar werden, so daß die Menschen fliehen müssen. Die logische Schlußfolgerung hieraus wären große Anstrengungen, um die von uns angerichteten Schäden vielleicht zum Teil zu heilen, zumindest aber durch Hilfe zur Selbsthilfe es den Afrikanern zu ermöglichen, sich in ihren Heimatländern eine Perspektive aufzubauen. Grundlegend hierfür wäre sicherlich, ihnen eine Energieversorgung durch Photovoltaik zur Verfügung zu stellen. Derartiges würde aber einen dicken Strich durch die bisherige »Entwicklungspolitik« machen, die zu großen Teilen nicht auf die Entwicklung der Afrikaner zielt, sondern auf die der Erträge des eingesetzten Kapitals.

Abgesehen von einigen bewundernswürdigen, aber kleinen Initiativen, die sich z.B. die



Foto: GERD MARMANN

Einführung der Photovoltaik in Afrika zur Aufgabe gemacht haben, schaut Europa ganz sachlich zu, wie Afrikaner ihre letzte Habe für die Fahrt übers Mittelmeer einsetzen, um dabei dann zu zehntausenden zu ertrinken. Die Schuld hieran wird »Schlepperbanden« zugeschoben – als ob es diese geben würde, wenn die Afrikaner in ihren Ländern eine Bleibeperspektive hätten! Menschen, die diesen Massenmord nicht mit ansehen können und einige Flüchtlinge vor dem Ertrinken retten, werden vom christlichen Abendland hieran gehindert.

Diejenigen, die es bis Deutschland geschafft haben, werden mit Haßparolen und Brandanschlägen begrüßt. Teile der Politik (und der Bevölkerung) verurteilen das als unmoralisch und fordern »Willkommenskultur«. Doch auch die Wohlmeinenden haben nicht verstanden: Es geht nicht um Moral, sondern um Fakten. In Afrika wird um die minimalsten Lebensvoraussetzungen gekämpft: Wasser, Weideland, Ackerland. Durch weiteres Schrumpfen der noch bewohnbaren Gebiete werden die Flüchtlingsströme weiter wachsen. Seitens der AfD wurde gesagt, daß wir dann unsere Grenzen mit dem Gewehr verteidigen müssen.

Die armen Flüchtlinge erschießen??? – Eine Welle der Empörung ging durchs Land. Doch machte die AfD-Äußerung nichts weiter, als die sich auf Menschenrechte, christliche Werte etc. berufende offizielle Politik auf den Punkt zu bringen. Oder ist es humaner, Menschen ertrinken zu lassen, statt sie zu erschießen? Massenweises Töten ist längst salonfähig. Die AfD dient auch an dieser Stelle den Altparteien als Sprachrohr.

Was wir statt Moral brauchen, ist der rasche Umstieg auf die erneuerbaren Energien. Mit diesem Wechsel werden Änderungen in der Gesellschaftsstruktur einher gehen. Durch die Erfindung der Dampfmaschine wurde ein neues Zeitalter eingeläutet. Dies kann bei der Um-

stellung von der fossilen auf die Sonnenenergie nicht anders sein. Doch während die industrielle Revolution zu Vermassung und Gleichschaltung führte, werden die erneuerbaren Energien aufgrund ihres dezentralen Charakters kleinteilige Strukturen fördern. Wenn der grundlegende Wirtschaftszweig – die Energieerzeugung – von wenigen Konzernen in die Hände von Millionen Bürgern übergeht, wird das mit einer breiten gesellschaftlichen Emanzipation und Höherentwicklung der Demokratie einher gehen – aber eben auch Verantwortungsübernahme durch Viele benötigen.

Vor diesem Neuland haben die Altparteien und die AfD gemeinsam Angst. Man hat keine Neugierde auf Neues, sondern fürchtet sich davor. Pioniergeist ist ein Fremdwort, man will im alten Trott weitermachen, so wie es schon immer war.

Es wird aber in keinem Fall bleiben, wie es schon immer war. Entweder gestalten wir die Änderung oder sie fällt über uns her.

Diejenigen, die mit Ersterem schon begonnen haben, sind nicht in der AfD und nicht in den Altparteien, aber z.B. in der »Bürgerenergiegenossenschaft Energiegewinner« (Köln). Im Interview mit Franz Alt (Transparenz TV vom 4.12.2018) sagt deren Mitglied Ramon Kempf: »Es müssen viele Akteure mitmachen. Es ist eben eine kleinteilige, dezentrale Geschichte. Es gibt eben nicht den einen oder die eine Gruppe großer Unternehmen, die das jetzt einfach macht für uns, es gibt auch nicht 'die Politik' oder 'die Partei', die das für uns macht, sondern es ist eine Frage des Selbsttuns. Und vielleicht muß der Mensch und der Bürger wieder erkennen, wozu er selbst auch in der Lage ist und wozu er selbst eben mächtig ist.«

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog der »Ökologischen Plattform« der Partei DIE LINKE (<https://www.oekologische-plattform.de/2019/01/altparteien-und-afd-eine-sippschaft/>). Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

A Iso suchten wir im Internet nach einer Reiseroute durch das Land. Wir fanden einen Reiseveranstalter, der eine Rundreise anbot mit Flug, Transfers, Übernachtungen und Frühstück. Den Rest wollten wir selbst organisieren.

Kurz vor der Reise wurde es hektisch. Unser Reisebüro gab seine Zahlungsunfähigkeit bekannt. Nach einer langen Woche Bängen, diversen Telefonaten und eMails dann die Erleichterung: Flug, Unterbringung und alle gebuchten Leistungen sind bezahlt – die Reise kann stattfinden. Am 8. November starten wir.

Mein Bruder kommt mit dem Zug aus Eberswalde nach Berlin – erlebt beim Zwischenhalt in Bernau erstmal hautnah das hiesige Bahnchaos. Anderthalb Stunden lang geht gar nichts. Kurz nach Mitternacht haben wir dann alles Gepäck ins Auto umgepackt. Wir müssen zum Flughafen in Frankfurt am Main. Dort startet das Flugzeug nach Madrid. Gegen 6 Uhr sind wir da und finden auch sofort den »Kiss&Ride«-Parkplatz und Birgit, die das Auto übernimmt. Sogar das Tanken (1,67 Euro/l) schaffen wir noch.

Es ist eine relativ kleine Maschine, eine Boeing 737-800, die uns nach Madrid bringt. Ein Marsch von fast einer halben Stunde ist nötig, um zum Abfluggate nach Übersee zu kommen. Hier müssen wir warten, ebenso im Flugzeug. Obwohl die Abflugzeit längst heran ist, steigen immer noch Leute ein. Doch die 25 Minuten Verspätung holt der Flugkapitän locker auf – und sogar noch mehr, so daß wir überpünktlich in Havanna landen.

Havanna

Dort ist es schwül-warm. Wir laufen zum Ausgang und laufen bereits vor den Gepäckbändern durch die Pass- und Visumkontrolle (vorhandene Touristenkarte). Auch eine nochmalige Sicherheitskontrolle erfolgt. Was folgt, erzeugt Unverständnis: Wir werden an einen Tisch zu einem Kubaner verwiesen, der unser Obst und Gemüse sowie die Wurst auspackt, mit Kopfschütteln und auf Spanisch kommentiert ... und eine Mülltonne öffnet, in die er unsere ganze Wegzehrung reinschmeißt. Wir können es nicht fassen – jedoch finden wir später im Reiseführer die Erklärung und als Begründung der kubanischen Behörden: Gesundheitsrisiko. Da das alles länger dauerte, ist unser Gepäck bereits auf dem Band, als wir ankommen. Jetzt noch eine letzte Kontrolle unserer Gepäckbänder – und geschafft: Wir sind in Kuba angekommen.

Nicht lange und unser Taxifahrer taucht auf. Er bringt uns in unsere Casa Particular (Privatunterkunft). Uns war es wichtig, nahe an den Kubanern zu sein – nicht fernab von ihnen in einem Touristenhotel. Unsere Casa war ein sehr schönes Häuschen im Vergleich zu den meist eher ärmlichen, die wir auf dem Weg vom Flughafen sehen konnten. Gastgeber Alex begrüßt uns und schließt die Türen auf. Drinnen ist es sauber und gepflegt. Es gibt sogar eine kleine Küche, in der man sich Tee, Kaffee

Rundreise auf der Insel (1):

Ich will nach Kuba

...sagte ich zu meinem Bruder Hartmut. Und zwar noch in diesem Jahr (2018). Wer weiß, wie lange man noch das revolutionäre Kuba erlebt, wenn Fidel nicht mehr ist.

oder ein wenig zu essen zubereiten kann. Zwei Zimmer – ein 2- und ein 3-Bett-Zimmer – teilen sich ein Bad. Wir sind allein in der Casa. Also gehört uns das Bad allein. Ich lobe alles und Alex freut sich.

Wir packen unsere kläglichen Essenreste aus, die wir retten konnten: Zwei Äpfel, einige Mandarinen, Walnüsse und ein Stück Gurke. Noch auf »Futtersuche« zu gehen, sind wir zu müde. Wir sind fast 48 Stunden auf den Beinen. Wir versuchen, mal mit (wegen der Hitze) und mal ohne Klimaanlage (wegen der Lautstärke) über die erste kubanische Nacht zu kommen. In Deutschland ist es bereits 5 Uhr.

Der erste Tag. Es ist der 10. November. Eddie zaubert für uns ein leckeres Frühstück: Mango, Bananen, Blutorangen, Maracuja, Espresso, Milch, Joghurtgetränk, Omelett, frittierte Bällchen, Tomate, Gurke, Brötchen mit Scheibenkäse... Um 9 Uhr startet die Oldtimer-Tour. Wir lernen verschiedene Sehenswürdigkeiten in unserem Stadtteil kennen: Den Platz, an dem die Stadt »La Habana« ausgerufen wurde, den Ort, an dem Che und seine Kampfgenossen landeten und die Galerie, in der man an Druckmaschinen selbst etwas herstellen kann. Am Nachmittag gehen wir selbst auf Entdeckungstour und finden auf dem Rückweg zu unserer Casa eine kleine, günstige Gaststätte mit sehr moderaten Preisen (Kaffee, süß, 50 ml, 4 Centavo; Bier + 1 Essen für 2,40 CUC*). An einer Tankstelle sehen wir die kubanischen Benzinpreise: 0,68 CUC (0,60 €) pro Liter.

Am nächsten Tag – wieder nach reichhaltigem und leckeren Frühstück – wandern wir per pedes eine Stunde zum José Martí Memorial am Platz der Revolution. Der Revolutionsplatz wird gesäumt vom Nationaltheater, der Nationalbibliothek und weiteren öffentlichen oder staatlichen Gebäude, wie das Innenministerium und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Von dem 105 Meter hohen Turm des Monuments bietet sich ein einzigartiger Blick über Havanna. Leider nicht für uns. Der junge Soldat, der am Monument Wache steht, bedeutet uns, daß am heutigen Sonntag das Monument geschlossen ist. Für uns war es ein Wermutstropfen, daß die Sonntagsruhe der Beschäftigten in Kuba höher gewichtet ist als der Umsatz, den die Touristen machen.

Die Touristen offenstehenden Alternativen (Nachclub, Bar) wollen wir uns nicht leisten. Nach gründlicher Überlegung laufen wir in Richtung Malecón. Das ist die berühmte Hauptstraße am Meer. Wir kommen an schönen spanischen Siedlerhäusern aus der Kolonialzeit vorbei und an einem Denkmal für Ethel und Julius Rosenberg, die Anfang der 1950er Jahre – der Hochzeit des Antikommunismus in den USA – wegen Atomspionage für die So-



»Für Frieden, Brot und Rosen werden wir uns dem Scharfrichter stellen«, steht auf dem Denkmal für Ethel und Julius Rosenberg, am 19. Juni 1953 in den USA ermordet wurden.

wjetunion trotz großer internationaler Proteste auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet worden sind (Foto).

In der Malecón finden wir ein Hotel und kaufen für 2 CUC 1 Stunde Internet. So können wir Familie und Freunde informieren. Gegenüber ist ein Einkaufszentrum offen. Wir sind neugierig und gehen rein. Parterre ist ein Stand mit Tischen und Bänken zum Sitzen. Auf einer Tafel steht, daß es abgepacktes Eis gibt – doch die Tiefkühltruhe ist leer. Aber in der daneben sind Eisbehälter. Der Junge Mann sagt allerdings: »Exit«. Warum, wissen wir nicht. Er will keinen Umsatz machen? Vielleicht hat er Feierabend. Nun, auf der nächsten Etage finden wir abgepacktes Eis und können es auch kaufen. Ein paar Schritte weiter trinken wir jeder noch einen Cuba Libre. Und auf dem Weg zur Casa finden wir auch noch einen Imbiß. Damit neigt sich unser zweiter und letzter Tag in Havanna dem Ende.

Am nächsten Morgen werden wir bereits um 7.30 Uhr zum Busbahnhof (VIAZUL) gebracht. Unsere Bus-Vouchers (Reservierungen) hatte uns Alex bereits am ersten Tag gegeben. Die Fahrt ist bezahlt, wir müssen die Vouchers noch in Fahrkarten umtauschen. Unser Ziel ist Viñales im Westen der kubanischen Insel. Darüber mehr in der nächsten Ausgabe.

KORNELIA LUBKE

* CUC = Kubanischer Peso convertible, 1 Euro entspricht etwa 1,14 CUC

Heidekrug geht ins neunte Jahr

Auch 2018 haben die ehrenamtlichen Aktiven vom KULTURHAUS HEIDEKRUG 2.0 e.V. in Joachimsthal wieder fast sechzig Kulturveranstaltungen mit insgesamt mehr als 2.200 Besuchern organisiert. Das Jahr begann im März mit einem ausverkauften Konzert des Liedermachers Gerhard Schöne, zu dem mehr als 220 Besucher in den Heidekrug kamen. Weitere Konzerte gab es mit dem Brandenburgischen Konzertorchester, FloBêr, der Bolschewistischen Kurkapelle Schwarz-Rot, den Deadful Greats, Bastian Bandt sowie Nadja Korovina, Valentin Butt und dem Gesangsverein »Eintracht« Friedrichswalde.

Allein 40mal hieß es freitagabends im Heidekrug »Film ab«. Das kommunale Kino mit seinem anspruchsvollen und abwechslungsreichen Programm hat sich in der Region etabliert. Höhepunkt und Besuchermagnet war dabei die Vorführung von Andreas Dresens aktuellem Streifen »Gundermann« Anfang Dezember, zu dem 97 Besucher in den Heidekrug kamen. Andere sehr gut besuchte Filme mit 60 und mehr Zuschauern waren »Der wunderbare Garten der Bella Brown«, die Komödie »Vorwärts immer!« in Anwesenheit des Eberswalder Schauspielers Shortie Scheumann und das Drama »Das schweigende Klassenzimmer«.

Das kommunale Kino wird nach der Winterpause ab März 2019 fortgesetzt. Wie schon 2018 wird auch im kommenden Jahr der Dokumentarfilm einen festen Platz haben. Der Eröffnungsfilm am 1. März ist Annekatrin Hendels Porträt der Familie Brasch. Am 28. Juni wird im Rahmen der Joachimsthaler Fontane-Woche der Film ODERLAND. FONTANE von Bernhard Sallmann gezeigt.

Dreimal lud der Heidekrug 2018 zum Kinderkino ein und begeisterte hunderte kleiner Besucher aus Hort und Kitas des Amtes mit »Shaun das Schaf« in den Osterferien, »Das kleine Gespenst« in den Sommerferien und Bilderbuchkino an Nikolaus. Kinderkino wird es auch 2019 wieder geben.

Auch das Wanderkino im Skulpturengarten ist inzwischen zur Tradition geworden. Am 30. August 2019 gibt es wieder Stummfilmklassiker mit virtuoser Musikbegleitung durch Gunthard Stephan und Tobias Rank.

Nachdem 2018 kaum Theaterveranstaltungen im Heidekrug stattfanden, wird es ab 2019 wieder vermehrt Gastspiele der Uckermärkischen Bühnen Schwedt geben. Der Heidekrugverein und die Uckermärkischen Bühnen haben eine entsprechende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Den Anfang macht am 4. Mai 2019 das Kammermusical »TraumFrauen«.

Auch das Programm für MUSAIK, das Joachimsthaler Musikfest steht bereits: Am 24. Mai spielt das Uckermärkische Folkorchester zum Tanz; am 25. Mai das SkaZka Orchestra.

Nachdem mutige Vereinsmitglieder und Besucher beim House-Running in Zusammenarbeit mit dem Kletterwald Schorfheide im April

2018 mit dem Kopf voraus die Giebelwand des Joachimsthaler Amtsgebäudes heruntergelaufen sind, arbeitet der Verein bereits an einer neuen Idee für das traditionelle Outdoor-Wochenende im April 2019.

Seit August 2018 dreht ein Team um Oliver Hohlfeld unter dem Motto »Flucht ins Grüne« im Rahmen des Programmes »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit einer Gruppe von 17 Jugendlichen an einem Dokumentar- und einem Spielfilm. Die beiden von den Jugendlichen erarbeiteten Filme werden im März im Heidekrug vorgeführt werden. Auch die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendclub wird der Heidekrugverein 2019 fortsetzen. Unter anderem wurde im November 2018 ein Workshop zum Thema digitale Bildbearbeitung durchgeführt.

Das Organisieren und Durchführen so vieler Veranstaltungen macht Spaß, ist aber mit viel Arbeit verbunden. Es werden deshalb weiterhin interessierte Menschen aus Joachimsthal und Umgebung gesucht, die die eine oder andere Aufgabe übernehmen und sich mit eigenen Ideen einbringen wollen. Mailen Sie an info@heidekrug.org oder sprechen Sie die Vereinsmitglieder bei den Veranstaltungen an. Sie können den Saal auch für eigene Veranstaltungen oder Feierlichkeiten mieten.

Außerdem wird weiterhin um Spenden gebeten, die vollständig in die Erhaltung und Ausstattung des Saales und die Fortsetzung des Kulturprogramms gehen. Die Vereinsmitglieder selbst arbeiten ausschließlich ehrenamtlich.

Spenden können auf das Konto des Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. bei der Sparkasse Barnim Eberswalde eingezahlt werden (IBAN: DE68 1705 2000 3000 0555 91, BIC: WELADED1GZE). Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Internetseite unter www.heidekrug.org. Dort findet sich auch das aktuelle Programm mit ausführlichen Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen.

GISBERT AMM

ver.di-Lyrikpreis 2018

Der mit 3000 Euro dotierte ver.di Literaturpreis Berlin-Brandenburg, der für das Genre Lyrik ausgeschrieben war, geht an die in Berlin lebende Autorin Kathrin Schmidt für das Buch »waschplatz der kühlen dinge«, erschienen 2018 im Verlag Kiepenheuer & Witsch. Der Jury gehörten die Brandenburger Autorin Dr. Ingeborg Arlt, der Berliner Autor Michael Wildenhain sowie die Leiterin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Susanne Stumpfenhusen, an.

Die feierliche Preisverleihung findet am 29. März 2019 in der ver.di Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10 in 10179 Berlin, statt.

ANDREAS KÖHN

Der ideale Lebenszweck

*Hast du schon mal nachgedacht,
was den Sinn des Lebens macht?
Ist denn dein Sinn auch der Meine?
Machen Sinn denn diese Reime?*

*Immerhin die Zeit vergeht,
mit und ohne Reim besteht
sie auch ohne mich und dich.*

*Ob ich schlafe oder wache
ist kein Sinn in dieser Sache,
Tu ich was, vergeht sie auch.
»Zeit ist Geld« sprach schon die Mutter!*

*Lasse ich die Zeit vergehen -
bleib zu Hause, das ist schön.
S' Geld bleibt bei mir in der Zeit.
Agiere ich und gehe aus
komm ich ohne Cent nach Haus!*

*Geh ich unter meine Brause,
koch mir Kaffee, eß ein Brot,
zahl ich später diese Taler
Mehrwertsteuer oberdrauf.
Das ist es Finanzamts wegen.*

*Flügel für die Staatswirtschaft.
Mein Leben dann für Deutschland schafft.*

*Stürbe ich, wär weg das Geld,
weil die Feier schon bestellt,
wo ihr alle meine Lieben
meine Seele sauft nach drüben,
wo sie alle sind geblieben.*

WALTRAUD VOIGT

Abriß fördert Wohnungsbau?



Foto: PRESTEV

Mit der Übergabe von 340.000 EUR an Fördermitteln für den Abriß ist uns die Förderung des Wohnungsbaus gelungen, so Brandenburgs Bauministerin Kathrin Schneider. Hier posiert sie gemeinsam mit Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski bei der Bescheidübergabe an den - wie es aussieht - glücklichen Geschäftsführer der Eberswalder-Finower Wohnungsgenossenschaft Guido Niehaus.

Terminänderung: Die gemeinsamen Aufstellersversammlung von BVB/Freie Wähler mit der BI B167neu für die Kommunalwahlen findet nunmehr am Dienstag, den 5. Februar, 18 Uhr, bei der FFW Clara-Zetkin-Siedlung statt. O.D.

Vor 47 Jahren:

Der Radikalenerlaß – Aufhebung der BRD-Demokratie

Der sogenannte Radikalenerlaß basierte auf einer Besprechung der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) am 28. Januar 1972, in der ein einheitliches Vorgehen aller Bundes- und Landesbehörden gegen »Extremisten« im öffentlichen Dienst vereinbart wurde. Gemeint waren damit Linksradikale aus der außerparlamentarischen Opposition und Studentenbewegung, die im offiziellen Sprachgebrauch als Extremisten gebrandmarkt und gerne mit den Nazis in einen Topf geworfen wurden.

Alle Bewerber für ein Amt des öffentlichen Dienstes wurden durch eine »Regelanfrage«

28. Januar 1972: Der Radikalenerlaß* Vertrautes Einstellungsgespräch

Die Frage
nach Ihrer Einstellung
ist berechtigt.
Ihre Einstellung
hängt ab
von
Ihrer Einstellung.

Das muß Sie nicht irritieren!
Ihre Einstellung
determiniert ja nicht nur
ob,
sondern auch
wie
Sie bei uns arbeiten.

Für Sie
ist zunächst das
Ob
entscheidend.
Deshalb fragen
Sie uns nach
Ihrer Einstellung.

Für uns
ist aber das
Wie
entscheidend.
Deshalb fragen
wir Sie nach
Ihrer Einstellung.
Das müssen Sie schon gestatten!

Kurz,
wir wollen das gleiche.
Es geht schließlich um
Ihre Einstellung.
Antworten Sie also
freimütig -
das bleibt aber unter uns.

HARTMUT LINDNER, (Dez.1980)

beim Verfassungsschutz auf ihre Verfassungstreue hin überprüft und bei begründeten Zweifeln nicht eingestellt. Beamte, die durch ihr Verhalten oder die Mitgliedschaft in »verfassungsfeindlichen Organisationen« (z.B. der DKP, einer Partei die nicht verboten war) Zweifel an ihrer »Verfassungstreue« weckten, wurden aus dem Dienst entfernt.

Im Zuge dieser Praxis wurden 3,5 Millionen BRD-Bürger vom Verfassungsschutz überprüft, kam es zu mehr als 11.000 Verfahren und mehr als 250 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst sowie 1.250 Nichteinstellungen von Bewerbern. Achtzig Prozent der Betroffenen waren Lehrkräfte und zehn Prozent Hochschullehrer. Wirksamkeit entfaltete der »Extremistenbeschluß« vor allem gegen Anhänger linker politischer Überzeugungen. (Das konnten in Bayern, z.B. der Berufsschullehrer Offergeld, auch Mitglieder der SPD sein.)

Der Radikalenerlaß und die faktische Verhängung von Berufsverboten (Schulen und Universitäten, die Bahn und die Post wurden damals ausschließlich vom Staat betrieben, der dort ein Ausbildungsmonopol hatte) stießen auf wachsenden Widerstand, so daß diese Praxis in den 90er Jahren aufgegeben wurde. Bayern schaffte als letztes Bundesland 1995 die »Regelanfrage« beim Verfassungsschutz ab.

Das Bundesverfassungsgericht erhob keine grundsätzlichen Einwände gegen den Erlaß, insistierte aber auf der Einzelfallprüfung und Nachvollziehbarkeit der Ablehnungsverfahren. Es erkannte keine Kollision der Praxis des Radikalenerlasses mit den im Grundgesetz garantierten Grundrechten (Art. 3, Art. 5, Art. 12) und dem Recht zur Bildung von politischen Parteien (Art. 21).

Mehrere Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte von Betroffenen hatten Erfolg und führten zu Wiedereinstellungen und Schadenersatzleistungen.

Diese Praxis trieb seltsame Blüten:

»Um der besonders im europäischen Ausland geäußerten Kritik (so der französische Politologe Alfred Grosser [geb. 1925] am 12. Oktober 1975 in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche) am Extremistenbeschluß begegnen zu können, gab die Bundesregierung in den 1970er Jahren rund 70 Millionen DM für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aus. (Drucksache des Deutschen Bundestages 2761, 8. Wahlperiode, 1979)«. (Historisches-Lexikon.Bayerns.de)

Eine Rehabilitierung vieler Betroffener steht auch heute noch aus.

HARTMUT LINDNER

www.barnimer-buergerpost.de

100 Jahre KPD – Räterepublik ade

Mit dem Aufruf zur Gründung einer Deutschen Räterepublik und der Konstituierung einer Kommunistischen Partei zur politischen Führung mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als deren Führungspersönlichkeiten, zur Jahreswende 1918/19 kam es zu einer breiten Diskussion innerhalb der deutschen Arbeiterklasse. Im Gefolge der reformistischen Haltung vieler, eigentlich kriegsverdrossener halbproletarischer und kleinbürgerlicher Elemente, spaltete sich die zahlenmäßig starke linke Parteienlandschaft.

Durch Kompromisse der SPD zum Verbleiben alter konservativer Politiker und Ökonomen, sowie des Armeekorps aus dem Deutschen Kaiserreich wurde die begonnene Revolution abgewürgt.

Zu den ersten Opfern der jungen Republik – unter der Führung der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Noske und Größen des alten Staatsapparates – waren in den blutigen Weihnachts- und Januartagen die Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Am 15. Januar 1919 wurden sie durch die Soldateska des »Bluthundes« Noske meuchlings ermordet.

Die Berliner Arbeiter trugen die teuren Toten in einem gewaltigen Trauerzug zum Friedhof Friedrichsfelde zu Grabe.

Wie es mit der Weimarer Republik weiterging haben viele, von denen heute noch einige leben, am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Die Unbrauchbarkeit einer halben Revolution steht uns bis auf den heutigen Tag sichtbar vor Augen. Durch Millionen Tote geprägtes Leid, in Bombennächten geschundenes Land und Hungerzeiten nach dem 2. Weltkrieg schworen die Menschen zusammen mit jenen, die den Terror der Konzentrationslager überlebt haben: NIE WIEDER KRIEG! Stehen wir auf, wenn in diesen Tagen auf zahllosen Treffen und Veranstaltungen zu Ehren von Rosa und Karl an die schlimme Zeit erinnert wird. Treten wir dem Vergessen entgegen, wenn schon wieder kriegslüsterne Medien ihre »Litaneien der Bedrohung« unserer sogenannten Wertegemeinschaft durch Waffengeklirr das konsumverwöhnte Volk einschüchtern wollen.

Wir haben die Möglichkeit genutzt, diesem geradezu verbrecherischen Treiben Widerstand entgegen zu setzen, indem wir in aller Öffentlichkeit an den Mut und die Tapferkeit tausender Friedenskämpfer in aller Welt durch Teilnahme an den Ehrungen für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch W.I. Lenins, erinnerten.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Geburtstagsgruß für die Rote Oma

Herzlichen Glückwunsch zum 95. Geburtstag, liebe »Rote Oma«. Leider war das nur ein Gedanke, als ich im Krankenhaus lag, genau unter dem Landeplatz des Heliokopters.

Die »Rote Oma« hatte nämlich am Neujahrstag ihren 95. Geburtstag und ich wäre gern mit dem Helikopter zu ihr nach Gartz geflogen und hätte die alte Genossin umarmt und ge-

drückt. Leider war meine Gesundheit so angeschlagen, daß ich es nicht realisieren konnte. So waren die Nachmittage, an denen wir bei dem Kaffee saßen und gemeinsam feierten nur eine Erinnerung. Ich wünsche der »Roten Oma« nicht nur das Beste zum Geburtstag, sondern auch alles Gute für das neue Jahr.

NORBERT GLASKE



Zu viert fuhren wir am Neujahrstag nach Gartz, um der »roten Oma« ELISABETH MONSIG zu ihrem 95. Geburtstag zu gratulieren. Norbert hatte vom Krankenhaus aus organisiert, daß wir mit seinem PKW dorthin fahren konnten. Sein Sohn Hartmut war der Chauffeur der kleinen DKP- und RotFuchs-Delegation aus Eberswalde. Und wir waren nicht die einzigen Gäste.

Elisabeth freute sich sehr. Sie bekam ein Gitarrenständchen und anschließend sangen ihre Gäste gemeinsam Kampflieder. Und natürlich blieben die Gespräche nicht unpolitisch. Nachdem die Genossinnen und Genossen aus verschiedenen linken Parteien einschließlich der Parteilosen sich einig waren, daß es Zeit wird die linken Kräfte zu einer Einheitspartei zu bündeln, machten sich die ersten Gäste aus Leipzig und Neubrandenburg auf den Heimweg. Elisabeth bedankte sich mit den Worten »Es war ein sehr schöner Geburtstagsnachmittag – Danke liebe Klassenkameraden«. E.L.

Buchtip:

Ich will eine Eiche sein · eine lyrische Lebensbeschreibung

Lyrik von Kurt Kretschmann, dessen Todestag sich am 20. Januar zum 12. Mal jährte

Kunersdorf · Findling, Buch- und Zeitschriftenverl., 2008 140 S., 978-3-933603-42-5, Inhaltsverzeichnis via DNB: <http://d-nb.info/987833766/04> (wiki.aki-stuttgart.de/mediawiki/index.php/Kurt_Kretschmann)

Mit 19 Jahren, im Sommer 1933, hatte Kurt Kretschmann seine Arbeitsstelle aufgegeben, war nicht bereit, Uniformen zu nähen.

Zurückgezogen führte er sein Leben in einer Laube mit Garten am Rande der Wälder östlich Berlins. Ein Leben in äußerster Bedürfnislosigkeit, aber in Freiheit. In diesen wenigen Jahren bis zur Einberufung in die faschistische Wehrmacht 1936, in dieser kurzen Phase seines selbstbestimmten Lebens, begann seine Dichtkunst. Er erlebte die Beglückung einer Freundschaft, Muße in der Natur, und Freude beim Abfassen eigener Verse, beim »Verdichten« von Gedanken, Empfindungen, Erlebnissen.

In der schweren Phase seines Lebens als Soldat im Strafbataillon in den Weiten des Ostens an vorderster Front entstanden wieder Gedichte, Gedichte gegen den Krieg, Gedichte an sein geliebtes Erntchen, sie gaben Überlebenskraft.

Dann die Jahre des Wiederaufbaus, zusammen mit seiner Frau Erna das Wirken für den Schutz der Natur, dieses »Leben in Harmonie« ließ wieder Gedichte reifen, über die Natur, den Naturschutz, den Vegetarismus, den Pazifismus, und zunehmend über seinen Garten. Aber auch die politischen Ereignisse, die Unvernunft der Menschen.

Schließlich die vielen Gedichte der letzten Jahre, meist in schlaflosen Nächten ersonnen, am Morgen bei zuletzt immer schwächer werdendem Augenlicht aufgeschrieben. Sie gaben seinem Leben bis zuletzt Inhalt, geistige Anregung, Auseinandersetzung mit Fragen der Zeit.

Am Ende seines Lebens hinterließ er uns über 300 Gedichte, davon wurden 87 für den Druck ausgewählt, nach Themen geordnet und erscheinen in diesem Lyrikband.

Herausgesucht von Karl Dietz

Vorgestern und Morgen

Ich bin zwar von Vorgestern, mache mir jedoch Sorgen um Morgen.

Wie der Wind übers Land fegt, so fliegen uns ständig Worte um die Ohren, wie Bundeswehr-Notstand, Verteidigung im Ausland, Sicherheit, Aufrüsten, Europa-Armee, Nato-Bündnis, Wirtschaftskrieg, Sanktionen, Boykotte, Embargos, Attentate, Diktatoren, Flüchtlinge, Abschiebungen, Mangel an Helfern, an Ärzten, Lehrern, Kindergärten. Es fehlen bezahlbare Wohnungen. Familien werden auf die Straße gesetzt, werden unverschuldet obdachlos, arbeitslos usw.

Verantwortlich sind die gewählten Volksvertreter. Sie vertreten ja unsere Interessen!!! Aber ist das wirklich so?

Die BRD ist angeblich ein reiches Land. Der Staat hat circa 2 Billionen an Schulden. Wenn ich mir einen Porsche auf Pump kaufe, steht das nicht auf der Motorhaube geschrieben. Also könnte ich mit dem schicken Ding so richtig auf den Putz klopfen, genau so wie behauptet wird, die BRD sei ein reiches Land.

Ja, schuldenreich ist der Staat. Und der Staat, das sind wir, die Bürger.

Man redet gerne von unserer Wertegemeinschaft. Wir arbeitenden Bürger schaffen Werte, die gigantisch sind, das mag sein, aber wer streicht die gigantischen Gewinne ein?

Es gibt nachweislich hunderte Millionäre und Milliardäre in der BRD und nachweislich hunderttausende verarmte Menschen.

So sind die Werte verteilt in unserer Wertegemeinschaft.

Wir produzieren und verschwenden. Der Planet stöhnt unter dieser Last. Haben wir das Recht, die Erde so zu behandeln?

Angetrieben von Macht und Geldgier wird die Rüstungsproduktion gesteigert. Faschismus breitet sich aus. Haben rohstoffreiche Staaten überhaupt eine Chance selbstbestimmt zu existieren, sich vor uns zu schützen? Warum wohl will von der Leyen Deutschland militärisch an die Spitze Europas bringen? Geht's um Bodenschätze die wir nicht besitzen?

Kann man stolz sein auf diesen Staat?

Die Rote Oma aus Gartz macht sich Gedanken – Und ihr?

ELISABETH MONSIG

Anzeigen

Lieber Vati, Opa und Uropa,

wir wünschen Dir von ganzem Herzen auch im kommenden Lebensjahr viel Optimismus, Lebenskraft, Freude mit Deinen Kindern, Enkeln und Deiner Urenkelin sowie immer den nötigen Humor für alle Lebenslagen.

Deine Kinder Hartmut und Kornelia,
Deine Enkel Ronny und Birgit und
Deine Urenkelin Lilly Nike

Wandertips

von BERND MÜLLER

Hohe Tannen Freienwalder Waldkomplex

Sonntag, 10. Februar,

Klaus Schluchter führt auf einer 7 km Wanderung durch düstere Gründe und dunkle Wälder. Das Landschaftsschutzgebiet Freienwalder Waldkomplex ist ein romantisches Wandergebiet mit wechselndem Waldbestand und lädt förmlich zum Wandern ein. Kaffeerast in der Köhlerei ist eingeplant.

Treff: 11.00 Uhr Alte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Durch den Schloßpark Freienwalde

Sonntag, 17. Februar, Affenschaukel, Liebeslaube und Königin Luise Blick,

Wohl kaum ein Schloßpark bietet so viele Wanderwege, welche sich rund um den Apothekerberg schlängeln. Heute laden die NaturFreunde Corinna Gerber und Bernd Müller auf einen Sonntagsspaziergang ein, um die geheimnisvollen Wandelgänge mit herrlichen Sichten zu besuchen. Dabei werden Affenschaukel, Liebeslaube und der Königin Friederike Luise Blick besucht. Eine kleine Führung in der Nikoleikirche ist angedacht.

Treff: 13.30 Uhr Touristinformation (gegenüber Kirche), Uchtenhagenstr. 3, Bad Freienwalde

Eiszeitwanderung am Freienwalder Canon

Sonntag, 24. Februar, 13 km

Die Strecke geht immer leicht bergab, so daß sie leicht zu gehen ist. Um die Tour zu einer Rundtour zu machen starten wir mit dem Bus ab Busbahnhof (11 Uhr) und fahren 8 Kilometer bis Wollenberg (Busfahrkarte 2,20 Euro). Hier starten wir die 13 km Wanderung (Oderlandweg) und passieren zuerst die barocke Kirche und die Angerhütte. Die Wanderung führt weiter zur Hubertushütte, welche bereits im Wald liegt und Lisbeth Lenz Hütte. Bei Rädikow (Mittagsrast) biegen wir ins beschauliche Brunnental ein. Vorbei an 6 romantischen Mooren und abwechslungsreichem Waldbestand passieren wir die Lärchenhütte, die Brunnentalhütte und die Stadtwaldhütte. Die Landschaft erinnert an Mittelgebirge. Kurz vor der Fachklinik Moorbad legen wir eine Rast ein, bevor wir über Kurpromenade und Terrainweg wieder die Schloßparkambulanz erreichen. Wanderleiter Klaus Schluchter bürgt für Wandermusik.

Treff: 10.45 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Am Bahnhof, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Vorschau:

Winterwanderung im Nadelwald und Schweine-suhle am Sonntag, den 3. März.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wander-mueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

SPD-LINKE-CDU-B90/Grüne wollen Landesverfassung ändern:

Ausnahme zur Schuldenbremse

Vom 1. Januar 2020 an gilt für die Länder das Neuverschuldungsverbot gemäß Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz. Es sieht vor, daß die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen sind. Artikel 109 Absatz 3 Satz 5 räumt den Ländern zugleich das Recht ein, die Schuldenregel im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen auszugestalten.

Dazu haben sich die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne im Brandenburger Landtag verständigt und wollen einen entsprechenden Passus in der Verfassung des Landes Brandenburg verankern.

Außerdem soll die Landeshaushaltsordnung so geändert werden, daß die laut Grundgesetz ab 2020 zulässigen Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot in besonderen Fällen auch für Brandenburg gelten. Die Gesetzentwürfe zur Änderung der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung wollen die vier Fraktionen jetzt in den Landtag einbringen, womit eine fristgerechte Umsetzung sichergestellt ist.

Der SPD Fraktionsvorsitzende MIKE BISCHOFF erklärt dazu: »Brandenburg hat schon in den vergangenen Jahren keine neuen Kredite aufgenommen und gezeigt, daß Zukunftsinvestitionen mit Schuldenabbau Hand in Hand gehen können. Wir wollen Zusammenhalt und Lebensqualität in allen Regionen dauerhaft sichern – dazu ist eine solide Haushaltspolitik ebenso wichtig wie der Er-

halt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Mit der Änderung von Landesverfassung und Haushaltsordnung gewährleisten wir beides.«

Der finanzpolitische Sprecher der CDU STEEVEN BRETZ verdeutlicht: »Ohne landeseigene Regelung würde ab 2020 die bundesweite Schuldenbremse greifen und Brandenburg hätte keinen Spielraum in konjunkturellen Schieflagen oder bei Naturkatastrophen mehr. Deswegen haben wir uns lange für eine Brandenburger Lösung eingesetzt und finden gut, daß diese jetzt auch kommt. Wir werden in Zukunft, wann immer es geht, Alt-schulden abbauen und haben gleichzeitig die Möglichkeit, auf Ausnahmesituationen zu reagieren.«

RALF CHRISTOFFERS, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion betont: »Wir sind vom Bund verpflichtet, die Schuldenregel umzusetzen. Mit der Verankerung in der Brandenburger Verfassung und der Ausgestaltung in der Haushaltsordnung ermöglichen wir dem Land aber einen maximalen Spielraum und können so bei Konjunkturveränderungen oder Notlagen gegensteuern. Das ist eine wichtige Basis, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes weiter zu gestalten.«

AXEL VOGEL, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen unterstreicht: »Nach langem Anlauf steht die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unmittelbar bevor. Sie wird so ausgestaltet, daß die Handlungsfähigkeit des Landes auch bei Konjunkturinbrüchen und in Notsituationen gewahrt bleibt. Die Rechte des Parlaments werden festgeschrieben und eine Regelung zur Tilgung der Alt-schulden im Begleitgesetz verankert. Dies ist ein deutliches Signal, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen in grundsätzlichen Angelegenheiten im Brandenburger Landtag möglich ist.«

NORBERT GLASKE

ANJA KREISEL

Das dümmste Tier

Kein Tier ist so blöd und vernichtet seine Lebensgrundlage. Soetwas tut nur der Mensch. So kann man wohl sagen: Das dümmste Tier auf der Welt ist der Mensch.



JAZZ/FUNK/BLUES
im Studiclub
Schicklerstr. 1, Eberswalde

SUPER 8
(Berlin, Jazz/Funk)

P&F Blues Company
(Eberswalde, Blues/Funk)

1. Februar 2019
Beginn 20:00

Bürgerpost-Autoren 2018

Im Jahr 2018 beteiligten sich insgesamt 119 Autorinnen und Autoren an der inhaltlichen Gestaltung der »Barnimer Bürgerpost« (2017: 147, 2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Namentlich gilt unser Dank:

Michael Ahlers, Gisbert Amm, Dr. Andreas Splanemann, Martin Appel, Jörg Arnold, Ina Bassi, Mario Behnke, Maria Benditz, Kurt Berus, Annika Bischof, Karl-Heinz Blättermann, Stefan Böhrmer, Helmut Braunschweig, Petra Budke, Joachim Collin, Ines Conrad, Dr. Nico Conrad, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Dr. Dagmar Enkelmann, Felipe, Dag Filter, Christoff Gäbler, Axel Gehring, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Beate Gollnast, Florian Görner, Jürgen Gramzow, Dr. Eckhard Groll, Sabine Großnick, Suzan Güreñci, Madlen Hane, Katrin Heidenfelder, Uwe von Heine, Wolfgang Herrmann, Waldemar Hickel, Falk Hinneberg, Andrea Hoehne, Joachim Hoffmann, Kai Jahns, Thomas Janoschka, Viktor Jede, Uwe Kamp, Elke Keil, Thorsten Kleinteich, Gisela Koch, Dr. Helmut Koch, Josef König, Johannes Kraushaar, Rainer Kroboth, Kerstin Kühn, Karl-Dietrich Laffin, Eckhard Laurich, Margit Lauterbach, Lars Liepe, Hartmut Lindner, Lutz Lorenz, Dr. Michael Luthardt, Hardy Lux, Johannes Madeja, S. Maier, Dorothea Malik, Matthias Manske, Philipp Meichßner, Klaus Meißner, Dr. Marlinde Mißlitz, Elisabeth Monsig, Bernd Müller, Udo Muszinski, Torsten Neitzel, Kirsten Neumann, Dr. Volker Nitzsche, Karen Oehler, Lutz Paproth, Dr. Steffen Peltsch, Guido Penz, Prof. Dr. Jürgen Peters, Alexander Pfaff, Dr. Manfred Pfaff, Christian Pfeiffer, Sarah Phillips, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Hans Rafalski, Jörg Renell, Angelika Röder, Elke Rosch, Franz Schandl, Heidi Scheidt, Sebastian Schmidt, Stefan Schmiedel, Steffi Schneemilch, Heiko Schult, Carlo Seemann, Dr. Andreas Steiner, Christa Stolle, Thomas Strese, Susanne Stumpfenhusen, Ebrahim Taghavi, Andreas Timm, Albrecht Triller, Horst Tschaut, Claudia Uhlmann, Dr. Wolfgang Unger, Péter Vida, Axel Vogel, Dr. Waltraud Voigt, Wolfgang Weigt, Sven Weller, Dr. Georg Werdermann, Manja Woitunik, Mirko Wolgramm, Thomas Wöfeng, Ringo Wrase, Jens Würzburg, Margot Ziemann und Stefan Zierke.

Einschließlich der redaktionellen Artikel und Notizen erschienen im vergangenen Jahr in den zwölf Monatsausgaben 570 Beiträge in unserer unabhängigen Leserzeitung. Für die Beseitigung der größten Tippfehler sorgte unser fleißiges Korrekturkollektiv mit Kornelia Lubke, Johannes Madeja, Karl Dietz und seit einiger Zeit wieder Jürgen Gramzow. Zur Bändigung des Fehlerleufchens können wir hier noch gut weitere Mitstreiterinnen oder Mitstreiter gebrauchen. Bitte bei der Redaktion melden.

Für den zuverlässigen und schnellen Druck sorgten wie immer die Mitarbeiter der Firma Grill & Frank. Ebenfalls herzlichen Dank zollen wir unseren Verteilern, die dafür sorgen, daß unsere Zeitung in Ihre Briefkästen gelangt, sowie den Verkaufsstellen beim GLOBUS NATURKOST (Michaelisstr. 10), in der BUCHHAND-

LUNG MAHLER (Eisenbahnstr. 7), im REGIONAL-LADEN »KRUMME GURKE« (Ruhlaer Str. 1) und in der Finowfurter BÜCHERSTUBE LANDGRAF.

Bei stabiler Abonnentenzahl können wir weiterhin von einer soliden finanziellen Situation aus wirtschaften, auch wenn wir in Bereichen ohne eigene Verteiler mit steigenden Vertriebspreisen konfrontiert sind. Die Abopreise können somit auch im Jahr 2019 auf dem seit 1995 geltenden Niveau gehalten werden.

Um dies auch künftig gewährleisten zu können, brauchen wir Ihre Hilfe und Unterstützung, insbesondere können unsere ehrenamtlichen Verteiler in einigen Bereichen Verstärkung gebrauchen. (Kontakt: redaktion@barnimer-buergerpost.de).

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Immer mit dem Strom

Das Leben geht so still dahin, mal gut und mal schlecht, und manche Menschen schwimmen immer mit den anderen im gleichen Strom, mal nach links oder rechts. Will man das Leben lebenswert machen, muß man sich um das kümmern, was »die da oben« machen.

Allzuvielen schwimmen immer wieder nur mit dem Strom. Sie wollen von Politik nichts wissen, weil sie glauben, nichts ändern zu können. Wenn Menschen, so wie die drei Affen, nichts hören, nichts sehen, nichts sagen, werden sie in einem kapitalistischen System sehr gelobt. Ob Arbeitslosigkeit, Krise oder Krieg – na daran tragen sie keine Schuld – denken sie wohl.

So dachten viele Deutsche, als sie mit den Faschisten im gleichen Boot saßen, sie hätten keine Schuld an dem Menschenmord und den Kriegsverbrechen. Daß sie da mitmachten, war ja nur ihr Job. Wer ein menschenwürdiges Leben für sich und seine Mitmenschen wünscht, muß schon denen da oben auf die Finger gucken und sich nicht von den Medien das Gehirn lahm legen lassen.

Das meint die rote Oma, die nun schon 95 Jahre alt ist.

ELISABETH MONSIG

www.maxe-eberswalde.de

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

ver.di-Aktion am Forßmannkrankenhaus Eberswalde:

Zur Mittagspause gegen Personalnot

Am 28. Januar erreichte der »Olympische Brief« – aus Neuruppin kommend – Eberswalde. Die Beschäftigten des Werner Forßmann Krankenhauses haben im Rahmen einer gemeinsamen aktiven Mittagspause den »Olympischen Brief« von ihren Kolleginnen und Kollegen der Ruppiner Kliniken übernommen. Die Unterschriften von Beschäftigten, Patienten und Angehörigen sollen bei der Gesundheitsministerkonferenz am 5. Juni in Leipzig an den

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn übergeben werden.

Der »Olympische Brief« ist eine gemeinsame Aktion von protestierenden Krankenhausbeschäftigten und über zwanzig Bündnissen, die überall in Deutschland gegen den Pflegenotstand aktiv sind.

Dieser Brief, eine 40 Meter lange Schriftrolle, ist seit Januar auf dem Weg durch die BRD. Mit ihm werden Unterschriften gegen den Pflegenotstand gesammelt. Der Brief fordert eine Personalbemessung am wirklichen Bedarf für alle Berufsgruppen im Krankenhaus, die Finanzierung aller Investitionskosten und die Abschaffung der Fallpauschalen als Abrechnungssystem.

»Von den durch Jens Spahn eingeführten Personaluntergrenzen ist keine Entlastung zu erwarten. Das zeigt auch unsere Praxis - das bekommen wir jetzt schon heftig zu spüren«, so die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende BIRGIT MIELKE. »Spahns Mindestpflege lehnen wir ab. Die Menschen haben ein Recht auf gute Pflege und gute Pflege orientiert sich am Bedarf der Menschen. Wir wollen nicht an der Untergrenze versorgen. Wir brauchen eine echte Personalbemessung.«

Krankenschwester RAMONA KERSTEN ergänzt: »Ein Krankenhaus ist keine Fabrik – das muß endlich in die Köpfe der Verantwortlichen. Der Mensch gehört in den Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung, nicht Profite.«

IVO GARBE

»Offenes Singen«



Foto: Volksolidarität

Erika Knabe lädt sangeslustige Damen und Herren ein, die ohne Choranbindung einfach gern in gemeinsamer Runde singen wollen. An jedem dritten Freitag im Monat, ab 10 Uhr, bei der Volksolidarität am Richterplatz (Mauerstr. 17, 16225 Eberswalde, nahe Markt). Musikalische Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt.

Die PARTEI lädt ein:

Mitglieder- und Aufstellungsversammlung am 3. Februar um 14 Uhr.

Der Kreisverband Barnim der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – kurz Die PARTEI – lädt zur Mitglieder- und Aufstellungsversammlung am

3. Februar, um 14 Uhr, in »Muggels Stübchen«, (Potsdamer Allee 41, 16227 Eberswalde) ein.

Wir treffen uns, um die Assifizierung im Landkreis Barnim zu fördern. Wie ihr alle wißt, stehen am 26. Mai 2019 Wahlen an. Gewählt werden neue Mitglieder des Kreistages, der Stadtverordnetenversammlungen, der Gemeindevertretungen und der Ortsbeiräte.

Ziel ist, Aufstellungslisten für sämtliche Wahlen zu erstellen, über Ablauf und Organisation zu informieren, einen Vorstand zu wählen sowie das Sammeln von Unterstützerunterschriften zu organisieren.

Für den einen oder anderen Wahlkreis werden noch Kandidaten gesucht.

MARIO SCHLAUß

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen.

Die nächsten Termine sind wie gewohnt am zweiten Mittwoch des Monats, am 13. Februar und am 13. März, jeweils 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volksolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 23. Januar 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20. Februar 2019.